

Das Ostpreußenblatt

Nr. 6 – 10. Februar 2007 UNABHÄNGIGE WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE



Bald logieren hier Staatsgäste: Das 1738 erbaute brandenburgische Schloß Meseberg ist nach umfangreichen Sanierungs- und Umbauarbeiten offiziell der Bundesregierung als Gästehaus übergeben worden. Erster Gast wird Ende Februar der französische Staatspräsident Jacques Chirac sein, der sich im Rahmen der deutsch-französischen Konsultationen im Schloß aufhalten wird. Das Barockschloß liegt rund 65 Kilometer nördlich von Berlin in einem Landschaftsschutzgebiet zwischen Löwenberg und Gransee.

Foto: ddp

Hinterm Rücken der Bürger

Gericht stoppt Schäuble: Computer-Überwachung ohne gesetzliche Grundlage

Von KLAUS D. VOSS

So lehrt ein Staat seine Bürger das Mißtrauen: Hinter ihrem Rücken haben Ermittlungsbehörden ans Internet angeschlossene Computer ausspähen können, seit dem vergangenen Herbst sogar mit dem Segen des Bundesinnenministeriums im Rahmen eines „Programmes zur Stärkung der Inneren Sicherheit“. Erst der Einspruch der Bundesanwaltschaft und die nachfolgende Entscheidung des Bundesgerichtshofs haben den fragwürdigen Umgang mit Freiheitsrechten der Bürger gestoppt.

Blamiert ist nicht zum ersten Mal Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble (CDU), der die digitale Fahndung vorantrieb und dafür 160 Millionen Euro an Sonderzuwendungen einsetzen ließ – ein Luxus-Etat für die Bundeshacker. Erst durch den Gerichtsentscheid wird das Bundesministerium zur Besinnung gebracht, daß es Eingriffe in den privaten Bereich ohne gesetzliche Grundlage nicht geben darf. Schäuble selbst hatte keinerlei Gesetz geplant.

Nicht zulassen wollen die Richter, daß Fahnder heimlich über das Internet Spionageprogramme auf geknackten Rechnern installieren und die Daten ausforschen. Karlsruhe verlangt, daß die Computer-Überwachung nur angewendet werden darf, wenn ähnlich strenge Gesetzesvorgaben wie bei Post- und Telefonkontrolle erfüllt sind.

Niemand wird bestreiten, daß in einer modernen Gesellschaft, die sich auf Computer und weltweite Netzwerke stützt, die Fahnder auch in den digitalen Zonen ermitteln müssen. Verbrecher können Computer nicht nur als Werkzeuge nutzen, sondern auch als regelrechte Waffen: das Wort „E-Mail-Bombing“ klingt so gefährlich wie der elektronische Angriff auch ist – Behörden und Unternehmen können durch Attacken aus dem Internet gezielt lahmgelegt werden. Das ist nur eine Variante der Internet-Attentate.

Vernünftigerweise treffen Software-Produzenten und Sicherheitsbehörden Vorkehrungen, um sich gegen Kriminelle und Terroristen wehren zu können. Die Kooperation der Unternehmen mit der amerikanischen „National Security Agency“ (NSA) zum Beispiel ist ein offenes Geheimnis.

Bürger werden ihren staatlichen Behörden immer Kontrollrechte zugestehen, solange der rechtliche Rahmen klar ist und – zumindest theoretisch – sich ein Betroffener gegen Eingriffe in seine private Sphäre wehren kann. Die monatelange Diskussion um die akustische Überwachung, oft „Lauschangriff“ genannt, oder die öffentliche Auseinandersetzung um Video-Überwachungen sind Beispiele dafür: Art und Umfang der Maßnahmen müssen offengelegt werden, die Rechtswege müssen klar sein. Demokratien können, wenn es gesetzlich geregelt ist, mit verdeckten Ermittlungen leben, mit Heimlichkeiten nicht.

Innenminister Schäuble hat die Abkürzung gewählt, einen Weg, den es im Rechtsstaat nicht geben darf – selbst dann nicht, wenn die Online-Fahndung zum Kampf gegen Terrorismus und organisiertes Verbrechen ausgerufen wird. Schäuble hat allerdings auch in der Vergangenheit die Neigung gezeigt, sich von komplizierten Aufgaben zu Lasten der Bürger zu entledigen. So stiften viele Bestimmungen aus dem deutsch-deutschen Einigungsvertrag und den Folgerungen daraus bis heute nachwirkendes Unrecht, etwa der skandalöse Umgang mit Enteignungen.

KLAUS D. VOSS:

Die Angst

Skepsis ist geboten, wenn einer vorgibt, die Zukunft voraussagen zu können. Und noch mehr, wenn jemand behauptet, er wisse, wie die Welt am Ende des Jahrhunderts aussehen wird – und das noch mit wissenschaftlicher Präzision. Die Klimaforscher, die jetzt in Paris ihre dramatischen Thesen zur Klima-Entwicklung vortrugen, hatten sogar den Mut, den Wasserstand der Nordsee im Jahr 2100 zentimetergenau vorherzusagen. Es sind die Methoden, die irritieren müssen.

Als hätte die Welt im letzten Jahrhundert nicht genug Erfahrungen mit Ideologen sammeln müssen, um ihnen nicht auf die Schliche zu kommen. Ideologien folgen immer der gleichen Rezeptur. Dazu gehört der Schwur auf die einzig richtige Wahrheit, den alle zu leisten haben. Und leider auch die Verfolgung der Andersdenkenden.

Der Glaubenskrieg um die Klima-Entwicklung hat inzwischen ideologisches Ausmaß angenommen – wer an den selbstsicheren Prognosen der Klima-Warner zu zweifeln wagt, hat einen schweren Stand: ein Dissidenten-Schicksal. Es gehört schon Mut dazu zu sagen, daß eine große Zahl von Naturwissenschaftlern die Katastrophen-Prognosen nicht teilt. Oder daß sie es ablehnen, auf der Basis von so unsicheren Erkenntnissen so weitreichende Prognosen zu wagen. Wissenschaft lebt aus der Konkurrenz um die Suche nach der richtigen Antwort, nicht aus der Dominanz einer Lehrmeinung.

Gefährlich wird es, wenn Politiker auf die Ideologien aufsatteln und sich die Deutungshoheit zu eigen machen, auch das ist eine Lehre aus dem 20. Jahrhundert. Politiker brauchen Begründungen für ihr Handeln – und die geschürte Klima-Angst liefert wie auf Bestellung Argumente frei Haus.

Unterm Strich bleibt nichts

Friedrich Merz ist die Freude an der Politik gründlich vergangen

Von KLAUS APFELBAUM

Er will nicht mehr – 20 Jahre in Diensten für die CDU haben Friedrich Merz die Freude an der Politik verdorben – bei der nächsten Bundestagswahl wird der Sauerländer nicht mehr antreten. Die Union muß für den Wahlkreis 148 einen anderen Bewerber finden, einen besseren wird es kaum geben. Merz hatte 57,7 Prozent der Stimmen erhalten, das Traumergebnis für die CDU schlechthin.

Auch wenn Parteichefin Angela Merkel insgeheim froh ist, den ewigen Widersacher los zu sein – den „Fall Merz“ darf sie nicht unterschätzen. Sein Rückzug ist weit mehr als nur ein Personalwechsel. Bei Friedrich Merz werden sich alle sammeln, die seit Einstieg in die Große Koalition unzufrieden mit der Partei sind: Daß die Union nur noch Politik nach sozialdemokratischer Manier macht, darin sind sich die Kritiker schnell einig. Daß Merkel in ihrer Doppelverantwortung für Regierungspolitik und Führung der CDU das konservativ-christliche Profil der Partei nicht schärft, auch darin herrscht Konsens.

Wenn selbst standfeste und prinzipientreue Mitstreiter wie Friedrich Merz es nicht mehr aushalten, mit der CDU Politik zu machen, dann muß sich die Union der Frage stellen: Gibt es in der Partei nur noch Platz für angepaßte Apparatschiks? Keine überzeugenden Aussichten für Talente aus dem Nachwuchs-Kader, sofern sich überhaupt noch junge Menschen für Parteien begeistern lassen.

Merz, der nach einer regelrechten Ochsentour durch die Parteiebenen zu den zehn bekanntesten Politikern der CDU zählte, war im Grunde für jedes Amt in der Regierung gut, auch wenn sein Fachwissen ihn auf die Finanzpolitik festlegen sollte. Aber er war nicht für jedes Manöver im politischen Alltag zu haben; weder in NRW noch in Berlin. Das Debakel mit der Gesundheitsreform wollte er zum Schluß nicht mehr mittragen und blieb der peinlichen Abstimmung im Bundestag fern.

An Friedrich Merz konnten sich wertkonservative Zeitgenossen orientieren und mit ihm die Diskussion um die deutsche Leitkultur führen – ohne Verrenkungen in Wenns und Abers. Aber mit ihm mußten die konservativen Stammwähler auch verfolgen, wie dieses Wertefundament aus dem Zentrum der Partei an den Rand abwanderte; ein Substanzverlust, der gefährlich wird.

Wie schnell es abwärts geht, wenn eine Partei ihre Stärken mißachtet und sich zum Spielball von Karrieristen macht, das zeigt sich an der Schwesterpartei – nach dem Führungsfiasko hofft die Partei auf irgend etwas, das sie aus der Schockstarre erlösen könnte.



Kann nicht mehr mit der CDU: Friedrich Merz Foto: ddp

MELDUNGEN

Genügend Freizeit

Brüssel – „Wer rastet, der rostet" – dieser Volksweisheit kann ein Großteil der Bürger in der EU nichts abgewinnen. Bei fast der Hälfte von ihnen steht die Freizeit höher im Kurs als die Arbeit. In Estland finden sogar zwei Drittel der Befragten, daß ihnen zu wenige Mußestunden bleiben, und auch die meisten Griechen und Spanier sehnen sich nach mehr Siesta. Ganz anders die Bundesbürger: Entsprechend dem gängigen Bild vom fleißigen Deutschen ist nur jeder vierte der Meinung, daß die Erholung zu kurz käme. Dies dürfte auch daran liegen, daß die Menschen hierzulande im Mittel jährlich rund fünf arbeitsfreie Tage mehr genießen können als viele ihrer Nachbarn. Hinzu kommt, daß die Bundesrepublik seit langem mit hohen Arbeitslosenquoten zu kämpfen hat. *IW*

Strukturwandel ist der Grund

Köln – Das „Institut der deutschen Wirtschaft Köln" hält die Begründung, daß es aufgrund der Angst vorm Arbeitsplatzverlust so wenig Krankmeldungen von Arbeitnehmern gibt wie nie zuvor, für zu einfach. Auch der Strukturwandel dürfte einen nicht zu vernachlässigenden Grund darstellen. So arbeiten inzwischen immer mehr Menschen in Dienstleistungsberufen, was bei den meisten mit körperlich weniger anstrengenden Aufgaben einhergehe. Auch sei aufgrund sicherer Arbeitsplätze die Zahl der Arbeitsunfälle gemindert. Zudem habe sich der Anteil älterer Mitarbeiter, die häufig anfälliger seien, in vielen Unternehmen reduziert. Viele der Beschäftigten seien zusätzlich gesundheitsbewußter, Sport und gesunde Ernährung würden abhärten.

Flexibilität wird erzwungen

Jeder fünfte Absolvent wechselt nach der Ausbildung den Beruf

Von Ansgar Lange

In der Regel bleibt der Schuster bei seinen Leisten. Dies ist nicht nur im Sprichwort so, sondern auch in der Realität. Zwar ist die Anzahl derjenigen jungen Menschen, die das Schusterhandwerk lernen, ziemlich gering. Doch es gibt sie noch. Das „Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit" (IAB) in Nürnberg hat dies in seiner aktuellen Studie zum „Berufswechsel in Deutschland" wissenschaftlich belegt. Der Arbeitsmarkt fordert von den übrigen Berufsgruppen deutlich mehr Flexibilität. Ein Fünftel der Absolventen wechselt nämlich bereits unmittelbar nach der Ausbildung den Beruf. Bei den männlichen Absolventen ist der Anteil der Berufswechsler seit 1977 von 18 auf 26 Prozent gestiegen. Bei den Frauen ist die Wechselquote dagegen von 19 auf 16 Prozent gesunken. Warum gibt es hier eine Geschlechtertrennung? „Bei vielen typischen Männerberufen, beispielsweise den Tischlern oder Rohrinstallateuren, hat die Wechselhäufigkeit im Zeitverlauf eher zugenommen. Bei typischen Frauenberufen, zum Beispiel den Steuerfachgehilfinnen oder Bürofachkräften, ist sie zurückgegangen", erklärt das IAB.

Anhand dieser Zahlen wirkt es ein wenig absurd, wenn im Ruhrgebiet die Kumpel gegen die Schließung der Zechen im Jahr 2014 oder 2018 demonstrieren. Denn zumindest die Jüngeren haben genügend Zeit, auf einen anderen Beruf umzuschulen. Und wer heute „unter Tage" eine Lehre macht, geht bewußt ein hohes Risiko ein, in ein paar Jahren ausgemustert zu werden.

Doch Flexibilität in allen Ehren. Direkt nach der Ausbildung wäre es schon gut, wenn die Leute in ihrem erlernten Beruf eine Stelle fänden, so die Experten des IAB: „Ausbildungsabsolventen, die beim Berufseinstieg eine Tätigkeit im Ausbildungsberuf finden, können optimal an ihre Lehrzeit anschließen, indem sie die erlernten Fähigkeiten und Fertigkeiten nun im ‚richtigen', Berufsleben festigen



Billige Arbeitskraft: Häufig haben Unternehmen kein Interesse, Azubis zu übernehmen. Foto: ddp

und perfektionieren." In der Vergangenheit sei dies im Durchschnitt etwa 80 Prozent der Ausbildungsabsolventen gelungen.

Die 25jährige Catharina hat eine Ausbildung zur Kinderkrankenschwester gemacht. „Dies ist mein absoluter Traumberuf. Doch nach der Ausbildung bekam ich leider keinen Job als Kinderkrankenschwester. Jetzt arbeite ich als Altenpflegerin", sagt sie. Die junge Frau ist also zwar im Gesundheitsbereich tätig, doch macht es selbstverständlich einen Unterschied, ob man mit Kindern oder pflegebedürftigen Menschen arbeitet.

Arbeitgeber haben oft ein handfestes materielles Interesse, ihre Auszubildenden nach der Lehrzeit wieder „loszuwerden". Insbesondere kleinere Unternehmen nutzen die preiswerte Arbeitskraft von jungen Menschen in der Ausbildungszeit. „Wir arbeiten immer mit Auszubildenden und Volontären, da wir es uns nicht leisten können, zu viele Angestellte an Bord zu haben", sagt der Inhaber einer Bonner Kommunikationsagentur. „Es kann immer sein, daß im Laufe eines Jahres verschiedene Kunden abspringen. Und mit den Kunden fällt dann natürlich auch Budget weg. Daher sind wir gezwungen, unsere Personalkosten möglichst gering zu halten. Wenn der Laden brummt, dann stellen wir die Azubis, die sich bewährt haben, selbstverständlich gerne ein."

Junge Menschen laufen Gefahr, daß sie sich „unter Wert" verkaufen. Die Nürnberger Forscher weisen darauf hin, daß seit Ende der 90er Jahre der Anteil der „unterwertigen Beschäftigung" nach der Ausbildung zugenommen habe. Je weiter der Einstiegsberuf vom Lehrberuf inhaltlich entfernt sei, um so größer sei die Wahrscheinlichkeit dafür. Eine Ursache dafür ist der Beschäftigungsrückgang in vielen gewerblichen Berufen, insbesondere in der Metall- und Baubranche sowie im Handwerk.

Sind Mobilität und Flexibilität Tugenden, die von allen Altersgruppen gleichmäßig vorgelebt werden? Hier sind Zweifel angebracht. Im Vergleich zu den ersten Jahrzehnten der Bundesrepublik hat die Flexibilität abgenommen. Ist der flexible Arbeitnehmer also nur ein modernen Mythos?

Nach einer Erhebung des „Bundesinstituts für Berufsbildung" (BIBB) und des IAB hatte zur Jahrtausendwende jeder dritte bereits einmal den Beruf gewechselt, davon neun Prozent mehrmals. Gegenüber 1991 habe es kaum Veränderungen gegeben, die Anteile der Wechsler seien gleich geblieben. Blicke man noch weiter zurück, zeige sich gar eine abnehmende Mobilität: 1979 hätten noch 37 Prozent einen Berufswechsel zu Protokoll gegeben. Die Erklärung für diese überraschenden Zahlen: Der Übergang von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft läuft offenbar weit sanfter beziehungsweise innerhalb der Berufe ab. In der Nachkriegszeit seien hingegen weite Teile der Bevölkerung gezwungen worden, von der Landwirtschaft in die Industrie zu wechseln.

Pauschalurteile verbieten sich selbstverständlich: So haben viele junge Menschen aus den neuen Ländern Flexibilität und Mobilität bewiesen, als sie sich der Arbeit wegen in den Westen aufmachten. In Zukunft müssen die Arbeitnehmer, die über kein sehr hohes Bildungsniveau und keine optimale Ausbildung verfügen, noch mobiler und flexibler werden. Wer für die Anforderungen der modernen Wissensgesellschaft schlecht gerüstet ist und ein Leben lang in seinem Heimatdorf leben will, der hat schlechte Karten und wird über kurz oder lang ein Fall für den Sozialstaat werden. Für viele ist ständige Weiterbildung und hohe Flexibilität und Mobilität schon jetzt Standard.

Kontakt: 040/414008-0

Redaktion: -32
Anzeigen: -41
Abo-Service: -42
www.preussische-allgemeine.de

Die Schulden-Uhr:

Schulden gesenkt

Der „Bund der Steuerzahler" hat seine Schuldenuhr in Berlin umgestellt. Ausgehend von der geplanten Neuverschuldung von Bund, Ländern und Gemeinden für 2007 wurde die Neuverschuldung pro Sekunde mit 1056 Euro berechnet. Im vergangenen Jahr betrug der geplante Schuldenzuwachs noch 2113 Euro pro Sekunde. Anlaß für die Umstellung der Schuldenuhr sind Planzahlen, wonach die Neuverschuldung in 2007 mit rund 33 Milliarden Euro deutlich geringer ausfallen soll als 2006.

1.489.329.967.170 €

(eine Billion vierhundertneunundachtzig Milliarden dreihundertneunundzwanzig Millionen neunhundertsiebenundsechzigtausend und einhundertsiebzig)

Vorwoche: 1.549.351.229.285 €
Verschuldung pro Kopf: 18.066 €
Vorwoche: 18.780 €

(Dienstag, 6. Februar 2007, 12 Uhr, www.steuerzahler.de)

Blinde Modellhörigkeit

Was Klimamodelle wirklich aussagen können – Eine kritische Betrachtung

Von Wolfgang Thüne

Die Hiobsbotschaften über die Zukunft unseres Klimas nehmen immer dramatischere Formen an. „Fliegt uns die Erde um die Ohren", fragte die allbekannte „Bild"-Zeitung. Der „Spiegel" ließ über den bekannten Apokalyptiker James Lovelock verkünden: „Gaia hat Fieber!" – „Keine Macht der Welt könne den Niedergang verhindern. Allenfalls lasse er sich ein wenig hinauszögern – vor allem durch den massiven Ausbau der Kernenergie."

Der „Spiegel" präsentierte sogleich auch ein „Neues Deutschland". Darin heißt es aus dem Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung: „Der Klimawandel wird alle Lebenslagen durchdringen." Danach wird sich Bayern zukünftig tropischer Nächte erfreuen und der Hunsrück mit Starkregen zu kämpfen haben. Auch die Europäische Union drängte sich ins Rampenlicht und prophezeite: Im Jahre 2071 wird es um bis zu drei Grad wärmer. Dann sei mit jährlich bis zu 38 000 Hitze- und Kältetoten zu rechnen. Für die Britische BBC errechneten 250 000 Heimcomputer, daß es in England 2080 um vier Grad wärmer sein werde als 1970.

Was bei all diesen „Prognosen" auffällt, ist die Tatsache, daß sie immer genauer werden, auch regional, je ferner die Zukunft ist. Dies steht natürlich in völligem Gegensatz zu den ebenfalls mit Computern berechneten Wettervorhersagen. Deren Genauigkeit sinkt mit jeder Stunde rapide und schon nach drei Tagen beginnt, von ganz wenigen stabilen Wetterlagen abgesehen, die Kaffeesatzleserei.

Die sozialpsychologisch interessante Frage ist: Warum glauben wir so an die Klimamodelle? Worin liegt ihre Faszinationskraft, außer daß wir selbst orakelhafte und extrem neugierige Wesen sind? Es liegt einfach an unseren Modellerfahrungen aus der Jugendzeit. Ob es bei Mädchen die wirklichkeitsgemäße Widergabe von Kleidern, Püppchen oder Stofftieren ist, oder bei Buben maßstabsgetreue Nachbildungen von Autos, Eisenbahnen, Flugzeugen sind, auch als Erwachsener kann man sich der

Je weiter zeitlich weg, desto detailierter

faszinierenden Exaktheit der verkleinerten oder auch vergrößerten Modelle nicht entziehen. Selbst den Luftwiderstandswert von Rennautos oder Kampfjets testet man an Modellen im Windkanal.

Solche Modelle sind aber, und da liegt die Mogelei der Experten, keineswegs mit den Wetter- oder gar Klimamodellen vergleichbar. Hier wird kein fester Gegenstand modelliert, hier geht es um bewegte und konturenlose Luftdruck- und stets variable Strömungsfelder, deren Bewegungsabläufe man mit Hilfe von mathematischen Gleichungen zu simulieren versucht. Das Problem ist, daß die Gleichungen selbst nicht exakt lösbar sind und sich mit jedem Rechenschritt ein kleiner und unvermeidbarer Fehler einschleicht. Nach Millionen von Rechenoperationen haben sich nicht nur die unzähligen Fehlerchen zu einem gigantischen Fehler aufgebaut, auch die Anfangsbedingungen haben sich inzwischen geändert, so daß es nicht eine Lösung, sondern eine große Auswahl von Lösungen gibt. Die vermeintlich plausibelste Lösung wird genommen, der Rest wandert in den Papierkorb. So macht man es beim Wetter.

Der ständigen Fehlvorhersagen überdrüssig suchten zuerst in den USA mit den führenden Computerindustrie Anfang der 60er Jahre junge und fortschrittliche Wissenschaftler, stimuliert von der in Blüte stehenden Futurologie, nach Wegen, das Wetter längerfristig vorherzusagen. Sie machten einen unzulässigen Trick. Sie legten ihren Berechnungen nicht die stets veränderlichen dynamischen Wetterkarten zugrunde, sondern die statischen Klimakarten. Diese sind leblos und unbeweglich, weil sie statistisch gemittelte Zustände zeigen. Egal welchen Schulatlas man aufschlägt, er zeigt im Sommer ewig das „Azorenhoch", im Winter das „Islandtief". Wenn auch diese Gebilde keine Realität haben, so können sie in uns, von der Reiseindustrie stimuliert, unendliche Sehnsüchte und Wünsche wecken. Wir werden zu Zugvögeln, immer der Sonne hinterher.

Das Schöne und Geheimnisvolle am Computer ist, daß Wissenschaftler hiermit unendlich viel

Der Spieltrieb ist grenzenlos

spielen und ihren Spieltrieb grenzenlos austoben können, wobei ihrer Phantasie keine Realität Einhalt zu bieten vermag. Mit den Computern entwickelten sich zwei ganz neue Wissenszweige, die Chaostheorie und die Spieltheorie. Der Mensch wird zum „deus ex machina". Er haucht dem toten „Islandtief" Leben ein und schaut im Computer, was dieses leblose Ding in 50, 100 und mehr Jahren macht. Es macht willkürliche Scheinbewegungen, numerische Zuckungen.

Wußten dies die Väter der Klimamodelle noch und nannten daher ihre Projektionen schlicht Simulationen oder Szenarienrechnungen, so präsentieren die Söhne die Ergebnisse als wahre Prognosen, ja vertrauenswürdige Vorhersagen, deren Genauigkeit sich mit zunehmender Zeit verbessere und keineswegs, wie natürlich, vermindere. Daher die Mahnung eines der Väter, Syukuro Manabe von der Princeton Universität, der beklagt, daß sich zu viele zunehmend auf die Modelle verlassen, ohne sie zu verstehen. „Ohne echtes Verständnis kann man die Projektionen eines Modells aber nur schwer von den Aussagen eines Wahrsagers unterscheiden." Er bezeichnet die Modelle inzwischen als „Monster", gefährliche Monster!

Sie sind deshalb gefährlich, weil sie den Weltuntergang fest einprogrammiert haben und mit jedem Rechenschritt wird dieser unvermeidlicher. Jede dieser fiktiven „Prognosen" wird dann in den Medien verbal verstärkt, denn je sensationeller die Schlagzeile, desto größer der Verkaufserfolg. Es wird allerhöchste Zeit, daß eine Enkelgeneration heranwächst, die wieder mehr Nüchternheit walten läßt und ehrlich sagt, daß der Computer das und nur das berechnet, was man einprogrammiert, man ihm zu tun befohlen hat. Und es gibt keinen gehorsameren Befehlsempfänger. Gibt man einem Molekül Kohlendioxid ein bestimmtes Erwärmungspotential, dann führt eine Erhöhung automatisch zu einer „Erderwärmung", bis in alle Ewigkeit, bis zum Fiebertod der Mutter „Gaia".

So nähert sich Wissenschaft wieder dem Glauben, den sie eigentlich durch Wissen zu ersetzen vorgab. Ob wir aber eines Tages in der „Hölle" schmoren oder im „Treibhaus" braten, ist da ein Unterschied?

Dialogheini

Von Harald Fourier

Zufall oder nicht: Das Georg-Büchner-Gymnasium liegt mitten im alten Wahlkreis von Klaus Wowereit. Genau! Das ist der Mann, der erklärt hat, er würde seine Kinder nicht in Kreuzberg einschulen wollen. Kein normaler Berliner täte das. Wowereit hat damit vielen aus der Seele gesprochen.

Hinterher mußte er seine spontane Antwort widerrufen, wie das immer so ist, wenn jemand gegen die ungeschriebenen Gesetze der „Politischen Korrektheit“ verstößt. Um so überraschender ist, daß der „Tagesspiegel“ nach Jahren des Wegschauens, des Nichtwissenwollens nun plötzlich aggressive ausländische Jugendbanden entdeckt hat.

Natürlich, es verhält sich mit diesen Randalierern so: Jeder weiß davon, jeder ist ihnen schon einmal begegnet. Die meisten Leute denken abfällig über sie, und ziehen weg aus Neukölln etc., wenn sie es sich leisten können.

Und wer weiß, wie viele Gutmenschen sich schon einmal mit Abscheu selbst dabei ertappt haben, wie sie das Wort „Kanake“ auf der Zunge hatten, als ein Goldkettchen tragender Südländer mit einem tiefergelegten Dreier-BMW, die Boxen bis zum Anschlag aufgedreht, an der Ampel neben ihnen stand und ihnen einen bedrohlichen „Ich-mach-dich-Messer“-Blick zugeworfen hat?

Aber man spricht nicht über diese Dinge. Wenn der eigene Sohn berichtet, daß ihm das Funktelefon geklaut wurde, dann suchen die Eltern nach Gründen: Der Mustafa kommt aus einem anderen Kulturkreis, da nehmen sie es mit den Eigentumsrechten nicht so genau. Er rächt sich halt für seine „Ausgrenzung“ und „soziale Benachteiligung“ durch – die Deutschen! Oder die Tochter: Muß sie sich immer so anziehen? Hat sie die Araberjungs, die sie verbal belästigt haben, nicht selbst provoziert?

Bislang war das immer so.

Doch jetzt bekommt der „Tagesspiegel“ Waschkörbe voll von Leserbriefen von Leuten, die plötzlich den inneren Dialogheini überwunden haben. Viele betonen noch, daß die „Nazis“ ja genau so schlimm seien. Oder daß sie grundsätzlich nichts gegen Ausländer hätten … (ein beliebter Satz, mit dem Menschen ihre vernichtende Kritik einzuleiten pflegen).

Klaus Wowereit – das hat sich jetzt gezeigt – ist also mit seiner provokanten Äußerung, die er wahrscheinlich unter vier Augen auch heute noch wiederholt, nicht die Speerspitze eines neuen Trends. Er hinkt den Ereignissen geradezu hinterher. Wenn er ehrlich zu sich und den Medien wäre, dann müßte er sagen: Ich würde meine Kinder auch in Gegenden wie Lichtenrade, wo die Büchner-Schule liegt, nicht mehr zur Schule anmelden.

Auf diese klaren Worte werden wir wohl vergeblich warten.

Ein Ventil geöffnet

»Tagesspiegel« entdeckt die Wirklichkeit: Berliner entladen sich über Multikulti



„Niemand ist gezwungen, in Deutschland zu leben“: Die Toleranz gegenüber arabischen und türkischen Gewalttätern schwindet sogar in Medien, die vormals von „Ausländerkriminalität“ wenig wissen wollten.

Foto: Colourbox

Von Markus Schleusener

Gerd Nowakowski sitzt im Bus. Hinter ihm und seiner kleinen Tochter lümmeln sich zwei Jugendliche „mit Migrationshintergrund“. Provokativ beschmutzen sie die Sitzbank, spucken darauf. Als Nowakowski sie zur Ordnung mahnt, wird ihm ein trotziges „Wir sind Araber“ entgegengeschleudert.

Damit ist offenbar alles gesagt. Aber die Situation ist noch nicht vorbei oder entschärft. Im Gegenteil: Während seine kleine Tochter Nowakowski aus dem Wagen zu ziehen versucht, nehmen die beiden Halbstarken eine bedrohliche Haltung ein. Als Nowakowski aussteigt, folgen ihm die beiden. Ängstlich steigt er deswegen gleich wieder in den Bus ein und fährt eine Station weiter.

Begebenheiten wie diese ereignen sich in Berlin jeden Tag. Sie bleiben in der Regel folgenlos. Diesmal nicht. Denn Gerd Nowakowski will das Thema nicht auf sich beruhen lassen. Vergangenes Wochenende: Der Journalist sitzt jetzt im Studio von „TV Berlin“ und schimpft auf ausländische Jugendbanden und auf deren Eltern, die „ihre verfassungsmäßige Rolle nicht wahrnehmen“. Und: „Wir waren nicht auf diese Welle der Gewalt der 13-, 14jährigen vorbereitet“, klagt er. Ungewohnte Worte aus dem Mund eines linken Journalisten.

Nowakowski ist Lokalchef beim Berliner „Tagesspiegel“, einer überaus linksliberalen Tageszeitung. Er hat das Thema Ausländerkriminalität und Jugendgangs zum Thema in seiner Zeitung gemacht und damit einen Tabubruch vollzogen.

Der „Tagesspiegel“ hat sich eigentlich ganz dem „Kampf gegen rechts“ verschrieben, dem „alltäglichen Rassismus“ – von seiten der Deutschen, versteht sich. Reporter Frank Jansen beschäftigt sich tagein, tagaus nur mit Rechtsextremismus oder was er dafür hält. Andererseits wurden sogar manche Vornamen geändert, weil es der Redaktion nicht paßte, daß ein Verdächtiger Mohammed oder Abdul mit Vornamen heißt. Das zu benennen leiste dem Rassismus Vorschub, hieß es dann, und prompt mutierte der Name zu Michael oder Andreas.

Die Trendwende hin zur objektiven Berichterstattung über die Probleme mit ausländischen Jugendlichen hat der „Tagesspiegel“ bereits vor einigen Monaten vollzogen. Die konservative Berliner Wochenzeitung „Junge Freiheit“ hat der Besinnung beim „Tagesspiegel“ in ihrer vergangenen Ausgabe gleich mehrere anerkennende Beiträge gewidmet.

Vor drei Wochen erschütterte ein weiterer deutschenfeindlicher Vorfall die Hauptstadt. Da wurde ein Polizist in Lichtenrade von einem türkisch-arabischen Lynchmob halb totgeschlagen (siehe Beitrag unten). Der „Tagesspiegel“ reagierte unter anderem mit einem Kommentar, in dem der vor kurzem noch undenkbare Satz stand: „Niemand ist gezwungen, in Deutschland zu leben.“ Die anschließende Debatte unter den Lesern hat ein „Ventil geöffnet“, wie die Redaktion der Hauptstadtzeitung selbst offen zugibt. Massenhaft und überwiegend positiv reagierten die Leser auf die neue Linie des Blattes.

Plötzlich sprudelt es aus der Leserschaft immer neue Briefe. Von Frauen, die sexuell genötigt wurden. Von Senioren, die von Ausländerkindern beklaut wurden. Von Schulkindern, die sich vor dem Heimweg ängstigen, weil ihnen die Jacken, Handys, MP3-Player „abgezogen“ werden. Von Homosexuellen, die sich tätlichen Angriffen junger Männer – „und zwar ausschließlich türkisch-arabischer Abstammung“ – ausgesetzt sehen.

So beschwert sich ein Leser aus Steglitz über „die immanente, krude Deutschfeindlichkeit“ von „stets in Gruppen auftretenden Totschlägern mit sogenanntem Migrationshintergrund“. Ein anderer Berliner schreibt: „Der Artikel macht mich wütend. Wütend auf diejenigen Menschen, die nach Deutschland gekommen sind, um u. a. von den Wohltaten und Vorteilen eines sozialen Rechtsstaates zu profitieren, die sich diesem gegenüber jedoch nicht nur nicht loyal verhalten, sondern ihn auch nicht respektieren.“ Ein Wilmersdorfer schließlich hat eine schlichte Lösung parat: „Der Angriff der arabischen Jugendlichen auf den Kriminalbeamten ist nur die Spitze des Eisberges. Ausländergewalt geschieht tagtäglich hundertfach, ohne daß dies veröffentlicht wird. Über 80 Prozent aller jugendlichen Intensivtäter in Berlin haben einen Migrationshintergrund. Doch von den Politikern hört man lediglich immer, daß wir den Ausländern weitere Angebote machen müssen. Falsch, die Ausländer müssen sich uns anpassen. Wer unser Gastrecht mißbraucht und kriminell wird, gehört sofort abgeschoben. So einfach ist das.“ So einfach ist das – und so unerhört in einer Zeitung, die sich seit jeher der „Politischen Korrektheit“ verschrieben hatte.

Aber die neue Linie beim „Tagesspiegel“ wird womöglich nicht von Dauer sein, selbst wenn der ehemalige „taz“-Redakteur und Altlinke Gerd Nowakowski bei seinen Ansichten bleibt. Schon in der vergangenen Woche veröffentlichte das Blatt eine ganzseitige Geschichte über zwei Jugendliche, die Angst vor den Übergriffen einer Gang haben – „aber nicht von Migranten“, wie es in der Überschrift ausdrücklich heißt. Sondern von „Nazis“.

Nach Jahren der Einseitigkeit mag der Verdacht aufkommen, daß hier ideologische Wiedergutmachung am Werk war. Die „Nazis“ in der Geschichte haben jedenfalls keine Namen, auch ihre angeblichen Opfer nicht. Und es gibt auch kein Foto von ihnen.

Apartheit als Erbe von Multikulti

Brutalität junger Araber und Türken immer erschreckender – Nachtlokale reagieren mit Aussperrung »südländisch« aussehender Gäste

Von Markus Schleusener

Die Aula des Georg-Büchner-Gymnasiums in Berlin-Lichtenrade war mit 300 Schülern gerappelt voll. Sie wollten mit Politikern über die anstehenden Landtagswahlen diskutieren. Einer der Kandidaten (von der FDP) provozierte, indem er die multikulturelle Gesellschaft als „gescheitert“ bezeichnete und erhebliche soziale Verwerfungen für den Fall voraussagte, daß niemand etwas gegen die mangelnde Integration der Ausländer täte.

Die Vertreter der anderen Parteien – unter ihnen auch der SPD-Alt-Bürgermeister Walter Momper – reagierten genervt bis zornig. In einem Zeitungskommentar hieß es später, der FDP-Mann habe sich durch seine Äußerungen „als Rechtsradikaler“ entpuppt.

Das war 1999 – so war das damals. Wer auf die Probleme bei der Integration hinwies, riskierte, sich dem Radikalismusvorwurf auszusetzen. Aber nach den Vorfällen auf der Rütlischule vergangenes Jahr (die *PAZ* berichtete mehrfach) und dem Aufbrausen immer neuer Gewaltwellen ausländischer Jugendlicher kommen selbst die Beschwichtiger (und Diffamierer derer, die die Realität beim Namen nannten) nicht mehr umhin, die Fakten zu begreifen: Berlin hat ein Problem mit einer ausländischen Unterschichtjugend. Die jungen Deutschen trifft es am härtesten.

Ausgerechnet das Büchner-Gymnasium machte nun Schlagzeilen: Eine Jugendbande aus sieben Arabern und Türken (von denen keiner auf die Büchner-Schule geht) versuchte, auf ein Schulfest zu gelangen. Als die 14- bis 17jährigen mit dem Hinweis auf eine „geschlossene Schulveranstaltung“ abgewiesen werden, wollen sie sich gewaltsam Zutritt verschaffen. Die als Ordner eingesetzten deutschen Jugendlichen sind nicht mehr Herr der Lage. Einer erhält einen Schlag ins Gesicht. Wäre es dabei geblieben, wären die Raufbolde auf die Party gelangt und hätten sie gesprengt. Ein „normaler Verlauf“ eben.

Aber dann stellt sich der Vater eines Schülers den Jungen entgegen. Der 42jährige machte jedoch nicht nur den Fehler, den Halbstarken den Zutritt zu verweigern, er gab sich zudem als Polizist zu erkennen. Er will den Täter festnehmen.

„Den machen wir platt“, denken sich die haßerfüllten Araber und Türken und gehen sofort auf den Mann los. Mit einer Eisenstange schlagen sie auf ihn ein. Als er bereits schwerverletzt am Boden liegt, schlagen sie weiter auf ihn ein. Erst als eine Polizeistreife naht, lassen die Schläger von ihrem blutenden Opfer ab. Die Kollegen retteten dem Mann vielleicht das Leben, der sofort ins Krankenhaus gebracht werden mußte.

Daß dieser Vorfall im gutbürgerlichen Tempelhof geschehen ist, ist symptomatisch. In dieser Wohngegend sind Ausländer noch in der Minderzahl – anders als „in den üblichen Verdächtigen“ unter Berlins Problembezirken.

In Neukölln, Wedding und Kreuzberg hätte es diese Problematik gar nicht geben können. Wenn dort an einer Schule eine Party durchgeführt wird, dann gibt es keine deutschen Schulkinder, die „unter sich“ feiern könnten. Wenn es überhaupt noch deutsche Schulkinder gibt.

An die Berufsschule in der Wrangelstraße zum Beispiel traut sich kein Deutscher mehr, sobald es dunkel ist. Das ist genau in dem Kiez, in dem 2006 eine Gruppe Polizisten von einer wütenden Menschenmenge „mit Migrationshintergrund“ umstellt und bedroht worden ist.

Was also bleibt den deutschen Jugendlichen übrig, wenn sie den Anfeindungen, den Diskriminierungen, den Einschüchterungen entgehen möchten? Selbst in Gegenden wie Tempelhof/Lichtenrade, wo der Übergriff auf den Beamten stattgefunden hat, flüchten die Eltern und Kinder immer mehr in Richtung Privatschule. Oder in Stadtbezirke, in denen es (noch) kein Ausländerproblem gibt. In den Ostteil der Stadt also.

So ist es auch bei Jugendlichen, die abends ausgehen. Wer auf Nummer sicher gehen will, besucht eine Diskothek im Ostteil der Stadt. Hier gibt es zwar auch mal eine Schlägerei, aber von der „zunehmenden Aggressivität ausländischer Jugendlicher“ (O-Ton Bodo Pfalzgraf, GdP-Chef) bleiben sie zumindest verschont.

Wer den Abend über in West-Berlin bleibt, erlebt hinter den bunten Kulissen der „mulitkulturellen Metropole“ eine ganz ordinäre Apartheit. Die meisten besseren Diskotheken weisen Jugendliche „südländischer Herkunft“ einfach ab, um „keinen Zoff“ zu riskieren. Und es sind nicht selten selbst Türken und Araber, die als Türsteher dafür sorgen, daß die ungeschriebenen Rassenregeln des Hauses strikt umgesetzt werden.

Ein hoher Preis tut das übrige: Das „Blonds“ zum Beispiel. Diese Diskothek unweit der Büchner-Schule hatte in den 90er Jahren viel Ärger mit jugendlichen Krawallmachern. Schon damals reagierte der Betreiber mit höheren Eintrittspreisen und stärkeren (ethnischen) Einlaßkontrollen.

Seit einigen Jahren heißt der Laden nun „Amber-Suite“ und setzt auf ausgesuchte Besucherkreise, auf ein „wählerisches Publikum ab 27“, wie es in einer Selbstdarstellung heißt. Der Eintritt kostet am Sonnabend zehn Euro – und ist damit für jugendliche Rabauken zu hoch.

So wird sichergestellt, daß die Gäste es einstigen „Blonds“ künftig unter sich bleiben.

Zeitzeugen



Franz Müntefering – Der Sozialdemokrat will mit Mindestlöhnen die sich immer weiter nach unten drehende Niedriglohnspirale beenden. Nach Plänen des Arbeitsministers sollen 4,4 Millionen Beschäftigte in den Branchen Einzelhandel, Hotels und Gaststätten, Land- und Forstwirtschaft und Friseurhandwerk sowie in der fleischverarbeitenden Industrie, der Entsorgungswirtschaft, dem Bewachungsgewerbe, der Leiharbeit und den Postdienstleistungen davon profitieren.

Dieter Hundt – Der Arbeitgeberpräsident ist vehement gegen Mindestlöhne. „Mindestlöhne stehen Bemühungen, Beschäftigung für gering oder nicht Qualifizierte zu schaffen, diametral im Wege“, so Dieter Hundt, der meint, daß Mindestlöhne Arbeitsplätze vernichten würden.



Volker Kauder – „Mit uns nicht“, so die klare Aussage des Fraktionsvorsitzenden der Union. Allenfalls über eine Übertragung der heutigen Bestimmungen für die Baubranche auf andere Wirtschaftszweige sei zu diskutieren, alles andere stehe nicht zur Debatte. Kauder verweist auf den Koalitionsvertrag, in dem Schwarz-Rot festgelegt hatte, daß grundsätzliche Mindestlöhne nicht geplant seien.

Hans-Werner Sinn – Der Präsident des Ifo-Instituts ist gegen Münteferings Pläne. In den sinkenden Löhnen bestehe der Anreiz für die Unternehmen, neue Jobs zu schaffen. Ein Mindestlohn würde diesen zentralen Mechanismus blockieren, so der Ökonom.



Frank Bsirske – „Löhne unter 4,50 Euro oder fünf Euro sind unfair und sittenwidrig“, so der ver.di-Vorsitzende. Von Arbeit müsse man leben können, meint seine Gewerkschaft. „Wir brauchen den gesetzlichen Mindestlohn. Jetzt mit 7,50 Euro beginnen und schrittweise auf neun Euro erhöhen“, dafür setze sich die „Initiative Mindestlohn“ ein, für die ver.di wirbt. Diese ist ein überparteiliches und zeitlich befristetes Bündnis von Einzelpersonen und Organisationen, die sich für die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns in Deutschland einsetzen.

Mindestlohn ohne Kontrolle

Verstöße gegen das Entsendegesetz werden kaum überwacht

Von Sverre Gutschmidt

Arbeitsminister Franz Müntefering (SPD) droht einen nationalen Mindestlohn per Gesetz für alle Branchen und gegen den Widerstand des Koalitionspartners CDU einzuführen. Ein solcher Mindestlohn wäre unabhängig von den tariflichen Einigungen durch Arbeitgeber und Arbeitnehmer. In der Baubranche gibt es den faktisch schon. Er wird dort allerdings verbindlich zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern ausgehandelt und ist dann bundesweit für das Bauhauptgewerbe gültig. So sieht es das Entsendegesetz vor. Bei Verstößen muß der Arbeitgeber zu wenig gezahlten Lohn zurückzahlen. Außerdem drohen ihm Geldstrafen nicht unter 25000 Euro. Bis zu 250000 Arbeitsplätze weniger gäbe es in Deutschland, wenn dieses Entsendegesetz nicht bestünde, schätzen Verbände von Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Doch in der Realität behandeln Behörden wie Gewerkschaften das Thema ohne Interesse – Ratlosigkeit herrscht, Zahlen fehlen. Die Praxis scheint keiner zu kennen.

Nun will die Regierungskoalition das Entsendegesetz auf Gebäudereiniger ausdehnen. Ein Vorstoß, der zum Scheitern verurteilt ist, wenn nicht effiziente Kontrollen stattfinden. Der Wille von Behörden, Politik und Gewerkschaften diesen Mindestlohn auch einzufordern, also zu Dumpinglöhnen Beschäftigte zu erhören und konsequente Strafen zu verhängen, ist nämlich begrenzt. Nicht als Straftatbestand, sondern als Ordnungswidrigkeit wird selbst deutlich zu geringe Lohnzahlung geahndet. Die Überwachung des Entsendegesetzes läßt erkennen, wie realitätsfern die derzeitige Debatte ist.

Zuständig dafür ist der Zoll. Dessen Statistiken beziehungsweise die des Bundesfinanzministeriums weisen Ermittlungen oder Verstöße gegen das Entsendegesetz nicht als solche aus. Und das in einem Land, das für fast alles Statistiken erhebt. Bei den Ermittlungsverfahren 2005 fällt alles, was der Zoll zum Entsendegesetz und somit zur Durchsetzung von Mindestlohn unternahm, unter „andere Verstöße“. 3863 Ermittlungsverfahren des Zollfahndungsdienstes gab es in jenem Jahr zu diesem weiten Feld. Ein Sammelbegriff für alles, was nicht mit Rauschgift, Außenwirtschaft, unmittelbaren Zollvergehen, Waffen, der Marktordnung oder Verbrauchssteuern zu tun hat. Es ist eine Zahl ohne Aussagewert.

Daß mit der Erweiterung des Entsendegesetzes Kontrollen verschärft würden oder auch nur annähernd das Ausmaß der Verstöße zu beziffern wäre, wird vom Zoll über diese magere Statistik hinaus ausdrücklich verneint. Selbst Schätzwerte dazu, wie oft wegen des Entsendegesetzes der Zoll als zuständige Behörde einschreiten mußte, existieren nicht. So etwas wäre „reine Kaffeesatzleserei“, so ein unmittelbar für Grundsatzfragen zum Entsendegesetz zuständiger Mitarbeiter der immerhin zentral organisierten Bundesbehörde. Man müsse bei dem Gesetz zwischen Verstößen durch Ausländer und Inländer unterscheiden.

Im ersten Fall wäre beispielsweise ein polnischer Subunternehmer am Bau wegen schlechter Bezahlung seiner entsandten Mitarbeiter aufgefallen. Im zweiten Fall wäre ein deutscher Bauarbeiter nicht nach tariflichen Mindeststandards und somit zum Dumpinglohn beschäftigt gewesen. Dieser Unterscheidung folgen bei der Behörde, die gegen solche Verstöße einschreiten soll, keine differenzierten Maßnahmen. Kein Mitarbeiter erhebt diese Daten.

Nur wage Vermutungen wie die, daß es in den neuen Bundesländern wohl weniger Verstöße von ausländischen (Sub-)Unternehmen und anteilig womöglich mehr betroffene deutsche Bauarbeiter gebe, äußert der Mann für Grundsatzfragen des Zoll. Die meisten Fälle habe man wahrscheinlich „entlang der Rheinschiene und in München – da wo es halt viele Baustellen gibt“. Dieser Mangel an Sachkenntnis läßt wenig für eine Ausweitung des Entsendegesetzes oder gar für einen generellen Mindestlohn hoffen. Ein Gesetz, das eher zufällig zollamtlich durchgesetzt wird, dürfte keine große Wirksamkeit entfalten. Die Verlockung zum Lohndrücken bleibt. Zwar seien Verstöße gegen das Arbeitnehmerentsendegesetz schon heute eines der Hauptprüfgebiete des Zolls, heißt es seitens der entsprechenden Abteilung – allein davon ist wenig zu bemerken. Extra Kontrollen deswegen gibt es nicht, eine anonyme Telefonleitung für Hinweise aus der Bevölkerung besteht zwar seitens des Zolls, sie ist aber nicht für derartige Verstöße gedacht. Weder Höhe und Gesamtzahl der Geldbußen noch die Kontrolldichte, das heißt die Wahrscheinlichkeit für Arbeitgeber erwischt zu werden, sind erfaßt, noch scheint beides die Bundesbehörde zu beschäftigen. Rund 6300 Mitarbeiter hat der Zoll. 85 Prozent dieser Beamten werden, nach zolleigenen Angaben, früher oder später mit Verstößen gegen das Entsendegesetz konfrontiert.

Auch die Gewerkschaft IG Bau betont, Hinweisen von Mitgliedern und Arbeitnehmern konsequent nachzugehen. Wie viele das sind und wie erfolgreich die Maßnahmen sind, kann die Gewerkschaft nicht beziffern. Die Lage sei stabil, durch flächendeckende Aktionen solle Druck ausgeübt werden. Selbst in den wenigen spektakulären Ermittlungsfällen bleiben jedoch die Sanktionen für Lohndrücker überschaubar. Gewerkschafter sehen das optimistischer: „In einer Branche, wo die schwarzen Schafe statt des Tariflohns einfach mal vier oder fünf Euro pro Stunde zahlen, müssen Unternehmer bei Verstoß gegen den Mindestlohn nun mit Geldstrafen nicht unter 25000 Euro rechnen“, sagt Klaus Wiesehügel, IG-Bau-Vorsitzender, mit Verweis auf die Ausweitung des Mindestlohns auf Gebäudereiniger. Daß die „Lohnspirale nach unten“, so Wiesehügel, allein mit gewerkschaftlichen Aktionen und seltenen Zufallskontrollen der Behörden gestoppt werden kann, ist unwahrscheinlich. Wo es keine Daten gibt, gibt es auch kein Interesse.





Aufgabe des Zolls: Beamte kontrollieren auf den Baustellen. Foto: ddp

Fast überall in der EU gibt es Mindestlöhne

Von den 27 Ländern der EU schreiben bereits 20 einen gesetzlichen Mindestlohn vor. Lediglich Dänemark, Finnland Italien, Österreich, Schweden, Zypern und Deutschland verzichten auf dieses Instrument. Die Höhe der gesetzlichen Mindestlöhne weicht indes stark voneinander ab.

Ein vollbeschäftigter Luxemburger erhält mindestens 1503 Euro pro Monat – Spitze in der EU. Sein bulgarischer Kollege nimmt mit 82 Euro den letzten Platz ein vor den Rumänen mit 90 Euro.

In Frankreich, Großbritannien, Irland, den Niederlanden und Belgien liegen die monatlichen Mindestlöhne zwischen 1200 und 1300 Euro. Schon deutlich dahinter rangieren Griechen und Spanier mit rund 650 Euro, dann Malteser und Slowenen mit um die 550 Euro. Westeuropäisches Schlußlicht sind die Portugiesen mit nur 437 Euro monatlich.

Zwischen 1503 Euro und 82 Euro Mindestlohn im Monat

Die osteuropäischen EU-Neulinge garantieren – mit Ausnahme der bereits genannten – Mindestlöhne zwischen 129 Euro (wie in Lettland) und 261 Euro (so in Tschechien).

Ebenso unterschiedlich wie die Höhe der Mindestlöhne gestalten sich auch die möglichen Strafen für Arbeitgeber, welche die gesetzlichen Untergrenzen nicht einhalten. In den Niederlanden wird an die Betriebe lediglich appelliert, die Mindesbezüge nicht zu unterschreiten. Strafen für Verstöße sind nicht vorgesehen. Recht nachsichtig sind auch die Griechen: Hier muß der erwischte Arbeitgeber lediglich den vorenthaltenen Differenzbetrag nachzahlen, so auch in Estland, wo allerdings noch ein halbes Prozent an „Zinsen“ hinzukommt.

Ganz anders in Irland: Auf der grünen Insel drohen Mindestlohnsündern im besonders schweren Fall sogar Gefängnisstrafen.

In den übrigen EU-Staaten mit gesetzlichem Mindestlohn sind relativ geringe Strafen vorgesehen und überdies natürlich die Erstattung des zu wenig Bezahlten an den Arbeitnehmer.

Überwacht wird die Einhaltung der Basislöhne meist durch Arbeitsämter oder eine eigene Arbeitsaufsichtsbehörde. *H.H.*

Noch etwas älter als die Bundesrepublik

Das Tarifvertragsgesetz bietet dem Staat die Möglichkeit, Tarifverträge für allgemeinverbindlich zu erklären

Von Manuel Ruoff

Die Grundlage des bundesdeutschen Tarifrechts in Form des Tarifvertragsgesetzes ist noch etwas älter als die Bundesrepublik Deutschland. Das Gesetz stammt nämlich vom 9. April 1949 und gilt zur Zeit in der Fassung vom Herbst letzten Jahres.

Der Tarifvertrag regelt die Rechte und Pflichten der Tarifvertragsparteien und enthält Rechtsnormen, die den Inhalt, den Abschluß und die Beendigung von Arbeitsverhältnissen sowie betriebliche und betriebsverfassungsrechtliche Fragen ordnen können. Geschlossen wird der Vertrag zwischen Gewerkschaften auf der einen Seite sowie Arbeitgebervereinigungen oder auch nur einzelnen Arbeitgebern auf der anderen. An den Vertrag gebunden sind die Mitglieder der Gewerkschaften und der Arbeitgebervereinigungen sowie gegebenenfalls besagte einzelne Arbeitgeber, die den Vertrag unterzeichnet haben. Die Tarifgebundenheit endet mit der Gültigkeitsdauer des Vertrages. Um allerdings für die Zeit danach ein Rechtsvakuum zu verhindern, gelten die Rechtsnormen weiter, bis sie durch eine neue Abmachung ersetzt werden.

Insoweit die Tarifverträge – wie beschrieben – nur für die Tarifparteien beziehungsweise deren Mitglieder verbindlich sind, entspricht das bundesdeutsche Tarifrecht klassischem bürgerlichen Recht. Die Bundesrepublik Deutschland ist jedoch nicht nur ein Rechtsstaat, sondern auch ein Sozialstaat, und in dieser Eigenschaft nimmt beziehungsweise gibt sie sich das Recht, den Kreis der durch den Vertrag Gebundenen über den Kreis der Vertragsparteien und deren Mitglieder hinaus zu erweitern. So kann das Bundesministerium für Arbeit und Soziales einen Tarifvertrag im Einvernehmen mit einem aus je drei Vertretern der Spitzenorganisationen der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer bestehenden Ausschuß auf Antrag einer Tarifvertragspartei für allgemeinverbindlich erklären, wenn entweder (1.) die tarifgebundenen Arbeitgeber mindestens die Hälfte der unter den Geltungsbereich des Tarifvertrags fallenden Arbeitnehmer beschäftigen und (2.) die Allgemeinverbindlicherklärung im öffentlichen Interesse geboten erscheint oder aber die Allgemeinverbindlicherklärung zur Behebung eines sozialen Notstands erforderlich erscheint. Mit der Allgemeinverbindlicherklärung erfassen die Rechtsnormen des Tarifvertrags in seinem Geltungsbereich auch die bisher nicht tarifgebundenen Arbeitgeber und Arbeitnehmer.

Bevor der Staat einen Tarifvertrag für allgemeinverbindlich erklärt, muß er allerdings Arbeitgebern und Arbeitnehmern, die von der Allgemeinverbindlicherklärung betroffen werden würden, den am Ausgang des Verfahrens interessierten Gewerkschaften und Vereinigungen der Arbeitgeber sowie den obersten Arbeitsbehörden der Länder, auf deren Bereich sich der Tarifvertrag erstreckt, Gelegenheit zur schriftlichen Stellungnahme sowie zur Äußerung in einer mündlichen und öffentlichen Verhandlung geben. Erhebt die oberste Arbeitsbehörde eines beteiligten Landes Einspruch gegen die beantragte Allgemeinverbindlicherklärung, so kann das Bundesministerium für Arbeit und Soziales dem Antrag nur mit Zustimmung der Bundesregierung stattgeben.

Diese Bestimmungen für die Allgemeinverbindlichkeitserklärung gelten analog für deren Aufhebung. Findet eine derartige explizite Aufhebung nicht statt, endet die Allgemeinverbindlichkeit mit dem Ablauf des Tarifvertrages.

Tot in der Provinz

Polizist erschießt Randalierer – Wer ist der Täter, wer das Opfer, eine Mediendiskussion

Von Harald Fourier

Tot liegt Sven G. nahe dem Bahnhof. Erschossen von einem Polizeibeamten, der aus Notwehr gehandelt hat, wie er sagt. Die drei Kumpels von Sven G. sehen das anders: Sie sagen, der Polizist habe aus größerer Entfernung auf die Gruppe geschossen und den 28jährigen dabei getroffen. Das Drama hat sich vor einer Woche in Nauen abgespielt.

Der Polizist schildert den Vorfall so: Er ist auf dem Heimweg in der Regionalbahn, trägt aber immer noch seine Uniform. Es ist 21 Uhr. Im Zug fallen ihm die drei oder vier Rabauken (dazu liegen abweichende Zeugenaussagen vor) auf: Lars (24), Christian (20), Jan (20) und eben Sven G. Die vier sollen bereits einen ganzen Kasten Bier getrunken haben.

Sie sind Rowdys – allesamt. Über Sven G., das spätere „Opfer“, will der „Berliner Kurier“ herausgefunden haben, daß er „bekannt für seine Gewaltbereitschaft“ gewesen sei. Und das, obwohl er mit 28 der weitaus älteste der Vierergruppe war. Ein bißchen zu alt für Sachbeschädigung und ähnlich gelagerte Bagatelldelikte.

Gemeinsam steigen Polizist Thomas W. (24) und die Rabauken in der 16 000-Einwohnergemeinde Nauen aus. Letztere machen sich mit den im Zug geklauten Notfallhämmern (auch so ein Delikt für pubertierende Teenager) an einem Telefonhäuschen zu schaffen. Das Telefonhäuschen ist schon von anderen Randalierern bearbeitet worden.

Thomas W. ruft – mutig und selbstlos, statt seinen Feierabend zu genießen – seine Kollegen über 110, versucht die Täter zu stellen. Er trägt eine Waffe. Auf der Tonbandaufnahme des Telefonats soll angeblich zu hören sein, wie der Randalierer ihm entgegnen: „Den machen wir platt“. Doch die jungen Männer ergreifen die Flucht. W. hinterher. Eine Polizeisprecherin sagt später: „Als der Beamte sie aufspürte, eskalierte die Situation. Warum, ist noch nicht nachvollziehbar.“ Haben die Randalierer den Beamten angegriffen? Es sieht ganz danach aus.

So viel steht fest: Der Polizist gibt einen Warnschuß ab. Dann schießt er auf den 28jährigen Sven G., den vermeintlichen Rädelsführer. Zweimal in den Kopf, einmal in den Bauch. Der angeblich arbeitslose Koch Sven G. verstirbt am Ort des Geschehens.

Sven G. hinterläßt zwei Söhne und zwei Töchter. Freunde und Bekannte schildern ihn als freundlich. Aber er war auch nicht zimperlich. Oft lud er sich Kumpels ein, viele Jüngere darunter, mit denen er zum Ärger seiner Nachbarn feierte und lärmte. Die Hartz-IV-Dorfjugend ging bei ihm ein und aus. Seine Kumpels sagen hinterher, der Polizist habe aus 50, ja 80 Metern Entfernung geschossen. Dabei läßt sich so etwas kriminalistisch schnell aufklären. Der Polizist sagt, G. habe sechs bis acht Meter vor ihm gestanden. Immerhin waren er und seine Freunde auf dem Tonband der Polizei zu hören. Aus 80 Metern Entfernung müßten sie ziemlich gebrüllt haben, wenn sie auf dem Band zu hören sind.

Nach dem tragischen Vorfall begann eine bemerkenswerte Berichterstattung der Medien über den Fall. Lokale Radiosender berichteten nicht über die Umstände im einzelnen, sondern nur in folgendem, arg verkürzenden Tenor: Polizist erschießt Familienvater.



Tatort Nauen: Eine kleine 16 000-Einwohnergemeinde nahe Berlin, wo bei vielen der Respekt vor der Polizei nachläßt Foto: pa

In Berlin gehört Gewalt in den öffentlichen Verkehrsmitteln zum Alltag. Sprayer und andere Randalierer verunstalten die Wagen, bedrohen zuweilen zu später Stunde andere Fahrgäste. Was in einer Großstadt eben so passiert. Die Berliner Stadtbahn reagiert darauf seit einigen Monaten mit einer neuen, teuren Werbekampagne gegen Graffiti und Vandalismus. Mit mäßigem Erfolg.

Aber in Nauen? Der Berliner Polizeipräsident Dieter Glietsch (Thomas W. verrichtet seinen Dienst in der Hauptstadt) hat nach den Todesschüssen von Nauen ein sinkendes Rechtsbewußtsein und zunehmende Gewaltbereitschaft in Teilen der Gesellschaft beklagt. Dabei sänken auch die Hemmungen, Polizisten tätlich anzugreifen, so Glietsch.

Daß dies nicht nur in Berliner Problembezirken wie Neukölln geschieht, sondern anscheinend auch in der märkischen Provinz, hat doch einige überrascht. Tatsache ist natürlich, daß es eine wachsende Zahl von Frustrierten gibt, die nach jahrelanger Erwerbslosigkeit und angesichts mangelnder Lebensperspektiven, ihrem Unmut auf die Art und Weise Luft verschaffen, wie der Randalierer und seine Freunde es getan haben.

Innenminister Jörg Schönbohm (CDU) war es, der in diesem Zusammenhang den Begriff der „Verproletarisierung“ prägte. Wobei ein Schwerst-Alkoholiker ohne Job eher ein Prolet ist – denn ein Proletarier. Da nützt es auch nichts, daß das Wohngebiet von Sven G. „gepflegt wirkt“ und daß das Haus „saniert ist“ („Spiegel online“).

Die Täter haben es trotzdem geradezu darauf angelegt, mit „der Staatsmacht“ in Konflikt zu geraten. „Da entwenden erwachsene Männer nach ein paar Glas Bier Nothämmer und zertrümmern Telefonzellen, obwohl sie gesehen haben müssen, daß ein Polizeibeamter in der Nähe ist. Es spricht alles dafür, daß sie ihn angriffen, weil er sie daran hindern wollte, ihr Zerstörungswerk fortzusetzen.“ So Glietsch weiter.

Es gibt im übrigen laut „Mitteldeutscher Zeitung“ eine Übereinkunft zwischen der „Deutschen Bahn“ und dem Potsdamer Innenministerium, daß Polizisten in Uniform kostenlos mitfahren dürfen. Der Grund ist die höhere Sicherheit der anderen Bahngäste.

Die „Märkische Allgemeine“ schlägt sich auf die Seite von Sven G. In einem Leitartikel schreibt sie: „Polizisten wissen genau, daß sie mit der Waffe nicht einmal drohen dürfen, wenn kein Anlaß zum Einsatz der Schußwaffe besteht. Sachbeschädigung und Randaliererei sind kein solcher Anlaß.“ Mit anderen Worten: Der Polizist hätte sich lieber verkriechen sollen, hätte zu seiner Freundin in einen nahegelegenen Ort weiterfahren und die Straftäter gewähren lassen sollen. Von preußischer Pflichterfüllung und einer am Gemeinwohl orientierten Beamtenschaft scheint die „MAZ“ nicht viel zu halten.

Gedanken zur Zeit:

Paragraphengestrüpp

Von Wilfried Böhm

Die Zeit ist reif dafür, daß sich die Staaten, die der Europäischen Union (EU) angehören, endlich entscheiden: Soll diese EU ein Kontinent der demokratischen Nationalstaaten sein, wie es einst die Vision des französischen Staatspräsidenten Charles de Gaulle verlangte, als er sein „Europa der Vaterländer“ vorschlug, oder soll sich die EU zu einem Bundesstaat mit einer eigenen Verfassung konstituieren, das heißt als Beweis und mit dem Zeichen von eigener staatlicher Macht und Würde – bis hin zum eigenen Außenminister, der beides weltweit darstellt und verkündet.

Rechtzeitig zu dieser Entscheidung hat sich Altbundespräsident Roman Herzog, Mitglied des Kuratoriums des „Centrums für Europäische Politik“ (CEP), gemeinsam mit dem Direktor dieses wissenschaftlichen Kompetenzzentrums Lüder Gerken gegen die Einführung der vorgesehenen EU-Verfassung ausgesprochen. Herzog, der von 1982 bis 1994 Richter am Bundesverfassungsgericht, zuletzt als dessen Präsident, war, stellte fest: „Der Verfassungsvertrag schreibt letztlich die widersprüchlichen und intransparenten Strukturen der EU fort, die maßgeblich für die Probleme verantwortlich sind, vor denen wir heute stehen.“

Roman Herzog gegen EU-Verfassung

Eine Politik des „Weiter so“ führe zu einer weiteren Erosion des europäischen Integrationsprozesses.

Herzog sagt: „Es stellt sich die Frage, ob man die Bundesrepublik Deutschland überhaupt noch uneingeschränkt als eine parlamentarische Demokratie bezeichnen kann.“ Hauptproblem der EU sei der „Mangel an Demokratie und Gewaltenteilung sowie die sachwidrige Zentralisierung“. Über den weitaus größten Teil der in Deutschland geltenden Gesetze beschließe, über den Ministerrat der EU, die Bundesregierung und nicht der Bundestag. 84 Prozent der im Zeitraum von 1998 bis 2004 in Berlin verabschiedeten Gesetze stammten aus Brüssel und nur 16 Prozent originär aus Deutschland, stellt Herzog fest.

Die Praxis bestehe in einer Art „Spiel über die Bande“: Dabei regen nationale Fachminister auf EU-Ebene ein Vorhaben an, das sie im eigenen Heimatland nicht durchsetzen können. Im Regelfall stimmen sie dann selbst im Ministerrat der EU über das von ihnen selbst angeregte Vorhaben ab. Das nationale Parlament aber sei dann an den Beschluß des Rates gebunden. Außerdem würden im EU-Ministerrat bestimmte Gesetzesvorhaben „gebündelt“, die im einzelnen verhandelt, keine Mehrheit finden würden – so aber werden sie „geschluckt“.

Herzog kritisiert, daß die Verfassung keinen abschließenden Katalog der EU-Zuständigkeiten vorsieht und durch die Ausweitung der Mehrheitsentscheidungen eine Verstärkung der Zentralisierung bewirke. Auch solle es keine Möglichkeit geben, der EU Zuständigkeiten zu entziehen.

Schließlich fordert Herzog einen „Europäischen Gerichtshof für Kompetenzfragen“, weil der bestehende Europäische Gerichtshof nachweislich dazu neige, in Kompetenzfragen im Zweifel eine Zuständigkeit der EU zu bejahen.

Leere Phrasen sollen Begeisterung auslösen

Die Mitte Januar 2007 abgegebene Erklärung des hochgeachteten Altbundespräsidenten hätte in der deutschen Politik großes Aufsehen erregen müssen. Doch das Echo der Politik in Brüssel und Berlin sowie in den sonst leicht aufzuregenden deutschen Medien blieb aus. Statt dessen soll mit phrasenhaftem Eifer die von den Franzosen und Niederländern in Volksabstimmungen abgelehnte Verfassung „revitalisiert“ und durchgesetzt werden, mit Camouflage und Schönfärberei aus der politischen Trickkiste.

Scheinbar alles wissend wird in der Tageszeitung „Die Welt“ verkündet, die „Chancen für die Europäische Verfassung stehen sehr gut“ und jetzt sei nicht die Stunde fleißiger deutscher Verfassungsjuristen und pedantischer Verfassungsexegeten, die möglichst nahe am vorgelegten Text arbeiten wollen. Dies sei die Stunde der „Klugheit, der kühlen Taktiker und der Kommunikatoren, die mit allen reden …“ Also müsse die Bezeichnung „Verfassung“ geändert werden, vielleicht nenne man das Ganze besser „Vertrag von Warschau“ – oder auch „Vertrag von Kopenhagen“. Das Paragraphengestrüpp solle von 400 auf 20 Seiten gekürzt werden. Das hätte den Vorteil, daß der Vertrag den Skeptikern gegenüber „neu“ erscheine, „in der Substanz aber gleich bliebe“.

Hauptsache sei, daß die „institutionellen Neuerungen“ erhalten blieben, wozu – natürlich – der „Europäische Außenminister“ gehöre. Das ganze Gepäck der bisherigen Vertragsregelungen könne gestrichen werden – weil es ja ohnehin gültiges Recht sei.

Die bürokratische Brüsseler Umverteilungsmaschinerie handelt wieder einmal nach der bekannten „Methode Juncker“ des luxemburgischen EU-Profiteurs, der einmal feststellte: „Wir beschließen etwas, stellen das dann in den Raum und warten einige Zeit ab, was passiert. Wenn es dann kein großes Geschrei gibt, weil die meisten gar nicht begreifen, was da beschlossen wurde, dann machen wir weiter – Schritt für Schritt – bis es kein Zurück mehr gibt.“ Gegen diese Kaltschnäuzigkeit gilt es aufzustehen: Altbundespräsident Herzog hat dazu Zeichen gesetzt.

Zu kurz gedacht

Deutschkurse allein helfen Ausländern nicht

Von Rebecca Bellano

Seit einigen Monaten ist die vierwöchentliche Verkündung der Arbeitslosenzahlen durch die „Bundesagentur für Arbeit“ mit weniger negativen Gefühlen verbunden als noch kurz zuvor.

Doch nicht alle Bereiche entwickeln sich positiv. Vor allem die Arbeitslosenquote bei Ausländern bleibt auf ihrem vorherigen Ausgangswert, der sich erheblich über dem Wert der Gesamtbevölkerung bewegt. So lag 2005 die ausländerspezifische Arbeitslosenquote bei 25,2 Prozent und somit mehr als doppelt so hoch wie bei der Gesamtheit.

Vor allem die „Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung“ (OECD) drängt Deutschland, seine Defizite bei der Integration von Ausländern in den Arbeitsmarkt zu beheben.

Den Sprachkenntnissen wird hier viel Einfluß zugesprochen, und so gibt es seit Herbst 2004 von seiten der „Bundesagentur für Arbeit“ berufsbezogene Sprachkurse für Arbeitslose mit Migrationshintergrund.

Inwieweit diese nun die Ausgangslage der arbeitssuchende Ausländer verbessert haben, war die Frage, die sich das „Institut für Arbeits- und Berufsforschung“ (IAB) stellte.

Berufsbildung ist genauso wichtig wie Deutschkenntnisse

Das Ergebnis der Untersuchung war ernüchternd. Von den Absolventen der Jahre 2004 und 2005 hatten sechs Monate nach Beendigung des dreimonatigen Vollzeitkurses nur 15 Prozent eine sozialversicherte Stelle vorzuweisen.

Grund für dieses schlechte Ergebnis ist die Tatsache, daß die Teilnehmer der berufsbezogenen Sprachkurse – die sich von den Pflichtsprachkursen für Ausländer dadurch unterscheiden, daß sie sich mit Fachausdrücken des Berufslebens befassen – von vornherein einen schlechten Bildungsstand aufweisen. Mehr als die Hälfte von ihnen verfügt über keinen Hauptschulabschluß, 90 Prozent von ihnen haben keine Berufsausbildung.

In einem nur wenige Monate umfassenden Deutschkurs alle bisherigen Defizite zu beseitigen und die Teilnehmer so fit für den Arbeitsmarkt fit zu machen, sei zu kurz gedacht, so daß IAB. Allerdings seien die Sprachkurse keineswegs als Mißerfolg zu deuten, vielmehr seien sie bei den gering qualifizierten Arbeitslosen mit Migrationshintergrund als Vorbereitung oder Ergänzung zu einer beruflichen Qualifikation auch künftig sinnvoll. Leider habe diese berufliche Qualifikation kaum stattgefunden. Deutsch ist somit zwar Voraussetzung für beruflichen Erfolg, aber kein alleiniges Allheilmittel.

MELDUNGEN

Wahlkampf mit Algerien

Algier – Der Sonderberater der französischen Präsidentschaftskandidatin Segolene Royal, Jack Lang, hat bei seinem Besuch in Algerien angekündigt, daß bei dem Wahlsieg seiner sozialistischen Partei Frankreich sich bei Algerien für die Kolonialzeit entschuldigen würde. Man würde die während der Jahre von 1830 bis 1962 begangenen französischen Verbrechen an den Algeriern offen anerkennen und die „idyllische Sichtweise“ in der eigenen Geschichtsschreibung revidieren. In Frankreich leben etwa zwei Millionen Menschen mit direkten oder indirekten algerischen Wurzeln. Viele von ihnen sind wahlberechtigt. Die französische Rechte reagierte sofort empört über Langs Ankündigung an Algerien.

Von den USA provoziert

Moskau – Der russische Außenminister Sergej Lawrow hat erneut die Pläne der USA, in einigen osteuropäischen Staaten Raketenabwehrsysteme zu errichten, kritisiert. „Wir wollen, daß man uns klar und deutlich sagt, warum dies geschieht. Wir sehen keinen objektiven Anlaß für diesen Schritt“, so der Russe. Rußland selbst würde die Installierung von Radaranlagen in Tschechien und Raketenschächten in Polen jedoch nicht zum Anlaß für einen neuen Rüstungswettlauf nehmen. Man suche nach einer „intelligenten Lösung“, hieß es aus dem Kreml.

Rassistische Kontrollen?

New York – In New York ist ein Streit über angebliche rassistische Vorurteile bei Polizeikontrollen ausgebrochen. So seien bei der Hälfte der 500 000 Kontrollen, welche die Polizei 2006 durchgeführt habe, Schwarze beteiligt gewesen, obwohl diese nur ein Viertel der Gesamtbevölkerung ausmachen würden. Doch die Sicherheitskräfte wehren sich gegen Rassismusvorwürfe. In 68,5 Prozent der untersuchten Verbrechen würden die Verdächtigen von Zeugen oder Opfern als schwarz beschrieben.

Erdogan zwischen allen Stühlen

EU-Nähe verlangt Distanz zum Dink-Mord, und Nationalisten fordern Distanz von der Distanz

Von Mariano Albrecht

Schlimmer konnte es für die um ihr Ansehen ringende Türkei kaum kommen: In einem Video, das von dem Sender „TGRT“ veröffentlicht wurde, posieren türkische Polizisten mit dem Attentäter des armenischen Journalisten Hrant Dink – in gemeinsamer Siegerpose vor der Landesfahne. Just entbrannte eine landesweite Debatte über den „tiefen Staat“. Damit umschreiben die türkischen Medien das undurchdringliche Geflecht aus Militär und Polizei, das – entgegen allen Demokratiebeteuerungen – das Land am Bosporus in Wahrheit beherrsche und schon mehrfach demokratisch gewählte Regierungen aus dem Amt gefegt hat.

Der türkische Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan taumelt zwischen jenen nationalistischen Sicherheitskräften, seiner islamischen Partei AKP, radikalen Islamisten und dem Wunsch, von der EU als Partner akzeptiert zu werden. In Europa ist vor allem der sogenannte „Türkentumparagraph“ 301 umstritten, den Erdogan erst jüngst wieder vor Journalisten in Istanbul gegen Abschaffungsforderungen verteidigte. Das Gesetz stellt die Beleidigung des türkischen Staates und die „Verunglimpfung des Türkentums“ unter Strafe. Darunter fällt auch die Erwähnung des Völkermords an den Armeniern. Kritiker monieren, daß die Formulierungen im Gesetz schwammig gehalten seien und so nationalistischen Eiferern und Denunzianten Tür und Tor öffneten.

Nach der Ermordung von Hrant Dink, dem Eiertanz um die Öffnung türkischer Häfen für Schiffe aus Zypern und dem Papstbesuch, der von Pöbeleien nationalistischer und islamistischer Kreise überschattet war, sitzt Erdogan im Wahljahr 2007 einmal mehr zwischen mehreren Stühlen. Seine Regierungspartei AKP kann es sich nicht leisten, auf polarisierende islamistische und nationalistische Wähler zu verzichten. Andererseits strebt Ankara weiterhin nach dem EU-Beitritt. Erdogans Problem dürfte weniger der eigentliche Inhalt des Türkentumsparagraphen sein als seine Auslegung und willkürliche Anwendung durch nationalistische Beamte, Richter und Staatsanwälte.

Während der Regierungschef nicht müde wird, sein Volk zur Besonnenheit aufzurufen, rücken seine Abgeordneten im Parlament von der Parole „Wir sind alle Armenier“ indes wieder ab, mit der sie sich vor der Weltöffentlichkeit von dem Mord an Dink distanziert hatten. Die Wahlen im Blick tritt wieder die Sorge in den Vordergrund, Stimmen unter radikalen Nationalisten zu verlieren, denen die demonstrative Solidarisierung mit einem Armenier keineswegs sympathisch ist.

Der Verdacht, daß es bei den theatralischen Bekenntnissen zu Dink mehr um Schau als um den Ausdruck wahrer Haltungen ging, wird zudem dadurch erhärtet, daß die zivile Hetzjagd auf alles „Untürkische“ unvermittelt weitergeht. Eine armenische Kirche in Istanbul wurde mit der Aufschrift „Armenier verrecke“ beschmutzt. In den Fußballstadien erschienen vergangenes Wochenende gleich Tausende Fans demonstrativ mit weißen Wollmützen, der Kopfbedeckung, die der Dink-Attentäter während seines tödlichen Anschlags trug. Und auch die staatlichen Organe setzen ihren Kurs fort: Gegen die prokurdische Zeitung „Evrensel“ läuft ein Prozeß wegen Beleidigung der Streitkräfte.



„Wir sind alle Armenier“: Nationalistische Wähler sind von derartigen Parolen abgestoßen. Foto: Getty /

Literaturnobelpreisträger Orhan Pamuk wurde nach nationalistischen Drohungen unter Polizeischutz gestellt. Eigentlich wollte Pamuk dieser Tage nach Deutschland kommen, um in Berlin die Ehrendoktorwürde der Freien Universität Berlin entgegenzunehmen. Auf Anraten türkischer Sicherheitsbehörden wurde der Besuch abgesagt. Kurz darauf reiste der Autor allerdings in die USA, worauf hin sich die Frage stellt, inwieweit die Absage des Berlinbesuchs mit der starken türkischen Minderheit in der deutschen Hauptstadt in Zusammenhang steht. Auch unter Berlins Türken tummeln sich extrem-nationalistische Zirkel. In den USA leben nur wenige Türken.

Nach den Skandalbildern der Polizisten mit dem Dink-Attentäter regen sich überdies weitere Zweifel, ob Pamuk in der Hand der türkischen Sicherheitskräfte sicher ist. Schon zuvor hatte sich herausgestellt, daß einer der möglichen Komplizen im Mordfall Dink Informant der Polizei war. Nach türkischen Medienberichten sollen 17 Warnungen bei der Polizei von Trabzon, dem Heimatort der Tatverdächtigen, eingegangen sein. Die Stadt am Schwarzen Meer ist eine Hochburg von nationalistisch-religiösen Parteien wie der „Großen Einheitspartei“ (BBP) oder der „Partei der Nationalistischen Bewegung“ (MHP). Vom dortigen Polizeirevier wurde nur einer der Hinweise an die Polizei in Istanbul weitergeleitet und dort offenbar schnell zu den Akten gelegt.

In Trabzon, wo vor einem Jahr bereits der italienische Priester Santoro von einem 16jährigen erschossen wurde, sind nun Inspekteure des Innenministeriums um Aufklärung von Hintergründen bemüht. Provinzgouverneur und Polizeichef wurden abberufen – Bauernopfer, schimpfen Kritiker. Im Fadenkreuz der Ermittler steht vor allem die „Große Einheitspartei“ (BBP). Auf einem Foto aus dem Jahre 2005 ist Erhan Tuncel, der Anstifter des 17jährigen Dink-Attentäters, mit Parteichef Muhsin Yazicioglu auf einer Pressekonferenz zu sehen. Die BBP dementiert jegliche Beziehung zu den Attentätern.

Orhan Pamuk spielt nun mit dem Gedanken, vorerst in Amerika unterzutauchen. Hatten doch seine Äußerungen über die „Lynchmentalität im Lande“ noch einmal Wasser auf die Mühlen der türkischen Seele gegeben. Ob er sein neues Buch „Das Museum der Unschuld“ persönlich in der Türkei vorstellen wird, bleibt vorerst unklar.

Der umstrittene Paragraph 301 im türkischen Strafrecht

Der Paragraph 301 im türkischen Strafrecht regelt den Umgang mit der sogenannten „Herabsetzung des Türkentums“. Im Absatz 1 heißt es: „Wer das Türkentum, die Republik oder die Große Nationalversammlung der Türkei öffentlich herabsetzt, wird mit sechs Monaten bis zu drei Jahren Gefängnis bestraft.“ Absatz 4 relativiert nur unscharf: „Eine Meinungsäußerung, die mit der Absicht der Kritik erfolgt, ist keine Straftat.“ Was unter „Türkentum“ verstanden wird, ist nicht erläutert. Unklar bleibt auch, was Herabwürdigung von Kritik unterscheidet.

Der dehnbare Paragraph wurde bis zum September 2006 69mal angewendet, um Schriftsteller, Journalisten, Verleger und Intellektuelle anzuklagen. Die Autorin Elif Shafak mußte sich für eine Passage in ihrem Roman „Bastard von Istanbul“ verantworten. Auch der türkische Verleger der Griechin Mara Meimaridi wurde wegen des Buches „Hexen von Izmir“ vor den Richter zitiert. Eine Zeitzeugin äußert sich darin über das Leben der griechischen Minderheit in Kleinasien im 20. Jahrhundert mit den Worten, „die Türkinnen sahen schlechter als die Griechinnen aus“ oder „die türkischen Soldaten rochen fürchterlich aus dem Mund“. Der Literaturnobelpreisträger Orhan Pamuk und der ermordete Journalist Hrant Dink waren ebenfalls Ziele von Anzeigen unter dem „Türkentumparagraphen“. *M. A.*

Wenn alte Fotos auftauchen

Österreich: Eine aufschlußreiche Kontroverse um FPÖ-Chef Strache

Von R. G. Kerschhofer

Als mit Jahresbeginn Rumänien und Bulgarien EU-Mitglieder wurden, hatte dies eine kaum beachtete und nur von „Antifaschisten“ aufgebauschte Nebenwirkung: Im EU-Parlament wurde erstmals die Bildung einer „rechten“ Fraktion möglich. Wochen später tauchten 20 Jahre alte Jugendfotos von FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache auf, über die seither große Aufregung herrscht. Und nun kristallisiert sich heraus, daß es zwischen dem Entstehen der Rechts-Fraktion und dem „Auffliegen“ der Fotos Zusammenhänge gibt.

Anläufe zur Bildung einer Rechts-Fraktion hatte es schon seit langem gegeben. Denn fraktionslose Abgeordnete haben so gut wie keine Möglichkeit, sich bemerkbar zu machen – was zwangsläufig die Chancen bei der nächsten Wahl mindert. Und „nationale“ Parteien sind ohnehin unterrepräsentiert, weil ihre EU-skeptische Wählerschaft bei Europa-Wahlen zur Stimmenthaltung neigt.

Doch einer „Internationale der Nationalen“ stand noch mehr im Wege: Wer daheim in die nationale Schmuddelecke gestellt wird, zögert, sich durch Beziehungen mit jenen, denen es anderswo ähnlich geht, noch weiter zu exponieren. Eine verständliche, aber von den lupenreinen Demokraten nie honorierte Haltung. Dazu kamen persönliche Animositäten wie etwa zwischen Jörg Haider in den Phasen seines Aufstiegs und dem bereits etablierten Le Pen. Hinderlich war auch die Sprunghaftigkeit eines Umberto Bossi, dessen Lega Nord nun doch nicht dabei ist.

Rechts-Fraktion im EU-Parlament ist vielen ein Dorn im Auge

Zu den Fotos: Auf einem ist der jugendliche Strache mit Studentenmütze und einer Handhaltung mit drei gespreizten Fingern zu sehen. Von Kritikern wird dies als „Kühnen-Gruß“ und von anderen als „Südtirol-Gruß“ interpretiert, kann aber ebenso als „noch drei Bier“ gedeutet werden. Auf einigen Bildern im Freien trägt Strache eine uniformähnliche Tarnkleidung, was Kritiker als „Wehrsportübung“ auslegen, Strache selbst aber als „Paintball“-Spiel erklärt. Dies ist ein aus den USA stammender Geländesport, bei dem man den Gegner mit Farbkugeln „markiert“.

Besonders „belastend“ ist ein Gruppenfoto mit einem Mann, der Jahre später wegen „NS-Wiederbetätigung“ verurteilt wurde. Gegen Strache selbst liegen keine einschlägigen Anschuldigungen vor. Strache bestätigt aber, einst mit der Tochter des Südtirolaktivisten Norbert Burger befreundet gewesen zu sein. Dieser hatte 1966 nach dem Vorbild der NPD in Österreich eine NDP gegründet, die 1988 nach dem „Verbotsgesetz“ aufgelöst wurde. Wie sich die Zeiten ändern: Kreisky hatte kein Problem damit, vier ehemalige NS-Mitglieder als Minister in sein Kabinett aufzunehmen. Erst als sein Nachfolger Sinowatz 1986 die „Waldheim-Affäre“ anzettelte, begann ein Klima der Hexenjagd, das unter anderem zu den „Sanktionen“ der EU führte und letztlich auch dem Briten David Irving zum Verhängnis wurde.

Daß die Strache-Fotos erst jetzt auftauchten und nicht etwa schon vor den Wahlen, deutet darauf hin, daß sie nicht aus den Archiven der „Nazi-Jäger“ kommen, sondern von einstigen Freunden. Und tatsächlich wird es von manchen als Verrat an Südtirol angesehen, daß die FPÖ nun mit der Mussolini-Enkelin Alessandra in derselben EU-Fraktion sitzt.

FPÖ arbeitet mit Mussollini-Enkelin zusammen

Das „Rache-Motiv“ schließt natürlich nicht aus, daß es weitere Beteiligte gibt: Als Haider 2005 das BZÖ von der FPÖ abspaltete, folgten ihm die Regierungsmitglieder und die meisten FPÖ-Abgeordneten in die neue Partei und ließen die alte mit den Schulden und ohne Führung zurück. Es waren der Wiener FPÖ-Chef Ewald Strache, der Volksanwalt Stadler und der einzige EU-Abgeordnete der FPÖ, der Publizist Andreas Mölzer, denen es in der Folgezeit gelang, die Partei zu stabilisieren und bei den Wahlen sogar zu einem Achtungserfolg zu führen.

Genau diese drei gelten aber auch als Haupthindernis für eine von mehreren Seiten betriebene Wiedervereinigung mit dem BZÖ – und damit für eine Neuauflage der Koalition mit der ÖVP. Das erklärt, warum Strache nicht nur von den Grünen, sondern auch von BZÖ und ÖVP heftigst attakkiert wird. Die SPÖ hingegen kann an dieser Wiedervereinigung absolut kein Interesse haben – und für Bundeskanzler Gusenbauer waren die Strache-Fotos „Jugendtorheiten“. Prompt gab es für diese „Verharmlosung“ massive Kritik seitens der Israelitischen Kultusgemeinde. Aber Gusenbauer hat für seine „Milde“ auch einen menschlichen Grund: Einst als Juso-Funktionär hatte er bei der Ankunft in Moskau den Boden geküßt und „Heimat“ gerufen. Man lernt dazu.

Mit der Unabhängigkeit liebäugeln

Nicht nur die Schotten, auch viele Engländer wollen die Eigenständigkeit des sturen Nordens

Von Hans Heckel

Der designierte Nachfolger von Premier Tony Blair, Großbritanniens derzeitiger Finanzminister Gordon Brown, ist alarmiert. In einer Fernsehkampagne warnt der Sozialdemokrat vor einer „Balkanisierung“ des Inselreichs. Seine eigenen schottischen Landsleute, die am 3. Mai einen neuen Landtag wählen, rauben dem gebürtigen Glasgower den Schlaf. Laut einer Umfrage sprechen sich 52 Prozent der Schotten für die staatliche Unabhängigkeit ihres Landes von Großbritannien aus. In England stehen derselben Erhebung zufolge sogar 59 Prozent einer Trennung vom nördlichen Nachbarn positiv gegenüber. Das letztere mag überraschen, hat aber wohl sehr handfeste Gründe: Es geht um Geld. Während der Londoner Finanzminister rund 68 Milliarden Euro jährlich in die Nordregion pumpt, fließen ihm von dort nur gut 50 Milliarden Euro zu. Trotz seines Ölreichtums, der pro Jahr rund 7,5 Milliarden Euro an Steuereinnahmen abwirft, kostet Schottland also Jahr für Jahr Milliarden, die der vornehmlich englische Steuerzahler berappen muß.

Und noch etwa anderes empfinden die Engländer als üble Ungerechtigkeit: Schottland hat seit 1999 ein eigenes Regionalparlament mit Haushaltsrecht. Auch Wales wählt seitdem einen separaten Landtag, der allerdings über weniger Kompetenzen verfügt als der schottische. England indes besitzt keine eigene regionale Volksvertretung, alle England betreffenden Fragen werden weiterhin vom britischen Unterhaus, inklusive seiner schottischen Abgeordneten, entschieden. So dürfen zwar die Schotten über Englands Regionalbelange umfassend mitbestimmen, umgekehrt gilt dies aber nicht.

Ein Webfehler in Tony Blairs Regionalisierungspolitik der späten 90er Jahre?

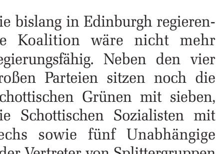
Kritiker sehen in der Privilegierung Schottlands eher kühl kalkulierte Bestechung, um die Abspaltungstendenzen einzudämmen – nicht nur aus nationalem, sondern vor allem aus parteitaktischem Interesse. Die oppositionellen Konservativen sind im Norden eine Partei von der Größenordnung der deutschen FDP. Von den 129 Abgeordneten im schottischen Landtag stellen die „Tories“ gerade einmal 17. Blairs und Browns sozialdemokratische „Labour Party“ hingegen sitzt mit 50 Abgeordneten im Landtag und bildet mit den Liberaldemokraten, deren Fraktion ebenso groß ist wie die der Konservativen, eine Koalitionsregierung. Ähnlich gestaltet sich die parteipolitische Verteilung der schottischen Unterhaus-Abgeordneten in London. England hingegen gehört mehrheitlich den Tories. Eine Abtrennung Schottlands brächte die Sozialdemokraten somit um ihre Mehrheitsfähigkeit im Unterhaus.



Teure Tradition: Das ärmere Schottland kostet Großbritannien mehr als es einbringt. Foto: pa

Labour-Politiker drohen den Schotten mit massiven wirtschaftlichen Einbußen für den Fall ihrer Unabhängigkeit. Blairs Rüstungsminister Adam Ingram prophezeite dem Norden einen ökonomischen „Hammerschlag“, sollten sich die Schotten tatsächlich von England trennen. Denn dann entzögen die britischen Streitkräfte den schottischen Werften ebenso die Aufträge wie der Forschung, Luft- und Seebasen würden geschlossen.

Ob die düsteren Drohungen Wirkung zeigen, scheint allerdings fraglich. Offenbar lassen sich die Anhänger eines unabhängigen Schottland von den Kassandras an der Themse nicht sonderlich beeindrucken, was sich sehr bald auf die Mehrheitsverhältnisse im Regionalparlament niederschlagen könnte. Der 3. Mai könnte der „Schottischen Nationalpartei“ (SNP) einen Erdrutschsieg bescheren. Demoskopen prophezeien der SNP, die erklärtermaßen für die staatliche Unabhängigkeit des Fünf-Millionen-Landes eintritt, 45 der insgesamt 129 Mandate – beinahe eine Verdoppelung ihrer derzeit 26 Sitze. Zwar hätte die SNP damit keine Mehrheit, doch auch die bislang in Edinburgh regierende Koalition wäre nicht mehr regierungsfähig. Neben den vier großen Parteien sitzen noch die Schottischen Grünen mit sieben, die Schottischen Sozialisten mit sechs sowie fünf Unabhängige oder Vertreter von Splittergruppen in dem Parlament gegenüber dem Edinburgher Holyrood-Palast, dem schottischen Sitz von Königin Elisabeth.



Eine SNP-geführte Landesregierung würde umgehend Kurs nehmen auf ein Referendum für die Unabhängigkeit.

Parteichef Alex Salmon hat die Abstimmung für das Jahr 2011 avisiert. Dabei steht ihnen allerdings noch das britische Gesetz im Wege, welches Abspaltungsreferenden nicht vorsieht. Mit großem Interesse nahmen die schottischen Nationalisten daher die Empfehlungen von UN-Vermittler Martti Ahtisaari für die Zukunft des Kosovo auf, die eine Art „provisorische Unabhängigkeit“ für die südserbische Provinz vorsehen. Wenn sich, wie von Salmon erhofft, eine große Mehrheit der Schotten für einen eigenen Staat ausspräche, dann wäre die Problemlage – rein juristisch gesehen natürlich – tatsächlich vergleichbar: Hier eine Provinz, deren Bevölkerung die Souveränität wünscht – dort das Gesetz des Gesamtstaates, das die Spaltung verbietet.

Für die Anhänger eines einigen Großbritannien ist die Entwicklung so oder so ein Trauerspiel. Ausgerechnet zwei Tage vor den schottischen Wahlen, am 1. Mai 2007, jährt sich die Union von England und Schottland zum Vereinigten Königreich zum 300. Mal – eigentlich Anlaß für eine großartige Feier zum „Geburtstag Großbritanniens“.

Angesichts der Spaltungsdebatte aber haben die offiziellen Kreise beschlossen, den Jubeltag „low-key“ zu zelebrieren, was ins Preußische übersetzt soviel heißt wie „tiefer hängen“.



MELDUNGEN

Zu Lasten des Kommunismus?

Preßburg / Bratislava – Die linke Opposition in der Slowakei wettert vehement gegen die Berufung eines als Faschismus-Sympathisanten verschrieenen Historikers zum Leiter des staatlichen „Instituts für das Nationale Gedenken“ (UPN). Das Institut untersucht neben Verbrechen aus der Zeit des kommunistischen Regimes auch solche aus der Tiso-Ära von 1939 bis 1945. Die slowakische Linke warnt nun vor einer einseitigen Aufarbeitung der Geschichte zu Lasten des Kommunismus und fühlt sich durch die Äußerungen des erst 30jährigen UPN-Institutleiters Ivan Petransky in ihren Befürchtungen bestätigt. „Die Verbrechen des Kommunismus sind noch nicht bestraft worden, die des Faschismus sehr wohl“, meinte dieser kürzlich.

Kampf gegen Kindersoldaten

Paris – Zum erneuten Male hat das UN-Kinderhilfswerk Unicef davor gewarnt, welche Folgen der Einsatz von Kindersoldaten für eine Gesellschaft habe. Weltweit gebe es etwa 250 000 bis 300 000 Kindersoldaten, die vor allem auf dem afrikanischen Kontinent und für zumeist dubiose Interessen eingesetzt würden. In mindestens 13 Ländern würden Milizen Kinder zwangsrekrutieren, so die Organisation „Save the children“. Neben Somalia und dem Sudan würden auch in Afghanistan und sogar Kolumbien Minderjährige für kriegerische Konflikte mißbraucht. Außerdem klagt Unicef über eine mangelhafte Wiedereingliederung der Zwangsrekrutierten. "Sie sind stigmatisiert, wenn sie in ihre Dörfer zurückkehren", außerdem seien schwere psychologische Traumata nicht innerhalb einiger Monate zu heilen. Eine Wiedereingliederung in die Gesellschaft sei so kaum möglich. Hinzu kämen noch die vielen von bewaffneten Gruppen entführten, sexuell mißbrauchten Mädchen, denen sich auch keiner annehme.

Will Bush Krieg gegen den Iran?

Wie im Ausland herrscht auch in den USA Unsicherheit über die Ziele des Präsidenten

Von Jörg Schmitz

Er ist der Urenkel des legendären Ölkrösus Rockefeller. Ein besonnener Mann. Einer, der die leisen Töne liebt. Und Senator. Und der Vorsitzender des Geheimdienstausschusses im Washingtoner Senat. Zu John Rockefellers Zuständigkeitsbereich gehört: Genehmigung für verdeckte Kommandoeinsätze sowie Umsturzpläne und Sabotageaktionen der CIA. Das macht den Demokraten zu einem der bestinformierten Männer in der US-Hauptstadt, und genau deshalb löste jetzt ein einziger Satz von ihm ein kleines politisches Erdbeben aus: „Ich habe die Sorge, daß sich hier gerade der Irak wiederholt." Rockefeller sprach über den amerikanischen Konfrontationskurs mit dem Iran.

Das Weiße Haus wiegelt ab. Es gehe nur darum, die Mullahs einzuschüchtern. „Wir planen keinen Krieg gegen Iran“, versichern Präsident Bush und sein Verteidigungsminister Robert Gates immer wieder. Die schrillen Töne sollten Teheran nur dazu zwingen, das Nuklearprogramm einzustellen und die von den USA behauptete massive Waffenhilfe für schiitische Milizen und Todesschwadronen im Irak zu beenden.

Zu diesen schrillen Tönen gehören: Bush hat Schießbefehl erteilt, US-Soldaten dürfen iranische und syrische Hintermänner im Irak künftig töten. Das Pentagon streut den Verdacht, daß es Agenten des Irans gewesen seien, die vor einigen Tagen fünf Soldaten auf einer US-Basis in Kerbela erschossen. Der Flugzeugträger USS „Stennis“ ist auf dem Weg in den Golf. Ein Schwesterschiff, die USS „Eisenhower“, kreuzt bereits vor Ort. Unbeirrt hält Bush offensichtlich an seinem harten Kurs gegenüber dem Teheraner Mullah-Regime fest.

Plant Bush wirklich einen weiteren Krieg? 85 Millionen US-Dollar hat die Bush-Administration allein 2006 offiziell für das Projekt „Regime change“, also Regimewechsel im Iran bereitgestellt. Das meiste ging bisher an „Voice of America“ und „Radio Farda“, die Programme auf Persisch senden.

Die angesehene Politik-Zeitschrift „Congressional Quarterly“ berichtete zudem, das Verteidigungsministerium rekrutiere in Aschraf – 120 Kilometer nordöstlich von Bagdad gelegen – bereits Mudschahidin, die im Iran Ziele für Luftschläge elektronisch markieren sollen. Die Angeworbenen würden von Israel mit einer neuen iranischen Identität ausgestattet.

Die US-Planungen für den Fall eines Angriffes gehen einem ehemaligen Geheimdienstmitarbeiter zufolge sogar über begrenzte Militärschläge hinaus. Sie würden vielmehr zu einem Krieg gegen das Land führen, sagte Nahost-Fachmann Wayne White vor der US-Expertenkommission „Middle East Policy Council“ in Washington. Er habe Teile der Planungen gesehen. Dabei gehe es nicht um einzelne chirurgische Eingriffe. Es gehe um einen Krieg gegen den Iran, der wahrscheinlich den gesamten Nahen Osten über Jahre destabilisieren würde, sagte White, der bis März 2005 im Büro für Geheimdienstinformationen und Aufklärung im US-Außenministerium gearbeitet hatte.

„Wir sprechen davon, den Weg zu Zielen frei zu machen, indem ein großer Teil der iranischen Luftwaffe, U-Boote und Abwehrraketen ausgeschaltet werden soll, die Handels- und Kriegsschiffe der USA im Golf gefährden könnten“, sagte White. Möglicherweise seien auch die ballistischen Raketen des Iran ein Angriffsziel. Er sei deutlich besorgter über die Folgen eines Angriffs der USA oder Israels auf die iranischen Atomanlagen als über den Krieg im Irak. Denn ein Angriff auf den Iran werde einen heftigen Gegenschlag zur Folge haben, der Irak-Krieg hingegen könne auf das Land begrenzt bleiben.

Prominente Strategen wie James Baker, Außenminister bei Bush senior, und selbst Bushs Parteifreund Henry Kissinger haben das Weiße Haus ermahnt, sich von solchen Angriffsplänen zu verabschieden. Solange die Planungen fortgesetzt würden, sei kein Regime zu ernsthaften Verhandlungen bereit.

Senator John Rockefeller hat zu diesen ganzen Aktivitäten seine eigene, klare Meinung: „Wenn Präsident Bush nicht sehr aufpaßt, könnte er in einen weiteren verheerenden Krieg schlittern.“

Alkoholkrise

Wodka ist für Russen wichtiger als Brot

Von M. Rosenthal-Kappi

Nicht ohne ihren Wodka“ wollten sich 440 betrunkene Angler, die auf einer Eisscholle vor Sibirien aufs offene Meer getrieben waren, retten lassen. Erst als es dämmerte, stiegen sie – ohne Ausrüstung und Wodkaflaschen – in den Hubschrauber, der sie ans Ufer brachte.

Daß Alkohol für Russen wichtiger ist als Brot oder Benzin, zeigt die „Alkoholkrise“ des vergangenen Jahres – die schlimmste nach Gorbatschows Verbotsversuchen 1985 –, die bis heute nachwirkt.

Was war geschehen? Zum 1. Januar 2006 sollte das Gesetz „Über die staatliche Regulierung der Produktion und des Verkaufs von Äthylalkohol und alkoholischen Getränken“ in Kraft treten. Ziel war es, den russischen Alkoholmarkt unter Kontrolle zu bringen, gefälschte Produkte niederer Qualität zu verhindern, um Vergiftungen vorzubeugen.

Das System war einfach gedacht: Mittels Strichcode sollten neue Steuerbanderolen beispielsweise Aufschluß über Herkunft und Transportrouten liefern. Beim Verkauf würden die Strichcodes gescannt und die Daten an die Steuerbehörde übermittelt; so wäre der Weg des Alkohols von der Herstellung bis zum Verbraucher nachvollziehbar. Bis zum Januar 2006 mußten alle Alkoholhändler mit entsprechender Technik ausgerüstet sein.

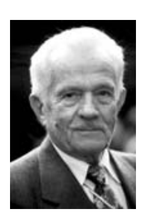
Eine Verkettung von Pannen ließ das Vorhaben im Chaos enden. Die Banderolen wurden viel zu spät ausgegeben, beim Betrieb fiel das Kontrollsystem aus: teils konnte der Code nicht gelesen werden, teils ging er verloren, die Daten mußten manuell eingegeben werden – der Zoll hatte keinen Zugriff aufs System, weil der Server abgestürzt war.

Gleichzeitig sorgte die russische Verbraucherschutzbehörde „Rospotrebnadsor“ für ein Verbot georgischer und moldawischer Weine.

Es kam zu Hamsterkäufen, der Schwarzmarkt, der ja eigentlich bekämpft werden sollte, blühte auf, Menschen starben an Vergiftungen.

Präsident Putin hat inzwischen genug und forderte Premier Fradkow auf, das Gesetz endlich zufriedenstellend umzusetzen.

»Moment mal!«



Mit Bio-Kost gegen die Klimakatastrophe

Von Klaus Rainer Röhl

Inzwischen gibt es Bio-Produkte schon in den Billigkaufläden. Eine erstaunliche Entwicklung. Noch vor kurzer Zeit konnten sie die alternativen Hypochonder und Müsli-Esser nicht nur für besorgte und vorsichtige Menschen, sondern auch für etwas Besseres halten. Es war schon immer etwas teurer, einen guten Geschmack zu haben. Und das Argument, daß die Bio-Bauern nur sehr wenige naturbelassene Tiere und Pflanzen aufziehen können und so viele Bio-Produkte gar nicht für alle Menschen in Deutschland reichen können, ließ sich leicht mit dem Argument wegwischen: Ohne euch reicht's für uns schon. So hatten sie irgendwo in der Nähe ihrer Stadt eine Landkommune entdeckt, die Frauen eine Frauenkommune, von der sie jede Woche mit einer Pappkiste voller Gemüse und Obst versorgt wurden, frei Haus, etwas teurer, aber eben naturbelassen, nicht „gespritzt" und ohne Kunstdünger aufgezogen. So sahen die Gemüse auch aus, ein bißchen verschrumpelt, voller angefressener Stellen (ein gutes Zeichen! Die Schnecken und Käfer haben sich gut entwickelt, und die schwarzen Stellen kann man wegschneiden). Auf Wunsch gibt es auch Bio-Schwein. Das schrumpft nicht gleich in der Pfanne zusammen. Man muß natürlich nicht immer die besten Stücke vom Schwein oder vom Bio-Rind wollen. Schließlich muß das ganze Tier verkauft werden. Die anderen Stücke sind vielleicht ein bißchen hart, voller Sehnen, die muß man dann gut würzen. Mit naturbelassenen, unbestrahlten Gewürzen. Am liebsten indischen oder chinesischen. Gibt es im Naturkostladen. Lecker! Man darf nicht vergessen, sich dieses Wort beim Essen mehrmals zuzurufen. Das gehört zum Essen der Bio-Mahlzeit dazu wie früher das Tischgebet. Die Landkommunen gibt es noch heute, die Verbraucher sehen, auch nach zehnjährigem Genuß von Bio-Kost, nicht besser aus als andere Städtebewohner, eher ein bißchen angestrengter, faltiger, wegen der dauernden Sorgen um die Umweltbelastung, die die anderen immer noch verursachen.

Das war im vorigen Jahrhundert. Lange her. Am Anfang der Öko-Bewegung hatten Müsli-Esser und Mülltrenner es leicht, die anderen Deutschen tüchtig zu verachten, besonders die verhaßten „Bild"-Leser, immerhin zwölf Millionen Mitmenschen. Aber inzwischen haben die großen Konzerne und Lebensmittelhersteller sich längst auf Bio-Kost umgestellt, und nun kann jeder kleine Verbraucher, auch die Arbeitslosen und Hartz-IV-Empfänger, also praktisch jeder Hinz und Kunz, sich Bio-Produkte kaufen. Sogar bei den Billigketten.

Aber Vorsicht. Ist auch überall Bio drin, wo Bio draufsteht? Ein Rudel Jungjournalisten des „Kölner Stadtanzeigers", einer nur gemäßigt links tickenden Tageszeitung, schwärmte aus, um der Sache auf den Grund zu gehen. Das Ergebnis hatten sie schon erwartet: Nicht überall, wo Bio drauf steht, ist auch Bio drin! Selbst Produkte mit dem fünfeckigen Bio-Siegel der EU sind nicht unschuldig und rein, weil sie mit Aromen versetzt sind, damit sie den Leuten besser schmecken. Richtiges Bio-Essen soll ja nicht gut schmecken. Das hatten die Redakteure schon erwartet. Was sie aber nicht erwartet hatten, verriet ihnen der stellvertretende Geschäftsführer der Organisation „Foodwatch" (Nahrungs-Wächter) nach langem Bohren: „Es gibt ja auch Bio-Tomaten, die nach nicht viel mehr als Wasser schmecken. Die Sorte macht viel aus und die Geschmackserwartung!" Schließlich gab der Oberwächter preis: „Der Mehrwert, den ich für den höheren Preis bekomme, ist vor allem ein ökologischer."

Wir würden sagen, ein ideologischer. Das soll heißen, die Umwelt wird durch die Biohaltung geschont. Daran muß man glauben, wenn man ein sauberes Gewissen haben will, sonst kann man ein Masthähnchen, das 35 Tage gemästet wird, nicht von einem Biohähnchen unterscheiden, das doppelt solange lebt, bevor es geschlachtet wird. Geschlachtet wird immer. Vom Bio-Schwein, gab der oberste Food-Wächter zu, „werden nur die Edelstücke als Bioware verkauft, die anderen gehen an die konventionellen Fleischfabriken."

Die guten Deutschen! Steh auf, dein Glaube hat dir geholfen. Beziehungsweise dein Mißtrauen. Gegen alles, was aus Amerika kommt. Zum Beispiel „genverseuchte" Lebensmittel. Genverseucht ist ein singuläres deutsches Gutmenschen-Wort, in ganz Europa nennt man Mais-Sorten, die gegen Kälte und Dürre beständiger sind, „genverändert". Verdammt noch mal, schimpfen die Umwelt-Aktivisten, bei Tieren, die solchen „genverseuchten" Mais gefressen haben, ist praktisch nicht die geringste Veränderung nachzuweisen. Selbst von den radikalsten Lebensmittelprüfern von der Bremer Universität, die im Aufspüren von Umweltgiften wahre Künstler sind. Keine Spur. Also kann es auch nichts schaden, oder? Deutsche Umweltschützer aber bleiben mißtrauisch, denn Deutschsein heißt eben, eine Sache um ihrer selbst willen tun. Die übrigen Europäer sind argloser. Aber die waren schon immer schlechte Grüne, in vielen Ländern der EU gibt es überhaupt keine Grünen, und darum sind die meisten Europäer so sorglos. Deutschland ist vorn – bei den Sorgenfalten.

Nirgendwo hat der Bericht der Klimakonferenz von Paris vom 2. Februar 2007 so eingeschlagen wie bei uns. In anderen Teilen der Welt hat man ohne Panik von dem Bericht der Klimaexperten und ihren Computermodellen Kenntnis genommen. Was besagt der Bericht? Es besteht die Gefahr, sagen die Wissenschaftler mit 90prozentiger Sicherheit voraus, daß im Jahre 2100 die Temperatur auf der Erde um 1,7 bis 4 Grad Celsius steigen wird, wenn wir so weiter wie bisher Brennstoffe wie Öl, Kohle und Gas verbrennen, daß infolge dieser Temperatur-Änderung der Meeresspiegel um 3,1 Millimeter pro Jahr steigen kann. Im Jahr 2100 haben wir dann einen Anstieg auf 28 bis 43 Zentimeter, wenn wir nicht den Ausstoß von Kohlendioxyd, das bei der Verbrennung von Gas, Kohle und Öl entsteht, reduzieren. Weil das Verbrennungsgas CO_2, das alle Pflanzen dringend zum Leben brauchen, im Übermaß die Luft erwärmen kann.

Tatsächlich hat Deutschland, wie viele andere Länder Europas, das sogenannte Kyoto-Protokoll unterzeichnet und durch staatliche Verordnungen den Ausstoß des Verbrennungsgases (leicht) reduziert, während die übrige Welt, vor allem die Wachstumsriesen USA, China, Indien und Rußland, noch größere Mengen von CO_2 als bisher in die Luft geblasen haben.

Der amerikanische Unterhändler Al Gore hatte, um ein Scheitern der Konferenz zu verhindern, nach langem Hickhack das Kyoto-Prokoll selber vorgelegt, um zugleich zu betonen, die USA würden es niemals unterschreiben, weil Umweltpolitik in Amerika Sache der Einzelstaaten sei. Die USA können den Ausstoß von Kohlendioxyd zur Zeit gar nicht einschränken, wenn sie auf dem Weltmarkt wenigstens noch ein paar Jahrzehnte bestehen wollen. Sie stehen mit ihrer demokratischen Verfassung, ihrem für jede Konjunktur-Schwankung anfälligen Wirtschaftssystem mit dem Rücken zur Wand gegen drei straff gelenkte Wirtschaftsgroßmächte Rußland, Indien und China.

In den utopisch anmutenden gigantischen Hochhaus-Zentralen des neuen China können die 30jährigen Topmanager, die dabei sind, zusammen mit ihren 1,3 Milliarden Landsleuten zum großen Sprung anzusetzen, der sie lange vor 2100 an die Spitze der Weltwirtschaft, vielleicht der Welt, setzen soll, über das Kyoto-Protokoll und die europäischen Klima-Hypochonder nur lachen. Heute schon, im Februar 2007, haben sie den ganzen Hafen Piräus mehr oder weniger gekauft, den größten Hafen Griechenlands! In Neapel besitzen sie bereits 70 Prozent der Hafenanlagen. Sie übertreffen jetzt schon die kühnsten Erwartungen von Maos kleinem roten Buch, das die 68er einst verschlangen wie eine Bibel. Ihre Konkurrenten aus Indien haben mit ebenfalls fast einer Milliarde gut ausgebildeter, arbeitswilliger Einwohner im Durchschnittsalter von 26 Jahren, ebenfalls nicht die geringsten Skrupel, Energie zu verbrauchen. Die russischen Wirtschaftsführer auch nicht. Was kann ihnen 2100 passieren, wenn sie dieses Jahr, dank weiterentwickelter Stammzellen-Medizin, gesund und munter erleben? Grönland eisfrei? Eine Meldung für das globale digitale Fernsehen. Das Meer um 43 Zentimeter gestiegen, ein paar Großstädte in Meeresnähe bedroht, die Küstenregionen von Bangladesch überflutet? Was soll's? Man wird Zeit haben, gewaltige Dämme zu bauen oder die Menschen umzusiedeln.

Die Nichtunterzeichner des Kyoto-Protokolls, die USA, Indien und China, werden weiterhin die Atmosphäre bis an den Rand mit Kohlendioxyd vollpumpen, und auch Rußland als der kleinste der Wirtschafts-Riesen und wie diese ohne die geringsten religiösen oder ethischen Bauchschmerzen wird mithalten. Nur wir Deutschen werden weiterhin Kohle, Öl und Gas verbrennen und dennoch so gut wie möglich den Ausstoß von Kohlendioxyd drosseln und gebannt auf die Horror-Bilder von Hurrikanen, Überschwemmungen, Dürren und Hungersnöten starren.

Angst vor der Zukunft? Was wird gefragt von den Experten? Nicht, wie viele Moslems im Jahre 2100 in deutschen Städten leben werden und was mit der deutschen Minderheit geschieht, beschäftigt die Propheten, sondern ob es in 100 Jahren vier Grad wärmer sein wird. Nicht die Frage, wie viele Klau-Kids jährlich aus Rumänien kommen, wie viele Terroristen, Drogen- und Spielsüchtige auf unseren Schulhöfen heranwachsen, sondern der mögliche Anstieg des Meeresspiegels um 28 Zentimeter erschreckt uns, beziehungsweise unsere Medien, die unsere Meinung fest im Griff haben. Wir werden nicht aufwachen.

Statt dessen werden wir fortfahren, wie die Einwohner von Schilda flächendeckend Windmühlen zu bauen, von alternativen Energien zu träumen, Strom für die Zahnbürste zu sparen und Bio-Kost zu kaufen, die zwar nicht unbedingt besser schmecken und gesünder sein muß, aber uns ein gutes Gewissen beschert, weiter den deutschen Sonderweg zu gehen, als einzige in der Welt unsere Kernkraftwerke stillzulegen, die kein einziges Gramm CO_2 ausstoßen.



Hauptsache Bio: Geschmack und Logik spielen keine Rolle. Foto: ddp

Tagebuch kommt ohne Worte aus

In Hamburg sind übermalte Drehbuchseiten von Armin Mueller-Stahl zu sehen

Von SILKE OSMAN

Ich habe selten so viel gemalt und gezeichnet wie bei den Dreharbeiten zu diesem Film, mindestens genausoviel wie bei ‚Die Manns‘, und vor allem bunt. Die Farbenwelt der Meißner Porzellanfiguren hat mich sehr inspiriert“, erinnert sich Armin Mueller-Stahl an die Dreharbeiten zu dem Film „Utz“ (siehe auch nebenstehenden Kasten), für den er 1992 mit dem „Silbernen Bären“ ausgezeichnet wurde. Nicht nur von der Fülle der Zeichnungen, auch von ihrer Qualität kann man sich derzeit im Hamburger Museum für Kunst und Gewerbe einen Eindruck verschaffen, denn dort werden 65 der übermalten Drehbuchseiten in der Spiegelsaal-Galerie gezeigt. Hier wird wieder einmal die außergewöhnliche kreative Begabung des 1930 im ostpreußischen Tilsit geborenen Schauspielers deutlich, der sich mittlerweile auch als Maler einen Namen gemacht hat. „Malen ist für mich wie Schauspielern und Schauspielern ist wie Zeichnen“, hat er einmal gesagt. „Mein Leben lang habe ich Haltungen beobachtet und übertragen. Auf der Bühne, vor der Kamera oder auf dem Papier.“ Zu sehen sind flüchtig mit dem Kugelschreiber hingeworfene Skizzen ebenso wie Aquarelle und Tuschzeichnungen in lebhaften Farben. Szenen, Gesten und Gedanken hat Armin Mueller-Stahl in den Drehpausen ebenso festgehalten wie die Gesichter seiner Kollegen. „Hier ist ein Seelentagebuch entstanden, das ohne Worte auskommt“, sagt Christine Maiwald, die Kuratorin der Hamburger Ausstellung.

Mit dieser einmaligen Präsentation möchten die Museumsleute nicht zuletzt auch einmal mehr auf ihre Abteilung „Porzellan und Fayencen“ aufmerksam machen, die seit März 2006 im neuen Licht erstrahlt und weltweit bewunderte Sammlungen beherbergt. Umfangreiche Bestände aus Meißen, Nymphenburg, Frankenthal, Berlin und Fürstenberg lassen das Herz eines jeden Sammlers heftiger schlagen. Und auch so kuriose Stücke wie etwa das Frühstücksservice für eine Person, das mit Szenen aus Lessings „Minna von Barnhelm“ nach Stichen des Danzigers Daniel Chodowiecki bemalt ist oder Porzellane aus dem 1. Potsdamer Service von Friedrich dem Großen sowie Wärmeglocken aus einem Speiseservice des Preußenkönigs zeugen von einer großartigen Sammelleidenschaft. Ein Abstecher in die Abteilung lohnt sich allemal.

Doch zurück zu Armin Mueller-Stahl, dem Multitalent aus Ostpreußen. „Was bleibt von Utz?“ hat er gefragt und gleich die Antwort gegeben. „Ein Lächeln bleibt. Utz hat sich lächelnd aus dieser Welt verabschiedet. Etwas von diesem heiteren Tod sollte in einigen Zeichnungen enthalten sein …“ Doch man spürt noch viel mehr beim Betrachten der Zeichnungen und Aquarelle; man spürt die Stimmungen des Malers, die Heiterkeit, die Lust am Spontanen ebenso wie die tiefe Nachdenklichkeit des Mannes, der demnächst für die ARD in der Neuverfilmung der „Buddenbrooks“ vor der Kamera stehen wird. Auch da wird er zweifellos wieder zu Pinsel und Stift greifen.

Die Ausstellung im Museum für Kunst und Gewerbe, Steintorplatz, ist dienstags bis sonntags von 10 bis 18 Uhr, donnerstags bis 21 Uhr, Gründonnerstag und alle Ostertage von 10 bis 18 Uhr geöffnet, Eintritt 8 / 5 Euro, bis 15. April, Katalog (Edition Braus, 144 Seiten,, Halbleinen, zahlr. farbige Abb. und Faksimile des Drehbuchs, 29,90 Euro). Der Film „Utz“ wird jeden Sonntag im Hamburger Kino „Metropolis“, Dammtorstraße, um 17 Uhr gezeigt (am 25. Februar, 18. und 25. März um 19 Uhr).



Sammelleidenschaft: Meißner Porzellan im Museum für Kunst und Gewerbe in Hamburg und von Armin Mueller-Stahl übermaltes Blatt aus dem Drehbuch für den Film „Utz“, der von einem begeisterten Sammler edler Porzellane erzählt Fotos: Osman, Museum

Ihr Spiel war zarte Poesie

Vor 100 Jahren wurde die Schauspielerin Käthe Gold geboren

Von SUSANNE DEUTER

Ganz stark in Erinnerung an meinen einzigen Besuch 1992 in ihrem Wiener Winzerhaus habe ich die ersten Minuten. In der Nacht zuvor hatte ein Sommersturm gewütet und einen geliebten Apfelbaum umgeknickt. Die Gartenfreundin erzählte mit Tränen in den Augen davon. Eine andere Seite im Leben der unvergessenen, vielgeehrten Käthe Gold, die Öffentlichkeit eigentlich nur auf der Bühne zuließ.

Auf einer solchen hatte sie immerhin schon als knapp Vierjährige gestanden – als Knäblein der „Madame Butterfly“ in der Hofoper ihrer Geburtsstadt Wien. Dort kam sie am 11. Februar 1907 als Tochter eines Schlossermeisters zur Welt. Noch nicht in der Schule, aber schon in Zeitungskritiken als die „kleine herzige Gold“ erwähnt.

Bis zum Karrierestart mußte sie allerdings 15 Jahre warten. Gemeinsam mit Paula Wessely, die im Januar ebenfalls 100 Jahre alt geworden wäre, besuchte sie die Hochschule für Musik und darstellende Kunst. Als Bianca in „Der Widerspenstigen Zähmung“ debütierte Käthe Gold in Bern. Und es sollten immer die Bühnenbretter bleiben, die ihr alles bedeuteten.

Das Lobe-Theater Breslau, die Kammerspiele München, das sind erste Stationen ihrer Theaterzeit. Da hinein fallen die namhaftesten Frauengestalten der Weltliteratur wie Nora, Hedwig, Klärchen oder das Gretchen. Letzteres spielte sie, die ihre Mädchenhaftigkeit bis ins Alter behielt, erstmals mit 23 und zuletzt mit 40 Jahren. In Berlin arbeitete Käthe Gold von 1932 bis 1944 mit Gustaf Gründgens und Jürgen Fehling. Erfüllte Jahre, die ihr beim Publikum den Namen „Katharina, die Große“ einbrachten.

Kritiker wie Friedrich Luft feierten die preußische Staatsschauspielerin mit Lobeshymnen: „Sie hatte Mozart-Qualität. Sie konnte Dur und Moll in einem Zuge spielen: fast überirdische Heiterkeit bewegend – und zugleich tiefsten, tragischen Ernst vermittelnd. Ihr gelang alles.“

Nach weiteren Erfolgen am Züricher Schauspielhaus, überstandenem Krieg und privaten Schicksalsschlägen dürfte Käthe Gold im Herbst 1947 ganz und gar angekommen sein. Sie kehrte zurück nach Wien, wurde Mitglied im Ensemble des Burgtheaters, dem sie 40 Jahre lang angehörte. Was auch immer aus dem Reich der vielen Möglichkeiten sie verkörperte, ihre Leuchtkraft war immens.

Käthe Gold: Erfüllte Jahre Foto: Deuter

Diese muß auch den aus dem Exil heimgekehrten Regisseur Berthold Viertel mächtig berührt haben. Käthe Gold wurde seine Laura in „Die Glasmenagerie“, seine Blanche in „Endstation Sehnsucht“, und sie inspirierte das Dichtergenie Berthold Viertel.

Michael Heltau, dem Kollegen und langjährigen Freund der Gold, ist es wichtig, an diese Bühnengröße zu erinnern. Für ihn war sie in ihrer ganzen Persönlichkeit eine Aristokratin, die es verstand, das Geheimnis zu bewahren. „Die Käthe Gold war eine Verwandlerin. Das hat wirklich mit Magie zu tun gehabt. Und die Mittel waren so ureigen. Sie hat die Figuren der Dichter erlöst, die Rollen vollendet“, so Heltau.

Käthe Gold äußerte sich einmal, zu viel gespielt zu haben. Von ihren über 200 Frauengestalten verkörperte sie die Minna von Barnhelm und die Rose Bernd auch im Film. „Amphitryon“ (1935) heißt ein früher Leinwanderfolg. Im Fernsehen war Käthe Gold ab 1962 vertreten, durchaus auch in populären Krimiserien wie „Der Kommissar“ und „Derrick“. In „Abendlicht“, einer sensiblen Liebesgeschichte zweier alter Menschen, stand sie mit Guido Wieland vor der Kamera. Ihr Spiel war zarte Poesie, ihre „Goldstimme“ zeitlos. So werden zahlreiche Verehrer ihre schauspielerischen Bonbons, die sie, einer Märchenfee gleich, verschenkte, in dankbarer Erinnerung behalten.

Käthe Gold starb 90jährig am 11. Oktober 1997. Von der Bühne hatte sie sich bereits Jahre zuvor ohne viel Aufhebens zurückgezogen.

Dichtung und Wirklichkeit

Der Roman „Utz“ erschien 1988, er war das letzte Werk von Bruce Chatwin (1940–1989). Geschildert wird die Geschichte eines leidenschaftlichen Porzellansammlers, des deutschstämmigen Barons Kaspar von Utz. Sie beginnt mit seinem Begräbnis und blickt zurück auf sein Überleben in den politischen Systemen in der Tschechoslowakei des 20. Jahrhunderts. Sein Leben galt seiner Sammlung, die er je nach Gelegenheit versteckt, ausgebaut, gerettet hat. Denn Porzellan, insbesondere das Meißner Porzellan, war für ihn nicht nur irgendein Sammlungsgegenstand, sondern der Ursprung des Lebens selbst: der Lehm, aus dem Gott Adam erschuf. Nach seinem Tod ist die Sammlung unauffindbar. Wurde sie im Museum versteckt? Von tschechischen Devisenschiebern ins Ausland gebracht? Von Utz vor seinem Tod verkauft oder von ihm selbst und seiner heimlichen Ehefrau vernichtet?

1991 verfilmte Georg Sluizer den Roman nach einem Drehbuch von Hugh Whitemore mit

Wo ist die kostbare Sammlung geblieben?

Armin Mueller-Stahl (Utz), Brenda Fricker (Marta, die Dienerin und heimliche Ehefrau), Paul Scofield (Dr. Orlik, der Freund) und Peter Riegert (der amerikanische Galerist Fischer; diese Figur kommt im Roman nicht vor, sie übernimmt im Dialog mit Utz häufig die Rolle des Ich-Erzählers im Roman) als eine Folge von Rückblenden des sterbenden Kaspar von Utz auf Episoden seines Lebens. Dabei spannte Whitemore den historischen Bogen weiter als der Roman: Utz stirbt in der Filmversion im Jahr 1989, auf den Straßen von Prag entledigt sich das Volk gerade demonstrierend seiner Regierung.

Der Film zeigt die untergehende düstere Welt des Sozialismus ebenso wie die heitere Welt der Porzellanfiguren. Er zeigt einen Sammler, der seine Schätze mit Schweijkschem Hintersinn verteidigte, aber ganz am Ende seines Daseins den Glauben an seine Lebensleidenschaft verloren hat und sich von der Last befreit, indem er sie zerstört.

Bruce Chatwin wurde zu seinem Roman über einen leidenschaftlichen Sammler durch die Begegnung mit dem Sammler und Wissenschaftler Rudolf Just (1895–1972) 1967 in Prag inspiriert. Chatwin war zu dieser Zeit Mitarbeiter des Auktionshauses Sotheby's. Nach dem Fall des Eisernen Vorhangs entdeckte Sebastian Kuhn, Direktor der Abteilung für Europäisches Porzellan, Keramik und Glas bei Sotheby's London, die Sammlung (die nicht identisch ist mit der von Chatwin geschilderten Porzellansammlung), versteckt bei Verwandten von Rudolf Just.

Der Traum des Barons von Utz hat sich erfüllt

Diese Sammlung wurde im Dezember 2001 bei Sotheby's versteigert und erbrachte über zwei Millionen Euro. Damit erfüllte sich der Traum des Barons von Utz, so wie Chatwin ihn beschrieben hatte: Neue Sammler konnten die Objekte erwerben – und sie so am Leben erhalten.

mkg

Auf dem Weg zu den Sternen

Zum »Tag der Kinderhospizarbeit« am 10. Februar: Abschiednehmen in angenehmer Atmosphäre

VON CORINNA WEINERT

Du, sag' mal, wie ist das eigentlich, ein Engel zu werden?" fragt der kleine Junge Uwe Sanneck mit ernstem Blick, als dieser sich zu ihm ans Bett setzt. Uwe Sanneck ist Seelsorger und Trauerbegleiter im Kinderhospiz „Sternenbrücke"; die Einrichtung betreut Kinder in ihrer letzten Lebensphase. „In der Sternenbrücke können sich Eltern und Kinder mit dem bevorstehenden Tod auseinandersetzen", erklärt Sanneck, „eine ehrliche Antwort ist wichtig", fährt er fort, „falsch wäre es, vom Thema abzulenken."

Vieles möchte der Siebenjährige an diesem Tag wissen, über das Sterben und über das, was danach passiert. Ob er im Himmel denn wohl sein Bein wieder bekommt, das man ihm amputiert hat, überlegt er. Der Krebs hat seinen kleinen Körper ausgezehrt, blaß ist er, müde und kraftlos. Lange wird es nicht mehr dauern, „dann geht er zu den Sternen" – wie man hier im Kinderhospiz sagt – das weiß der kleine Junge.

„Die Kinder spüren, wenn es soweit ist", meint Sanneck, „und sie wollen ernst genommen werden mit ihren Ängsten und Problemen."

„Meist ist es nicht der Tod, vor dem sich die Kindern fürchten, sondern das Sterben", erklärt Ute Nerge, die Initiatorin und Leiterin der „Sternenbrücke". Ob sie alleine sein werden, ob sie Schmerzen haben werden, beschäftigt die Kinder. „In der Phantasie der Kinder ist das Sterben oft noch viel grausamer als in der Wirklichkeit, deshalb ist es gut, über den Tod auch zu sprechen", meint Nerge. „Manchmal schleichen sich die Kinder an das Thema ran", fährt sie fort, „sie sehen etwas im Fernsehen und fragen dann: Sag' mal, sterben Kinder eigentlich auch? Und: Macht der liebe Gott Unterschiede zwischen Menschen und Tieren? Meinst du, ich treffe im Himmel den Hund von unserem Nachbarn wieder?"

„Einige Kinder regeln dann detailliert ihren Besitz", berichtet Sanneck, „und auch über ihre Eltern machen sie sich Gedanken", fügt Nerge hinzu, „sie wollen, daß sich jemand um ihre Eltern kümmert, wenn sie nicht mehr da sind." Aus ihrer langjährigen Erfahrung als Kinderkrankenschwester weiß sie, wie wichtig der Beistand für Eltern und Geschwister ist. In der „Sternenbrücke" erfahren die Familien, dem Leben trotz Trauer zu begegnen, finden Trost, Unterstützung und Zuspruch.

Die Themen Kindheit, Krankheit und Tod passen in unserer Vorstellungswelt nicht recht zusammen, denn Kinder, so sagen wir, haben das Leben ja noch vor sich. Der Tod ist jedoch keine Frage des Alters: In Deutschland sterben jährlich weit über 8000 Kinder an einer Krankheit, die bis heute als unheilbar gilt. Im letzten Jahr ist auf Initiative des Deutschen Kinderhospizvereins der 10. Februar zum bundesweiten „Tag der Kinderhospizarbeit" erklärt worden; so soll auf die Situation lebensverkürzend erkrankter Kinder und deren Familien aufmerksam gemacht werden.

Die „Sternenbrücke" ist ein Ort zum Sterben, gleichzeitig aber auch ein Haus voll Lebensfreude. „Bei uns wird gelacht und geweint", sagt Nerge, „hier wird alles dafür getan, daß der letzte Weg kranker Kinder nicht trist, sondern farbenreich und fröhlich ist." Die Wände sind in leuchtendem Gelb oder Orange gestrichen, in den Fluren und in den Kinderzimmern hängen bunte Bilder, überall im Haus sitzen große Stofftiere in den Ecken. Das Gebäude ist von einer weitläufigen Parkanlage umgeben, in der die Kinder im Rollstuhl spazieren gefahren werden, und es gibt zwei behindertengerechte Spielplätze. Die Bedürfnisse der Kinder stehen im Vordergrund; Türklinken sind nur 85 Zentimeter hoch, damit Kinder im Rollstuhl sie allein öffnen können. Die Fenster sind tief genug, so daß Kinder, die nur noch im Bett liegen, einen freien Blick auf den Garten haben. Das Haus, das sich in Hamburg-Rissen befindet, bietet Platz für zwölf Kinder und ihre Familien – die Großeltern inbegriffen, wenn die Familien das wünschen. Kinder und Eltern haben in der Regel separate Zimmer, für die letzte Lebensphase stehen jedoch Wohnbereiche zur Verfügung, in denen eine Treppe das unten gelegene Kinderzimmer mit dem oben liegenden Elternschlafzimmer verbindet; so können die Kinder im Rufkontakt mit den Eltern bleiben. Seit der Eröffnung der Einrichtung waren 220 Familien zu Gast, 36 Kinder im Alter von sechs Monaten bis 18 Jahren sind hier in dieser Zeit verstorben.

Die Kinderhospizarbeit entstand in England, der Heimat der Hospizbewegung. 1982 eröffnete in Oxford das weltweit erste Kinderhospiz. In Deutschland entstand 1998 auf Initiative des Kinderhospizvereins eine erste Einrichtung, die Kinder im Sterbeprozeß begleitet; mittlerweile gibt es sieben solcher Häuser in Deutschland, die eine stationäre Versorgung gewährleisten.

Die Erkrankungen der Kinder sind sehr unterschiedlich; es sind Stoffwechsel-, Muskel- und Tumorerkrankungen. Viele Kinder verlieren im Laufe der Zeit immer mehr Fähigkeiten, so daß sie letztendlich vollständig auf Hilfe anderer angewiesen sind. Häufig werden sie über Jahre hinweg – rund um die Uhr – von den Eltern betreut. „Das ist eine hohe Belastung für den gesamten Familienverband; die Eltern sind dann oftmals physisch und psychisch völlig erschöpft", weiß Sanneck. Das Kinderhospiz bietet in solchen Fällen eine Pflegeentlastung an; die Familien können mehrmals im Jahr – für insgesamt vier Wochen – zu Besuch kommen, um wieder Kraft zu tanken. Ein 20köpfiges Pflegeteam und drei Ärzte sorgen dafür, daß die Kinder eine gute palliative Fachpflege rund um die Uhr erfahren können. Eine individuelle Schmerztherapie ist dabei besonders wichtig. „Die Linderung von Schmerzen hat bei uns einen hohen Stellenwert", erklärt Sanneck, „denn Schmerzen beeinträchtigen das Wohnbefinden der Kinder erheblich." Ehrenamtliche Helferinnen und Helfer nehmen sich insbesondere der Bedürfnisse und Sorgen der Eltern und Geschwisterkinder an.

Die Kosten für vier Wochen Pflegeentlastung im Kinderhospiz werden zu etwa 70 Prozent von den Kranken- und Pflegekassen bezahlt, allerdings nur für den Aufenthalt der Kinder. Der Aufenthalt der Eltern wird meist über Spenden finanziert. In der allerletzten Lebensphase ist ein zeitlich unbefristeter Aufenthalt in der „Sternenbrücke" möglich. Ute Nerge ist eines besonders wichtig: „Die Familien können unabhängig von ihren finanziellen Möglichkeiten kommen, unser Haus ist für alle da, die Hilfe in dieser schweren Zeit brauchen."

Unterstützung wird vor allem benötigt, wenn die Zeit des Abschiednehmens gekommen ist. Um sich mit der Situation vertraut zu machen, können die Familien jederzeit in den Abschiedsraum gehen. Das ist ein großer, heller Raum, der mit seinen bodentiefen Fenstern zum Garten hin liegt. Hier werden die Kinder nach ihrem Tod aufgebahrt. Über dem blauen Bett mit dem Regenbogen und den gelben Sternen ist ein blondgelockter Engel an die Wand gemalt, rechts und links von ihm sind Kerzenhalter befestigt, und an der Decke glitzern mehr als 200 kleine Lämpchen. „Das symbolisiert den Sternenhimmel", erklärt Sanneck, „denn unsere Kinder sind Sternenkinder, wir hoffen, daß sie auf einem der Sterne ein neues Zuhause finden."



Begleitung in den Tod: Das Abschiedszimmer im Hamburger Kinderhospiz „Sternenbrücke" Foto: Sternenbrücke

Für die Zeit nach dem Verlust werden die Eltern und Geschwister durch das Kinderhospiz in ihrer Trauer weiter begleitet. Monatlich findet eine Andacht für Eltern, Geschwister und Mitarbeiterinnen der „Sternenbrücke" statt, und alle sechs Wochen können sich die Eltern der verstorbenen Kinder im Trauercafé treffen. Im „Raum der Stille", der allen Besuchern der „Sternenbrücke" offen steht, werden Fotos der verstorbenen Kinder aufgehängt, in einem Erinnerungsbuch sind Name und Daten der Kinder festgehalten. „Jeweils am Geburts- und Todestag der Kinder schlagen wir die entsprechende Seite auf", erzählt Sanneck.

Eltern, die eines ihrer Kinder in der „Sternenbrücke" verlieren, erleben das Kinderhospiz somit weit über den Moment hinaus als einen Ort intensiver Erinnerungen. Die „Sternenbrücke" widmet diesen Erinnerungen durch einen kleinen Garten einen besonderen Platz. Der Garten ist in Herzform angelegt, an dem spiralförmigen Weg stehen Laternen mit dem Namen der verstorbenen Kinder; die Familien können – wann immer sie mögen – dorthin kommen und eine Kerze anzünden. Einmal im Jahr sind alle Familien eingeladen, der verstorbenen Kinder gemeinsam zu gedenken, „denn Erinnerungen", meint Sanneck, „sind kleine Sterne, die tröstend in das Dunkel der Trauer leuchten".

Erste Schritte zur Literatur

Dieses Jahr steht ganz im Zeichen Johann Wolfgang von Goethes, dessen 175. Todestages am 22. März gedacht wird. Kaum einer aus der älteren Generation, der „seinen" Goethe nicht kennt. Den „Faust" zu studieren gehörte einst zur Pflicht eines jeden Pennälers. Doch Goethes Gedichte und Prosa für Kinder? Das ist dann wohl zuviel des Guten. Peter Härtling und der Insel Verlag waren da anderer Meinung. Entstanden ist mit **Goethe für Kinder** eine Sammlung von heiteren und humorvollen Texten aus Goethes Feder, die Kinder durchaus ansprechen und Erwachsenen einen neuen Blick auf den Dichterfürsten gestatten (Insel Taschenbuch 2900, 95 Seiten, 7 Euro). „Der Zauberlehrling", „Erlkönig" oder „Heidenröslein" dürfen in solch einer Sammlung natürlich nicht fehlen. Aber auch den „Osterspaziergang" aus „Faust" hat Härtling mit aufgenommen.





Wo Goethe ist, darf Schiller nicht weit sein. **Schiller für Kinder** (Insel Verlag, 92 Seiten, Halbleinen, 14,80 Euro), ebenfalls von Peter Härtling geschickt ausgewählt und von Hans Traxler, wie auch die anderen Bücher, meisterhaft illustriert, enthält die von Schülern gefürchteten (weil endlos lange) Balladen „Das Lied von der Glocke", „Der Taucher" oder „Die Bürgschaft". Aber auch Auszüge aus „Wilhelm Tell" sind nachzulesen.

Kürzer geht's da zu beim „Kuttel Daddeldu" oder seinem Schöpfer Hans Bötticher, besser bekannt als Joachim Ringelnatz. Wieder haben Härtling und Traxler einen Volltreffer gelandet. Mit **Ringelnatz für Kinder** (Insel Verlag, 84 Seiten, Halbleinen, 14,80 Euro) werden sie nicht nur Kinderherzen erobern. Auch Erwachsene werden durchaus ihr Vergnügen beim Lesen oder Vorlesen der heiteren, melancholischen oder hintersinnigen Verse haben. *SiS*



Von jedem ein bißchen

oder Wie Horoskope dem Zeitungsleser Glück verheißen

In freudiger Erwartung kreist der Blick zwischen den Gewinnzahlen im Fernsehen, dem Partner auf dem Sofa und den Kreuzen auf dem Lottoschein. Eine Minute voller Euphorie vergeht, und es zeigt sich, daß das Horoskop in der Zeitung mal wieder Recht hatte: „Glück in der Liebe, Pech im Spiel", prophezeite es mit beängstigender Genauigkeit. Doch warum sagt der tägliche Blick in die Sterne so häufig die Realität voraus?

„Zeitungshoroskope bedienen sich zahlreicher sprachlicher Mittel, die auf mehreren Ebenen miteinander verwoben sind", sagt Germanistin Katja Furthmann, die für ihre Doktorarbeit fast 3000 Pressehoroskope analysiert hat. Fazit: Was sich in der Zeitung einfach liest, ist ein kompliziertes Zusammenspiel auf Wort-, Satz- und Stilebene, das sich allgemeiner Substantive genauso wie zeitloser Wahrheiten bedient. Die meisten Horoskope verwenden gern das Prinzip „von jedem ein bißchen".

Allgemein geht es in Horoskopen auch beim Umgang mit Substantiven zu. „Sie werden gern völlig ohne Bezug benutzt, so daß diese individuellen Raum zum Interpretieren lassen", erläutert Furthmann. Ein Beispiel dafür sei der Ausdruck „eine Person in Ihrer Umgebung" – wer das ist, bleibt dem Leser überlassen. Die Treffsicherheit der Horoskope werde weiter durch eine Orientierung an den Zielgruppen der jeweiligen Zeitschrift oder Zeitung verstärkt.

Ob ein Horoskop dennoch mal daneben liegt, lasse sich meistens gar nicht feststellen. Denn die Voraussagen sind häufig so konstruiert, daß der Leser nur die positive Erfüllung registrieren kann. „Denn ob man wirklich einen ‚heimlichen Verehrer' hat, erfährt man nur, wenn dieser sich offenbart. Ansonsten bleibt es ein Geheimnis, ob es ihn wirklich gibt", unterstreicht Furthmann. *ddp*

Von wegen langweilig

Kinder besuchen das Ostpreußische Landesmuseum

Ooah, schon wieder ins Museum, wie langweilig! Was machst du da die ganze Zeit?" – „Von wegen langweilig. Du glaubst gar nicht, was man da alles entdecken kann. Deine Playstation ist langweilig. Da hast du immer nur die gleichen Spiele. Im Ostpreußischen Landesmuseum kannst du ein Ritterfest feiern, du kannst einen Bernstein schleifen, polieren und durchbohren, dann hast du einen eigenen Glücksbringer. Du erfährst, was oder wer eine Babe ist. Und später kannst du dir selber eine modellieren. Und überhaupt, weißt du, wer Immanuel Kant war und wer Nicolaus Copernicus? Ich hab' das alles im Museum gelernt, von wegen langweilig." – „Na ja, dann kann ich ja mal mitkommen in dein Ostpreußisches Landesmuseum. Wo ist das denn überhaupt?"

„In Lüneburg, in der Ritterstraße. Der Name paßt doch, oder? Schön, wenn du mitkommst. Aber vorher schau dir noch ein kleines Buch an, da wird erzählt, was junge Besucher alles erwartet in dem Museum. Nicht nur Ritter und Bernstein und Baben. Du begegnest da auch Elchen und dem Trakehner Pferd und einem Fischotter, der Ingo hieß. Geschrieben hat es Silke Straatmann, die wirst du dann auch kennenlernen, wenn du mit ins Museum kommst." *os*



Silke Straatmann: „Elche, Bernstein und Planetenforscher", Husum Verlag, 64 Seiten, zahlr. Abb., brosch., 8,95 Euro

Die Retter der verletzten Kinderseelen

Pflegeeltern geben Jungen und Mädchen ein neues Zuhause und ermöglichen ihnen eine bessere Zukunft

Von REBECCA BELLANO

Eltern gesucht!" Das von einem warmen Orangeton dominierte Plakat hängt regelmäßig in den Hamburger U-Bahnen. „Pfiff e. V." sucht hiermit Pflegeeltern für Kinder aus Problemfamilien. Sie müssen bei Fremden ein Zuhause erhalten, da ihre Originalfamilie ihnen aus den verschiedenen Gründen kein geordnetes Heim bieten kann. Was mit Kindern passiert, die zu lange bei ihrer Problemfamilie bleiben, kennen wir aus den Medien. Fälle wie „Jessica" und „Kevin" stehen für ein tödliches Versagen der leiblichen Eltern, Verwandten, Nachbarn und Jugendämter. Doch das sind nur die spektakulären, medienwirksamen Beispiele. Was ist mit den traumatisierten, teils verwahrlosten, einsamen Kindern, deren Eltern mit ihnen überfordert sind und die so von vornherein keine Chance haben, ihren Platz im Leben zu finden?

In der Hansestadt Hamburg leben rund 3000 Kinder und Jugendliche außerhalb ihrer Familien. Während gut 2000 von ihnen in Kinderheimen mit maximal 40 Kindern bei fünf Gruppen oder im Alter bis sechs Jahren in sogenannten Kinderschutzhäusern leben, sind über 900 von ihnen in Pflegefamilien untergebracht.

Doch es gibt zu wenig Pflegefamilien, die bereit sind, sich den Herausforderungen zu stellen, die es mit sich bringen, ein fremdes, traumatisiertes Kind bei sich aufzunehmen und ihm zu helfen, den Weg in ein „normales" Leben zu finden. Denn „normal" ist das Leben der wenigsten. Viele der Kinder haben Eltern, die ihr Leben selbst nicht organisieren können. Drogen- oder Alkoholsucht und psychische Krankheiten der Eltern sind wohl die häufigsten Gründe dafür, daß Jugendämter entscheiden, die Kinder aus ihren Familien zu nehmen. Viele dieser Kinder leiden unter sogenannten „Entwicklungsverzögerungen", daß heißt sie sind beispielsweise mit drei Jahren auf dem Stand eines Einjährigen. Viele sind verhaltensauffällig, reden kaum oder zu viel, können nicht allein sein, machen sich in die Hose oder haben Angstzustände. Manche sind sogar behindert, da beispielsweise ihre Mutter während der Schwangerschaft Drogen genommen hat.

„Pfiff e. V." ist einer von mehreren freien Trägern, die im Auftrag der Stadt Hamburg Pflegeeltern für diese Kinder suchen. Doch: „Wir suchen nicht Kinder für Eltern, sondern Eltern für Kinder", macht Hildegard Fürschütte deutlich. Die Mitarbeiterin für „Pfiff e. V." leitet die Pflegeschule. Hier erhalten potentielle Pflegeeltern in Vorbereitungskursen Informationen darüber, was auf sie zukommt. Seit dem 1. Januar 2007 ist das 35 Unterrichtsstunden umfassende Seminar Pflicht, damit man überhaupt in die engere Auswahl gezogen wird, ein Kind zu erhalten. Nur wer genau wisse, was auf ihn zukommt, habe eine Chance, den Kindern ein neues Zuhause zu bieten.

Obwohl also Pflegefamilien fehlen, hat die Stadt Hamburg die Hürden, um Pflegeeltern zu werden, erhöht. Diese gegenläufige Entwicklung erklärt sich mit dem Kindeswohl. Früher gab es Kinder, die im Laufe ihrer Jugend zahlreiche Familien durchliefen, weil auch die Aufnehmenden sich alles einfacher vorgestellt hatten, nicht bereit waren, zugunsten des Zöglings ihr Leben einzuschränken. Das verstört die sowieso schon entwurzelten Kinder zusätzlich.

Auch dem Vorurteil, daß viele Familien Pflegekinder nur aufnähmen, weil sie dafür Geld vom Staat bekämen, wird entgegengearbeitet. Je nach Alter des Kindes erhalten die Pflegeeltern zwischen 704 und 868 Euro monatlich – ein Heimplatz kostet 3680 Euro monatlich –, doch das Kind darf keine Einnahmequelle sein. Die aufnehmenden Personen, die altersmäßig eher Eltern als Großeltern sein sollen, müssen über ein annehmbares Einkommen, ausreichende Räumlichkeiten und Zeit verfügen.

Und über starke Nerven ..., denn „der Unterschied zur Adoption: Pflegekinder haben meist zwei Mütter und zwei Väter", warnt „Pfiff e. V.". Zwar halte nur rund die Hälfte der Originaleltern dauerhaft den Kontakt zu ihren Kindern, meint Jürgen Wicklein, der bei „Pfiff e. V." rund 30 Pflegekinder, die bei 25 Familien untergebracht sind, betreut, doch dieser Kontakt habe es häufig in sich, eben weil die Eltern Menschen sind, die ihr Leben nicht im Griff haben und häufig andere „Umgangsformen" pflegen.

Jürgen Wicklein hat selbst einen Pflegesohn und kennt daher die Probleme, vor denen die aufnehmenden Familien daheim stehen. Vor allem sein damals fünfjähriger Sohn hätte mit seinem zweijährigen Pflegebruder, der vorher von seiner jugendlichen Mutter keinerlei Erziehung erhalten hatte, nicht umgehen können. Plötzlich bekam er ein „fertiges", freches Kleinkind vor die Nase gesetzt, das alt genug war, um ihn in seinem Alltag zu stören. Es sei ein Konkurrenzgebaren gegenüber dem „Neuen" aufgebaut worden, das der Grundschüler bis heute nicht hätte ablegen können.

Manchmal verlassen die Pflegekinder ihre Zweitfamilie wieder. Nicht immer sei dies sinnvoll. So erinnert sich Jürgen Wicklein daran, daß eine psychisch labile Mutter aus einer Laune heraus ihr Kind wiederhaben wollte. Wicklein und ein unabhängiger Gutachter waren dagegen, doch das Jugendamt, das als Koordinator die Akten bearbeitet, sprach das Kind der Mutter zu. Zwei Wochen später war klar, daß das Kind wieder zurück zu seinen Pflegeeltern mußte, da die Mutter ihre Kräfte überschätzt hatte. Enttäuschte Hoffnungen bei Mutter und Kind waren die Folge. Zudem war das Kleinkind in seiner Entwicklung zurückgeworfen, konnte Dinge nicht mehr, die es vorher schon beherrscht hatte.

Fragt man bei der Stadt Hamburg, wie sehr und zu welchen Kosten die Mitarbeiter vom behördlichen „Allgemeinen Sozialen Dienst" in den sieben Stadtbezirken mit freien Trägern zusammenarbeiten, folgt Unwissenheit. Zu umfangreich seien die Aufgaben, die an fremde wie „Pfiff e. V.", „SOS-Kinderdörfer", kirchliche Organisationen und andere außer Haus gegeben werden, da die Stadt weder personell noch von der Qualifikation her alle Aufgaben selbst erledigen könne. Auch würden die Beauftragten je nach Auftrag und Vertrag äußerst unterschiedlich honoriert.

Aus den Fehlern der Vergangenheit habe man aber gelernt, behauptet Rico Schmidt, Pressereferent der Behörde „Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz". Jeder Bezirk habe nach dem Fall der verhungerten Jessica im Sommer 2005 eine Stelle mehr bekommen, außerdem würden im Falle eines Umzuges der Problemfamilien die jeweiligen Akten weitergegeben, moderne Software und regelmäßige Treffen sorgten dafür, daß Informationen für alle Beteiligten zugänglich seien. Und Beteiligte gibt es viele. Es soll nicht in Frage gestellt werden, daß beispielsweise die Mitarbeiter von „Pfiff e. V." das Beste für Kinder und Eltern wollen, doch auch sie sind nur für einen kleinen Ausschnitt des jeweiligen „Falles" zuständig.

Eltern benötigt: „Pfiff e. V." sucht für Hamburger Kinder aus Problemfamilien eine neue Familie. Eigene Kinder können gern vorhanden sein. Foto: „Pfiff e. V."

Die drei unterschiedlichen Pflegeformen:

1) Wird ein Kind für einige Jahre aufgenommen, spricht man von Dauerpflege. Es ist möglich, daß die Kinder nach einer vorab festgelegten Zeit wieder zu den Eltern zurückkehren. Es ist aber ebenso möglich, daß sie bei den Pflegeeltern bleiben, bis sie erwachsen sind. Wichtig ist, daß die Herkunft des Kindes respektiert wird, auch wenn manche Verhaltensweisen der Eltern vielleicht fremd erscheinen. Der Kontakt zu den Eltern ist für die Kinder eine wichtige Voraussetzung, damit sie sich später mit ihrer Geschichte und mit ihrer Herkunft auseinandersetzen können.

2) Werden Kinder im Wechsel und jeweils nur für einige Wochen oder Monate aufgenommen, spricht man von Bereitschaftspflege beziehungsweise zeitlich befristeter Vollzeitpflege.

Bereitschafts-Pflegefamilien entlasten die Eltern nur vorübergehend von familiären Verpflichtungen. Eine schwere Krankheit in der Familie, eine handfeste Ehekrise, Armut, psychische Probleme oder die Suchterkrankung eines Elternteils können Hintergrund sein, warum ein Kind nicht zu Hause versorgt werden kann.

3) „Paten" leisten eine Art Nachbarschaftshilfe für Kinder, deren Eltern psychisch krank oder noch sehr jung sind. Die Kinder leben zu Hause, können aber zu vorab vereinbarten Zeiten zu ihren Paten kommen, sich aussprechen und ihre Sorgen und Nöte jemanden mitteilen. In Krisenzeiten nehmen Paten die Kinder auch bei sich auf. Es ist wichtig, daß Paten bereit sind, mit den Eltern zusammenzuarbeiten, damit die Kinder nicht in Loyalitätskonflikte geraten. Paten sind aber nicht für die Probleme der Eltern zuständig, sie sind in erster Linie für die Kinder da. *Quelle: www.pfiff-hamburg.de*

»Ost-Deutsch« (1):

Preußen

Von WOLF OSCHLIES

Daß Heines Werk von Nicklichkeiten gegen „Preußen" strotzt, verzeihe ich meinem Lieblingsdichter. Sein Preußen war nicht das wahre, das viel verkannte, das uns Marion Gräfin Dönhoff 1987 in ihrem Wunderwerk „Preußen – Maß und Maßlosigkeit" zurechtgerückt hat. Und ich sehe mit Freude die Wiederauferstehung des nüchternen, vernünftigen, begabten und loyalen Preußens, die bei unseren Nachbarn im Osten abläuft.

Wie verbissen haben sich in der Vergangenheit nicht Deutsche und Tschechen um das Hultschiner Ländchen, tschechisch Hlucinsko, im Norden Mährens gestritten! Das ist vorbei, Preußen sei Dank. „Prajzsko" (Preußen) nennen die Hultschiner und alle Mährer die Region. Ein „Prajz" ist wahlweise ein Preuße, ein Deutscher oder ein „Hlucinák" (Hultschiner), und „fuci prajz" bedeutet, das ein kalter Nordwind über „Prajzsko" weht.

Im Norden liegt Polen, wo man sich – je länger, je freundlicher – an die „cnoty pruskie", die preußischen Tugenden, erinnert. Denn (so Adam Krzeminski, polnischer Germanist und Publizist) „das wahre Preußen existiert weiter, auch in uns". Flucht und Vertreibung der Deutschen haben nicht verhindert, daß im Westen Polens ein „preußischer" Genius loci herrscht, und „je mehr wir in den Westen hineinwachsen, desto besser werden wir uns selber erkennen und ohne Angst sagen, daß heute wir Preußen sind".

So weit gehen die Russen nicht, pflegen aber ihr strahlendes Bild von den „alten" Preußen, die schon im 12. Jahrhundert eifrigen Handel mit Russen trieben. Beweis die „prusskaja ulica" (Preußen-Straße) in Novogrod, „im Jahre 1185 erstmalig erwähnt". Was bis heute gilt: „prusskij tovar" (preußische Ware) heißt im russischen Volksmund hochwertiges Importgut.

Aber nirgendwo strahlt Preußens Gloria so hell wie bei den Bulgaren. „Prusite na Balkanite" wollen sie sein, „Preußen des Balkans", und ihre Solidität lockt laufend mehr ausländische Investitionen ins Land, die 2006 schon 7,1 Prozent ihres Bruttoinlandsprodukts ausmachten. Aber die wahren Preußen waren ja nicht nur Merkantilisten, schrieb der Bulgare Angel Barusoff kürzlich, und hätten sie mehr Einfluß gehabt, dann „hätte die Welt zwei katastrophale Weltkriege vermieden".



Prof. Dr. Dr. h.c. Wolf Oschlies, gefragter Osteuropa-Experte und Sprachwissenschaftler, hat eine Passion – er forscht nach den „Fingerabdrücken" der deutschen Sprache in östlichen Europa. Wenn Kulturen sich begegnen, tauschen sie Wörter und Begriffe aus. Wolf Oschlies, ein Königsberger vom Jahrgang 1941, hebt für die „Preußische Allgemeine Zeitung" den „Sprachschatz".



Ein sturer Preuße

Ernst von Rüschel

Wenn heute der Name Ernst Friedrich Wilhelm Karl Ferdinand Philipp von Rüchel fällt, so können nur wenige etwas mit dieser Person anfangen. Der Historiker und Jurist Olaf Jessen hat nun mit seiner Biographie Rüchel aus der Versenkung des Vergessens zurückgeholt.

Rüchel (1754–1823) ist Sproß eines hinterpommerschen Adelsgeschlechts. Nach harter und entbehrungsreicher Ausbildung in der ärmlich ausgestatteten Kadettenanstalt in der Neuen Friedrichstraße zu Berlin avancierte das junge Talent, das Friedrich II. bald entdeckte, zum Lieblingsschüler des Königs, der ihn in Strategie und Taktik ausbildet.

Als Rüchel 1786 heiraten will, antwortet Friedrich der Große ihm: „Ich gratuliere ihm, sei er recht glücklich. Ich habe auch ein Herz im Leibe, aber wir Könige dürfen es uns nicht merken lassen, sonst mengt sich das Weib in die Regierung, und das bringt für den Staat kein Glück.“ Wohltuend zitiert Jessen aus Korrespondenzen, oft sogar im vollständigen Wortlaut.

Unter Friedrich Wilhelm II. bekommt Rüchel gegen die Franzosen seine Feuerproben. Im Zuge der Belagerung von Mainz wird Ernst von Rüchel zum Generalmajor befördert, er ist – abgesehen von Sprößlingen königlicher oder fürstlicher Familien – der jüngste General seit dem Siebenjährigen Krieg.

Er gilt als Gralshüter „fritzischen Geistes“ schlechthin. Neid umgibt ihn und seine cholerische und bisweilen überhebliche Natur sowie die Förderung eigener Seilschaften tragen nicht zur Besserung bei. Doch Rüchel wird der Präsident der „Militärischen Gesellschaft“, jenes Forums um Scharnhorst, das als geistige Keimzelle der späteren Heeresreform gilt. Friedrich Wilhelm III. kommt mit der direkten Art Rüchels nicht klar und versetzt ihn als Gouverneur nach Königsberg.

1806 – General Rüchel ist auf dem Höhepunkt der Macht. Er, der als Genie gilt, erlaubt sich, bisweilen auch den König zu brüskieren. Nach dem für Preußen ungünstigen Vertrag von Paris und dem Demobilisierungsbefehl des Königs kommt Rüchel nach Potsdam und meldet dem Monarchen: „Ich bringe Euer Majestät das Mißvergnügen der Armee!“ Jessen vermag diverse Anekdoten zu zitieren. Doch nach der Schlacht von Jena und Auerstedt 1806, in der Rüchel am Frontabschnitt Kapellendorf mehrere Fehler begeht, die zwar nicht mehr den Schlachtausgang entscheiden, aber Rüchels Feinde stärken, beginnt der schnelle Abstieg des Generals. 1813, als alle Kräfte noch einmal in der Völkerschlacht gegen Napoleon aufgeboten werden, erhält Rüchel kein Kommando mehr. Als er zehn Jahre später starb, hatte Preußen den letzten Heerführer friderizianischen Geistes vergessen.

Jessens Biographie ruft den vergessenen Preußen in die Erinnerung zurück. Die Biographie ist eine detailverliebte, aber spannend zu lesende Schatztruhe preußischer Anekdoten. Jessens Werk, das auch die Motive von Rüchels Kritikern beleuchtet, lädt zur Neubetrachtung mancher Aspekte der Geschichte ein. *B. Knapstein*

***Olaf Jessen: „Preußens Napoleon? – Ernst von Rüchel. Krieg im Zeitalter der Vernunft 17541823“**, Schöningh, Paderborn 2007, 490 Seiten, 39,90 Euro, Best.-Nr. 6049*

Alle Bücher sind über den PMD, Parkallee 84/86, 20144 Hamburg, Telefon (0 40) 41 40 08 27, zu beziehen.



Langatmiges Schelmenstück

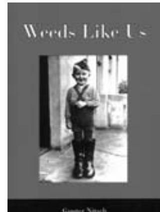
Umberto Eco jenseits großer Spannung, aber voller Witz

Anno 1204. Konstantinopel, die prachtvolle Hauptstadt des Byzantinischen Reiches, wird von den Kreuzrittern erobert, geplündert und in Brand gesteckt. Niketas Choniates, Kanzler des Kaisers von Byzanz, zugleich Geschichtsschreiber, fürchtet um sein Leben. Im letzten Augenblick rettet ihn der Geschichtenerzähler Baudolino vor der Wut der Invasoren, bringt ihn an einen sicheren Ort und verspricht ihm, ihn heil aus Konstantinopel herauszubringen. Während dieser Zeit erzählt Baudolino Niketas seine unglaubliche Lebensgeschichte. Er beginnt mit einem Geständnis: „Ich habe einen Menschen getötet. Es war der, der vor fast 15 Jahren meinen Adoptivvater ermordet hat, den besten aller Könige, den Kaiser Friedrich.“ „Aber Friedrich ist doch in Kilikien ertrunken!“ „Das glauben alle. Aber er ist ermordet worden.“

Baudolino wächst als armer Bauernsohn in dem norditalienischen Dorf Alessandria auf. Er lernt früh schreiben und lesen und ist sehr sprachbegabt. Anno 1154 begegnet er Kaiser Friedrich I. Barbarossa. Fasziniert von den Begabungen und Talenten des Jungen nimmt der ihn als Adoptivsohn mit an seinen Hof. In den nächsten Jahren wird Baudolino von dem bedeutenden Geschichtsschreiber des deutschen Hochmittelalters Bischof Otto von Freising unterrichtet. Dem bleibt das Talent seines Schülers nicht verborgen: „‚Baudolino‘, sagte er zu ihm, ‚du bist ein geborener Lügner. Aber glaub nicht, daß ich dir deshalb einen Vorwurf mache. Willst du ein Mann der Schrift werden und womöglich eines Tages auch Historien schreiben, so mußt du auch Lügen und Geschichten erfinden können, sonst wird deine Historia langweilig. Aber du mußt es in Maßen tun. Die Welt verurteilt die Lügner, die nichts als Lügen erzählen, selbst über die geringsten Dinge, und sie preist die Poeten, die nur Lügen über die allergrößten Dinge erzählen.‘“ Von Otto erfährt Baudolino auch zum ersten Mal von dem sagenhaften mythischen Reich des Priesterkönigs Johannes im fernen Orient, eine Geschichte, die ihn nicht mehr losläßt. Um Baudolinos Wissensdurst zu stillen, schickt ihn der Kaiser zum Studium nach Paris. Neben Theologie, Poetik und Rhetorik studiert der junge Mann aber auch Wein, Weib und Gesang. Begleitet von seinen Freunden, einem Poeten, der in Wahrheit noch nie ein Gedicht geschrieben hat, Abdul, der davon überzeugt ist, daß die Erde eine Kugel ist, und Rabbi Salomon, der ebenfalls auf der Suche nach dem mächtigen Reich des Priesterkönigs Johannes ist. Nach 13 Jahren des Studierens kehrt Baudolino zurück an Friedrichs Hof. Von nun an begleitet er den Kaiser als Berater bei seinen Feldzügen gegen die aufsässigen und rebellischen oberitalienischen Städte. Es gelingt ihm auf diesen Feldzügen, das eine oder andere Mal seinen Adoptivvater aus militärischen und politischen Mißlagen zu befreien. Nach Jahren kann er endlich in das unbekannte rätselhafte Reich des Priesterkönigs Johannes aufbrechen ...

Während Baudolino Niketas seine abenteuerliche Lebensgeschichte erzählt, kann er Wahrheit und Dichtung nicht mehr auseinanderhalten. Gespickt mit grotesken Abenteuern, phantastischen Geschehnissen, bizarren Gestalten und Absurditäten verschmelzen Realität und Phantasie. In diesem Roman erreicht Umberto Eco nie die Spannung seines Bestsellers „Der Name der Rose“. Mit „Baudolino“ ist ihm eher ein Schelmenroman gelungen, in dem auch die Liebe und ein bißchen Spannung nicht fehlen. Obwohl einige Schilderungen etwas langatmig daherkommen, bereitet es Vergnügen, dieses Buch mit durchaus witzigen und humorvollen Passagen zu lesen. *Barbara Mußfeldt*

***Umberto Eco: „Baudolino“**, dtv Verlag, München, brosch., 632 Seiten, 9,90 Euro, Best.-Nr. 6050*



Verfeuerte Kirchenbank

Die Not in sowjetischer Gefangenschaft und ihre Folgen

In seinen in der englischen Sprache verfaßten Lebenserinnerungen „Weeds like us“ (Unkraut wie wir) berichtet Gunter Nitsch von den sechs Jahren seiner Kindheit, die er in dem seit Januar 1945 im von der Roten Armee besetzten Goldbach in Ostpreußen verbracht hat.

Aufgewachsen auf einem Bauernhof in Langendorf / Ostpreußen, verlebt der heute in den USA lebende Nitsch mit seiner Familie die Jahre des Zweiten Weltkrieges zunächst relativ unbeschadet. Erst als am 21. Januar 1945 die Sowjets den Nachbarort Gumbinnen einnehmen, muß sich auch Familie Nitsch mit hastig zusammengepackten Koffern und Nahrungsmitteln auf die Flucht gen Westen machen. Ein Jahr lang leben Mutter, Großmutter und Großvater Nitsch mit den Kindern und der Tante schon im russischen Flüchtlingslager in Palmnicken, als sie zum Arbeitsdienst in der Kolchose nach Goldbach abkommandiert werden. Viele kleine Anekdoten, lustige und weniger lustige, weiß der Autor aus der Zeit in sowjetischer Gefangenschaft zu berichten.

Die Erzählungen Gunter Nitschs sind geprägt von Geschichten über karge Mahlzeiten, den Kampf gegen die erbarmungslose Winterkälte und der nie enden wollenden Suche nach etwas Eßbarem.

Der Leser erlebt mit, wie die Jahre verstreichen, wobei sich die Lage der deutschen Familien in Goldbach nicht verbessert. Doch die Hoffnung, irgendwann in den Westen und somit zum Vater zu dürfen, soll die kleine Familie über sechs Jahre nicht verlassen. Im Dezember 1950 fahren Mutter und Sohn nach Köln, um den Vater endlich wiederzusehen, und treffen ihn gesund und glücklich darüber, seine Familie endlich wieder in die Arme schließen zu können, mit einem großen Strauß Blumen und einem Lächeln auf den Lippen an.

Zum Teil sind die Erinnerungen Günter Nitschs, an denen er den Leser in diesem Buch teilhaben läßt, zu persönlich, dann wieder überzeugen sie durch ihre Schilderungen. Voller kleiner Details, wie dem Raub der Kirchenbänke auf der Suche nach Feuerholz in einem eisigen Winter und dem darauf folgenden schlechten Gewissens, berichtet der Autor aus seiner Kindheit.

„Weeds like us“ zeigt das Elend in der sowjetischen Gefangenschaft auf, ohne dabei rührselig oder effektheischend zu wirken, sondern einfach nur authentisch und informativ. *A. Ney*

***Gunter Nitsch: „Weeds like us“**, AuthorHouse, Bloomington / Indiana / USA, 465 Seiten, 18,50 Euro*

Verfehlte Gegenwart

Deutschland und seine Elite – kritischer Blick auf unserer Vaterland

Im vergangenen Jahr erschienen zwei Bücher, die zunächst aus dem gleichen Grund Aufsehen erregten. Beide vertraten sie einen deutschen Standpunkt und beide appellierten an die Deutschen, wieder zu sich selbst zu finden und Selbstbewußtsein zu zeigen. Während „Spiegel“-Redakteur Matthias Matussek durch die Talkshows des Fernsehens tingeln konnte, um für sein Buch „Wir Deutschen – Warum uns die anderen gern haben können“ zu werben, wurde es um das andere Buch „Der deutsche Horizont – Vom Schicksal eines guten Landes“ des aus dem Banat stammenden Deutschen Richard Wagner sehr schnell ruhig. Der Grund leuchtet ein, wenn man beide Bücher gelesen hat: Hier das in der „Spiegel“-Schreibe verfaßte oberflächliche Buch, das schließlich nichts anderes war als ein schwarzrotgold eingefärbtes 68er Produkt – dort ein über weite Strecken böses, aber die deutsche Misere auslotendes, tief ernstes Werk des Auslandsdeutschen Richard Wagner. Er geht wirklich an die Wurzeln unserer Misere, und das, was er als Ausweg verlangt, kann unserer Schickimicki-Intellektuellen-Gesellschaft nicht in den Kram passen.

„Deutschland ist ein Patient, doch nicht der Körper ist krank, sondern es ist die Seele.“ So steht es im Klappentext, der offensichtlich vom Autor geschrieben ist. Wagner untersucht den Patienten und stellt fest, daß die deutsche Unlust, das Niedergedrücktsein, der fehlende Aufbruchswille vor allem daran liegen, daß dem Deutschen die Vergangenheitsbewältigung wie ein Mühlstein um den Hals gehängt worden ist, um ihn immer wieder niederzudrücken. Der Deutsche jammert über den Neoliberalismus wie über den Globalismus, hat aber selbst keinen Standpunkt, von dem aus er Kritik übt. Man weiß nicht, was man an deren Stelle setzen soll. Bezeichnend: Der eigentliche Tag der deutschen Souveränität, Ausgangspunkt des Selbstbewußtseins und des eigenen Standpunktes, ist der Tag, an dem die letzten alliierten Truppen aus Deutschland abgezogen sind, doch wird dieses Tages keineswegs gedacht, wobei Wagner allerdings übersieht, daß es auf dem Boden der Bundesrepublik immer noch Truppen der Siegermächte gibt. Weil unserer intellektuellen Elite nichts über den Frieden geht, wird der Kommunismus weiterhin verharmlost. Es ist ein Skandal, meint Wagner, daß bei uns heute die bekannteste Figur des DDR-Systems Gregor Gysi ist und nicht eine Person der Bürgerrechtsbewegung der DDR, die Freiheit und Leben gegen den Kommunismus eingesetzt hat. Anstatt die schweren Erkrankungen, an denen die Bundesrepublik leidet, beherzt zu bekämpfen – als solche nennt er die verbreitete Inkompetenz der politischen Klasse, die Pfründenwirtschaft im Verwaltungsstaat, „das räuberische Wirtschaftsmanagement“, aber auch das „kostenreiche Staatssystem“ –, meint man als Ablenkung zum Kampf gegen den angeblichen Neofaschismus aufrufen zu müssen. Dabei sei der Nationalsozialismus „spätestens mit dem Erlöschen der Sozialistischen Reichspartei endgültig aufgegeben worden, abgesehen von einigen Spinnern“. Wir leben über unsere Verhältnisse, trauen uns aber nicht, die Axt an die Wurzel dieses Übels zu legen. Statt dessen wird immer wieder die Vergangenheit beschworen, wobei die „kollektive Meinung über das Dritte Reich von Nachkriegsklischees überschwemmt wird“. Angesichts der Affäre Hohmann fragt er erschüttert: „Braucht man wirklich Mut, um heute in Deutschland die Wahrheit zu sagen?“ Die Behauptung, Deutschland sei 1945 „befreit“ worden, führt er zurück auf die „Rhetorik des Stalinismus“.

Weil man sich nicht traut, durch harte Einschnitte die wirklichen Probleme anzupacken, flüchtet man in die Spaßgesellschaft, die nichts ernst nimmt, tatsächlich aber den Sieg des Dilettantismus über die Professionalität bedeutet. „Die Infantilgesellschaft erfaßt den Ernst der Lage nicht. Sie macht sich einen Jux daraus.“ Thomas Gottschalk und Günther Jauch seien die Medizinmänner dieser Spaßgesellschaft, aber auch Intellektuelle wie Hans Magnus Enzensberger. Ihnen kommt es nur auf den Unterhaltungswert an, während Probleme der Gegenwart und der Zukunft verfehlt werden.

Das Deutschlandbild von heute verlange nach Normalität, eine Provokation für die linke Schickeria, die aufheult, wenn etwa ein Bundespräsidentenkandidat eben diese Forderung erhebt.

Die Gefahren für Deutschland bestünden nicht in der Rückkehr der Vergangenheit; sondern im Verfehlen der Gegenwart, so Richard Wagner. *H.-J- von Leesen*

***Richard Wagner: „Der deutsche Horizont – Vom Schicksal eines guten Landes“**, Aufbau-Verlag, Berlin 2006, geb., 399 Seiten, Euro 19,90, Best.-Nr. 6051*



Normal verrückt

Nero und andere Kaiser

Sind alles nur böse, von Feinden in die Welt gesetzte Gerüchte oder waren die römischen Kaiser Caligula, Nero und Elagabal wirklich wahnsinnige Herrscher? Dieser Frage geht der 1962 geborene Autor Theodor Kissel in „Kaiser zwischen Genie und Wahn“ nach.

Obwohl, was interessiert uns Heutige eigentlich, ob die alten Römer alle Sinne beieinander hatten oder total durchgeknallt waren? Kissel offenbart uns, zu was Menschen fähig sind, und ganz nebenbei befriedigt der Autor auch die skandalsüchtige Seite seiner Leser. Söhne, die ihre Mütter umbringen, ihre Schwestern schwängern, Feinde zerteilen lassen, Liebesknaben haben und ganz Rom zum Hurenhaus machen, üben durchaus einen gewissen Reiz aus.

Auch macht der Autor deutlich, daß trotz allem Fortschritt, der bei den Römern alltäglich war und der später wieder in Vergessenheit geriet, die „gute, alte Zeit“ äußerst blutrünstig war. Ob aber wirklich Christen als lebende Fackeln einen Aussichtspunkt erhellten oder doch „nur“ vor johlendem Publikum den Löwen zum Fraß vorgeworfen wurden, hinterfragt Theodor Kissel.

Neben der Vita der jeweiligen Kaiser versucht der Historiker Kissel auch ihre Taten hinsichtlich des Wahnsinnsfaktors zu hinterfragen. So begründet er das Reiten Caligulas über das Wasser (mit Hilfe von fünf Kilometer langen Pontons) nicht als Idee eines Verwirrten, sondern als eine durchkalkulierte Strategie zur Demonstrierung der eigenen Machtfülle. Auch sei Nero angeblich gar nichts anderes übriggeblieben, als seine Mutter umbringen zu lassen, da sie immer mehr die Macht an sich riß. Und für Elagabal sei es eine Selbstverständlichkeit gewesen, seine adlige römische Frau gegen eine Vestalin, eine römische, jungfräuliche Priesterin, zu tauschen.

Letztendlich, so das Fazit des Autors, seinen alle drei Kaiser Kinder ihrer Zeit gewesen und – gemessen an ihrem Umfeld – ganz normal verrückt. *R. Bellano*

***Theodor Kissel: „Kaiser zwischen Genie und Wahn“**, Artemis und Winkler, Düsseldorf 2006, geb., 219 Seiten, 19,90 Euro, Best.-Nr. 6052*

Buch der Woche

Patricia Clough
Aachen - Berlin – Königsberg
Eine Zeitreise entlang der alten Reichsstraße 1

Übersetzt von Dietmar Zimmer

Deutsche Erinnerungsräume – ein Streifzug durch die Geschichte »Königsberg 1000 km« – so der Text auf einem alten Straßenschild in der Nähe von Aachen. Die englische Journalistin Patricia Clough hat es vor vielen Jahren auf einer ihrer ersten Reisen nach Deutschland gesehen und wollte wissen, was es damit auf sich hat. Das Schild verwies auf den Anfang der Reichsstraße 1, die einmal die wichtigste West-Ost-Verbindung Deutschlands war und sich quer durch die Weimarer Republik bis ins damalige Ostpreußen erstreckte. Patricia Clough hat sich auf eine Zeitreise entlang dieser Straße begeben und trifft dabei auf viele historische Persönlichkeiten, aber auch auf weithin unbekannte Schicksale: Spione und Ritter, Preußen und Narren, Auswanderer und Flüchtlinge. Sie alle bringt die Autorin zum Sprechen. Ihre Recherchen und Reportagen lassen ein lebendiges Bild deutscher Geschichte entstehen. Patricia Clough erzählt hellwach und neugierig, mit Distanz und Humor von einem Deutschland, das wir Deutsche so noch nicht gesehen haben.
Geb., 224 Seiten
Best.-Nr.: 6048, € 19,95

Wie der preußische Staat endete

Vor 60 Jahren löste der Alliierte Kontrollrat den »Träger des Militarismus und der Reaktion in Deutschland« auf

Von MANUEL RUOFF

Der Staat Preußen, der seit jeher Träger des Militarismus und der Reaktion in Deutschland gewesen ist, hat in Wirklichkeit zu bestehen aufgehört. Geleitet von dem Interesse an der Aufrechterhaltung des Friedens und der Sicherheit der Völker und erfüllt von dem Wunsche, die weitere Wiederherstellung des politischen Lebens in Deutschland auf demokratischer Grundlage zu sichern, erläßt der Kontrollrat das folgende Gesetz:

Artikel I. Der Staat Preußen, seine Zentralregierung und alle nachgeordneten Behörden werden hiermit aufgelöst.

Artikel II. Die Gebiete, die ein Teil des Staates Preußen waren und die gegenwärtig der Oberhoheit des Kontrollrats unterstehen, sollen die Rechtsstellung von Ländern erhalten oder Ländern einverleibt werden.

Die Bestimmungen dieses Artikels unterliegen jeder Abänderung und anderen Anordnung, welche die Alliierte Kontrollbehörde verfügen oder die zukünftige Verfassung festsetzen sollte.

Artikel III. Staats- und Verwaltungsfunktionen sowie Vermögen und Verbindlichkeiten des früheren Staates Preußen sollen auf die beteiligten Länder übertragen werden, vorbehaltlich etwaiger Abkommen, die sich als notwendig herausstellen sollten und von der Alliierten Kontrollbehörde getroffen werden.

Artikel IV. Dieses Gesetz tritt mit dem Tag seiner Unterzeichnung in Kraft.“



Stalin vertrieb die Preußen von ihrem territorialen Kern und Namensgeber: Vertriebene Ostpreußen auf der Flucht Richtung Westen Foto: BpK

Es besteht ein breiter Konsens, daß dieses vor 60 Jahren erlassene Gesetz Nr. 46 des Alliierten Kontrollrates weniger ein Todesurteil, denn ein Totenschein des preußischen Staates war. Wenn jedoch der preußische Staat vorher schon zu existieren aufgehört hatte, stellt sich natürlich die Frage, wann. Hierauf gibt es eine Fülle von Antworten. Zweifellos ist im Vierten Koalitionskrieg von 1806/07 das alte Preußen untergegangen. Danach war Preußen jedoch in den Befreiungskriegen eine Wiedergeburt vergönnt.

Entsprechend der herrschenden Lehre war der 1815 auf dem Wiener Kongreß als Nachfolger

Endete Preußen mit der Reichsgründung durch Bismarck?

des Heiligen Römischen Reiches gegründete Deutsche Bund ein Staatenbund, das 1871 gegründete Deutsche Reich hingegen ein Bundesstaat. Den Norddeutschen Bund lassen wir einmal als Interimslösung außen vor. Folgt man dieser Lehrmeinung, dann verlor Preußen formaljuristisch mit der Reichsgründung seine Souveränität. Hans-Joachim Schoeps läßt deshalb die Zeit nach der Kaiserproklamation nur noch als „Nachgeschichte Preußens“ gelten.

Nun läßt sich lange darüber diskutieren, ob in der Folgezeit eher Deutschland prussifiziert oder Preußen germanisiert wurde, ob es eher zu einer Verpreußung Deutschlands oder zu einem Aufgehen Preußens in Deutschland gekommen ist. War das Kaiserreich eher ein Großpreußen oder

Endete Preußen mit der Monarchie der Hohenzollern?

ein kleindeutscher Nationalstaat? Die Wahrheit liegt sicherlich irgendwo zwischen diesen Polen. Mit Sicherheit läßt sich jedoch feststellen, daß der Bundesstaat Preußen im Reich kein Gleicher unter Gleichen war. So stellte Preußen mit seinem König den höchsten Repräsentanten des Reiches, den Kaiser, der nicht ohne Macht war. Und auch schon rein äußerlich-optisch war die bevorzugte Stellung Preußens deutlich. Der Reichsadler trug einen Brustschild, und der zeigte das Wappen Preußens. Zur Schwierigkeit der Standortbestimmung des Reiches zwischen den Polen Großpreußen und kleindeutscher Nationalstaat trug auch bei, daß sich der Führungskreis um den König und Kaiser Wilhelm I. noch nicht einmal selber einig war, was dieses Reich denn nun eigentlich sein sollte. Weiter erschwert wird die Verortung dadurch, daß das Kaiserreich in den Jahrzehnten seiner Existenz eine Entwicklung durchgemacht hat. Man denke nur an die Kaiser. Schon von ihrem Selbstverständnis her war Wilhelm I. im Vergleich zu seinem gleichnamigen Enkel zweifelsohne eher Preuße, während Wilhelm II. im Vergleich zu seinem Großvater ebenso zweifelsfrei eher Deutscher war.

Manche machen denn auch an der Ära des letzten Kaisers und Königs, am Wilhelminismus Preußens Ende fest. Zweifelsohne glänzte das wilhelminische Preußen und Deutschland nicht gerade durch preußische Bescheidenheit und Sparsamkeit. Nun gehört es allerdings auch zur ganzen Wahrheit, daß ein Armer eher bescheiden und sparsam leben kann als ein Reicher. Preußens Bescheidenheit und Sparsamkeit war ja nicht aus Jux und Tollerei frei gewählt, sondern aus der Not geboren. Die sprichwörtliche märkische Streusandbüchse war mit Bodenschätzen nicht reich gesegnet, und wenn man dann wie der Große Kurfürst und in seiner Tradition der Soldatenkönig aus den Verwüstungen des Dreißigjährigen Krieges die Lehre zieht, daß ein großes stehendes Heer hermüsse, bleibt zu Bescheidenheit und Sparsamkeit kaum eine vernünftige Alternative. Im Gegensatz dazu hatte das wilhelminische Preußen wie Kaiser Wilhelms gesamtes Reich eine blühende Wirtschaft, wie Ehrhardt Bödecker völlig zu Recht und löblicherweise nicht müde wird, den Bundesbürgern vor Augen zu führen.

Dieser Blüte bereitete der Erste Weltkrieg ein jähes Ende, und böse Zungen behaupten, daß gerade dieses auch sein Zweck gewesen sei. Mit dem Wohlstand verloren die Preußen auch ihren König. Monarchistisch Gesinnte mögen nun dazu neigen, deshalb das Ende des preußischen Staates mit 1918 zu datieren. Mir dünkt das zu brandenburgzentrisch gedacht. Dafür scheinen zu viele Wurzeln der preußischen Ideale in den – nicht-monarchischen – Staat der Deutschen Ordensritter zu reichen. Doch muß man nicht Anhänger der Monarchie sein, um das Ende des preußischen Staates am Ende des König- und des Kaiserreiches festzumachen, denn mit der Novemberrevolution verlor Preußen nicht nur seinen Monarchen, sondern auch seine durch die Verfassung verbriefte herausgehobene Rolle im Reich. Preußen stellte nicht mehr automatisch das Staatsoberhaupt des Reiches – und sein Schild zierte auch nicht mehr die Brust des Reichsadlers. Zumindest verfassungsrechtlich war es im Deutschen Reich nun Gleicher unter Gleichen.

Für viele eher linksgerichtete Beobachter endet der preußische Staat 1918 jedoch trotzdem nicht, sondern vielmehr fängt in ihren Augen die beste Phase der preußischen Geschichte jetzt erst an – die Ära des sogenannten roten Preußen. Vom „roten“ Preußen spricht man, weil nach der Umwandlung des Königreiches in einen Freistaat in Preußen fast ausnahmslos die Weimarer Koalition mit Sozialdemokraten als Regierungschefs regierte.

Das „rote Preußen“ endete mit dem sogenannten Preußenschlag, als per Reichsexekution der sozialdemokratische Ministerpräsident Otto Braun vom Deutschen Reich durch den nichtsozialdemokratischen Reichskommissar Franz von Papen ersetzt wurde. Vor allem Anhänger und Freunde des „roten Preußen“ vertreten gerne die Ansicht, daß der ihnen verhaßte „Preußenschlag“ mit dem „roten Preußen“ auch gleich Preußen beendet habe. Sie entrüsten sich, daß die Reichsexekution ein verfassungswidriger Staatsstreich gewesen sei, der zum Ende des Staates geführt habe, loben aber die Novemberrevo-

Endete Preußen mit dem »Preußenschlag« gegen Otto Braun?

lution, die kaum weniger verfassungswidrig war. Dabei könnte man den Spieß umdrehen und den beklagten Kontinuitätsbruch von 1932 als Versuch interpretieren, den Kontinuitätsbruch von 1918 zu revidieren. So beschreibt der renommierte Historiker Horst Möller die Reichsexekution als „einen Versuch der politischen und gesellschaftlichen Restauration der 1918/19 revolutionierten Strukturen und ihrer politischen Führungsschicht“.

Nun ließe sich seitens der Anhänger von Novemberrevolution und „rotem Preußen“ argumentieren, daß die Revolution von innen kam und die Reichsexekution von außen, nämlich vom Reich. Das wäre aber spitzfindig, denn Preußen war das mit Abstand größte Land des Reiches und der Reichskommissar Franz von Papen sowie der Reichspräsident Paul von Hindenburg, mit dessen Amtsautorität die Reichsexekution durchgeführt wurde, waren nicht weniger Preußen als der abgelöste Ministerpräsident Otto Braun. Und wenn wir schon bei Spitzfindigkeiten sind: Der Reichskommissar war nur eine Interimslösung. Schon 1933 bekamen die Preußen wieder einen eigenen Ministerpräsidenten – Hermann Göring.

Wie die Novemberrevolution von 1918 brachte auch die „nationale Revolution“ von 1933 eine Stärkung der Zentralgewalt im Deutschen Reich auf Kosten der Bundesstaaten beziehungsweise Reichsländer. Und so bietet denn die NS-Zeit diverse Daten, an denen man einen Verlust an Staatlichkeit festmachen kann. Genannt sei hier das Gesetz über den Neuaufbau des Reiches von 1934 oder das Reichsstatthaltergesetz von 1935.

Ganz anders wird hinsichtlich des 20. Juli 1944 argumentiert. Vor allem im eher konservativen Lager wird Preußens Ende gerne an der blutigen Rache des NS-Regimes nach dem mißglückten Hitler-Attentat festgemacht, dem in überdurchschnittlichem Maße Angehörige der traditionellen preußischen Oberschicht angehörten. Immerhin waren laut dem Internet-Lexikon „Wikipedia“ von insgesamt 200 später wegen der Erhebung Hingerichteten einer Generalfeldmarschall, 19 Generäle, 26 Obersten, zwei Botschafter, sieben weitere Diplomaten, einer Minister, drei Staatssekretäre, einer der Chef der Reichskriminalpolizei sowie mehrere Oberpräsidenten, Polizeipräsidenten und Regierungspräsidenten. Mehr als zwei Drittel derjenigen, die am 20. Juli 1944 in der einen oder anderen Form mitwirkten, sind einer Schätzung Gerd Heinrichs zufolge dem preußischen Milieu im Reich zuzurechnen. Stalin begnügte sich nicht mit Hunderten, sondern hat alleine beim Massaker von Katyn Tausende von Polen umbringen lassen, und auch hier gehörten viele der Funktionselite an. Polen hat einen Aderlaß von Tausenden Angehörigen der staatstragenden Elite überlebt, sollte da die Tötung von 200 das Ende Preußens bedeutet haben?

Schwerwiegender war da die Eroberung und Besetzung durch die Alliierten. Erstmals seit dem Vierten Koalitionskrieg in der napoleonischen Zeit war Preußen erobert und besetzt. Wie die Alliierten hatte auch schon Napoleon Preußen auflösen wollen. Damals hatte allerdings Rußland dieses verhindert. Eine solche Großmacht, die sich für Preußen stark machte, fehlte jedoch jetzt. Schon vor der offiziellen Auflösung Preußens, also der Erlegung des Bären, wurde sein Fell verteilt. Die Sowjetunion teilte den Osten Preußens zwischen sich und Polen auf, und

Endete Preußen mit der Tötung der Männer des 20. Juli?

die Westalliierten gründeten auf dem Boden des westlichen Teils Preußens neue Länder.

Stalin machte jedoch etwas, daß noch nicht einmal Napoleon in Erwägung gezogen hatte. Er vertrieb das Staatsvolk vom territorialen Kern und Namensgeber Preußens.

Am 25. Februar 1947 wurde der preußische Staat dann durch General Pierre Koenig für Frankreich, Marschall Wassiliy D. Sokolowsky für die Sowjetunion, Generalleutnant Lucius D. Clay für die USA und Generalleutnant Sir Brian Robertson für Großbritannien mit ihrer Unterschrift unter das Kontrollratsgesetz Nr. 46 auch formell aufgelöst. Eine zeitgleiche Reeducation (Umerziehung) hatte begleitend dafür Sorge zu tragen, daß anders als nach dem Frieden von Tilsit erst gar nicht der Wunsch nach einer Renaissance Preußens aufkommt.

»Preußen hat Zukunft«

Aus Anlaß des 60. Jahrestages der Auflösung des Staates Preußen durch Beschluß des Alliierten Kontrollrates am 25. Februar 1947 laden die Landsmannschaft Ostpreußen und die *Preußische Allgemeine Zeitung* zur Veranstaltung „Preußen hat Zukunft“. Die Gedenkveranstaltung beginnt am 25. Februar 2007 um 10.30 Uhr im Hotel Hilton Berlin. Die Festvorträge halten Prof. Dr. Wolfgang Stribrny über die Frage „Kann man Preußen verbieten?“ und Prof. Dr. Harald Seubert über das Thema „Rationalität – Toleranz – Maß: Preußens geistiges Erbe“. Anschließend, gegen 13 Uhr, bitten die Gastgeber zu einem Empfang. Für Interessenten an der Veranstaltung stehen noch einige kostenlose Restkarten zur Verfügung. Bitte wenden Sie sich an die *Preußische Allgemeine Zeitung*, Stichwort „Preußen hat Zukunft“, Parkallee 84/86, 20144 Hamburg.

Das Ostpreußenblatt

Nr. 6 – 10. Februar 2007

MELDUNGEN

Bahnlinie verkürzt

Johannisburg – Die Bahnverbindung Allenstein–Johannisburg ist um das 57 Kilometer lange Stück von Ortelsburg über Niedersee nach Johannisburg verkürzt worden. Statt dessen fährt nun ein Omnibus diese Strecke. Vergangenen Mittwoch fuhr die letzte Bahn. Um 17.30 Uhr kam sie in Johannisburg an. Adam Zylinski, Verwaltungsvorstandsmitglied der zuständigen Woiwodschaft Ermland und Masuren begründete diesen Schritt mit wirtschaftlichen Erwägungen. Die Johannisburger Kommunalpolitiker haben die Hoffnung jedoch noch nicht aufgegeben, diese Entscheidung revidieren zu können. Diesbezügliche Gespräche des Landrats und des Bürgermeisters mit Vertretern des Verwaltungsvorstandes der Woiwodschaft haben bereits stattgefunden.

»So viel Geld wie nie zuvor«

Allenstein – Mehr als eine Milliarde Euro sollen bis 2013 für die Entwicklung des südlichen Ostpreußen ausgegeben werden. Das sieht die „Regionale Finanzplanung" für die Woiwodschaft Ermland und Masuren für diesen Zeitraum vor, den der Vorstand der Woiwodschaftsverwaltung beschlossen hat. So viel Geld habe für die Woiwodschaft noch nie zur Verfügung gestanden, kommentierte die Vizemarschallin der Woiwodschaft, Urszula Paslawska, den geplanten Geldsegen.

Der Verwaltungsvorstand billigte eine Liste von Projekten, die mit Mitteln des Regionalen Entwicklungsfonds realisiert werden sollen, auf der sich der Umbau der Urania-Halle und der Bau einer Philharmonie in Allenstein ebenso befinden wie die Heilsberger Thermen und die Modernisierung der Umgebung des Oberländischen Kanals. Mit 450 Millionen Euro soll die Entwicklung der Wirtschaft, mit etwa 300 Millionen der Tourismus und mit 400 Millionen die regionale und lokale Verkehrsinfrastruktur gefördert werden. Für die Feierlichkeiten anläßlich des 600. Jahrestages der Schlacht von Tannenberg sind ebenso Mittel vorgesehen wie für die Errichtung eines Breitbandglasfasernetzes in Elbing und die Modernisierung des Abwassersystems in der Region der Großen Masurischen Seen.

Es fehlt noch die Absegnung durch das polnische Kabinett, dem die Planungen in den nächsten zwei bis drei Wochen vorgelegt werden. Das Marschallamt plant bereits die Organisation einer Informationskampagne zu dem Thema „Regionale Finanzplanung", in deren Rahmen dann auch über die Ausschreibungen informiert werden soll.

Doppeltes Jubiläum

Bartenstein – Die Gesellschaft der deutschen Volksgruppe in Bartenstein konnte ihr 15jähriges und die Tanzgruppe „Saga" ihr zehnjähriges Bestehen feiern.

Rückkehr nach Caymen

Was der Rundfunkjournalist und Buchautor Jochen Thies beim Besuch seiner Taufkirche erlebt hat



Ein Nebengebäude der Posthalterei von Nautzken, in der Jochen Thies im September / Oktober 1944 einige Wochen mit seiner Mutter verbrachte: Von der Kreuzung geht die Straße ab, die nach dem etwa zwei Kilometer entfernten Caymen führt. Foto: Thies

Die Allee ist lang und für einen Augenblick sieht Ostpreußen heil aus. Die Landschaft wirkt intakt, die Felder sind kultiviert, und nirgendwo sieht man in den kommenden Minuten ein zerstörtes Gebäude. Die Insassen des kleinen Reisebusses schauen gespannt nach vorn, denn am Ende der von Bäumen gesäumten Straße zeichnen sich die Konturen eines Kirchturms ab. Im Sonderverwaltungsbezirk Königsberg ist das ein ungewöhnlicher Anblick. Nicht von ungefähr weist die russische Reiseführerin, welche die Gruppe begleitet, auf der Überlandtour auf die wenigen Exemplare hin, die den Endkampf um Ostpreußen 1944/45 überdauert haben. Damit fehlt eine entscheidende Orientierung, welche die meisten deutschen Landschaften auszeichnet, wenn man an Westfalen denkt mit seinen Chausseen aus der Zeit von Napoleon I, die auf die Kirchen zulaufen, oder an Oberbayern mit sanften Hügeln und Zwiebeltürmen. Im Oderbruch, rund um die Seelower Höhen, wo im April 1945 die entscheidende Schlacht um Berlin stattfand, sind seit der Wiedervereinigung die zerstörten oder beschädigten Kirchtürme übrigens teilweise wiederaufgebaut worden.

Wenige Minuten, bevor die Reisegruppe auf der ehemaligen Reichsstraße, die von Tilsit nach Königsberg führt, an der Kreuzung in Nautzken, Kreis Labiau unweit einer kleinen Bahnstation anlangt, von der eine Nebenstraße nach Caymen / Kaimen / Kaymen abgeht, trabt eine Kuh in eine an der Fernstraße gelegene Kirche hinein. Verblüfft schauen die Reisenden ihr nach.

Wenn man ein Ostpreuße der letzten Minute ist, in diesem versunkenen Land im September 1944 auf die Welt kam, kurz bevor der Einmarsch der Roten Armee das Leben der Nation und der Familie fundamental veränderte, gibt es im heutigen Ostpreußen nur wenig Haltepunkte. Es sind die Orte, an denen die Eltern ihre Kindheit und Jugend verbrachten. Ansonsten befindet man sich im Wortsinne auf der „Durchreise".

Nur in Caymen, das der Reisebus nun fast erreicht hat, gibt es noch einen wichtigen Platz. Als das Auto am Ende der Allee nach links um eine scharfe Kurve biegt und auf eine kleine Anhöhe zufährt, wird dem Betroffenen klar, warum dies so ist. Beim Passieren einer malerischen geduckten Kate – vermutlich handelt es sich um das alte Pfarrhaus – beschließt er blitzschnell, in den nächsten Minuten allein zu sein. Er weiß plötzlich, daß jetzt der schwerste Gang auf dieser Reise auf ihn zukommt. Bislang ist ihm die Tour emotional leicht gefallen. Nur beim Anflug auf den Flughafen von Königsberg, beim Überfliegen der Frischen und Kurischen Nehrung kämpfte er gegen seine Rührung an. Das war also Ostpreußen. Und aus der Luft, in der aus Warschau kommenden Turbopropmaschine der polnischen Luftfahrtgesellschaft LOT, sah es so schön aus, wie es in den Beschreibungen der Eltern angeklungen war. Aus der Vogelperspektive wirkte Ostpreußen an diesem heißen Sommertag des Jahres 2006 unzerstört, heil.

Als das Auto einige Augenblicke später an einem Kirchhof anhält, springt der Reisende hinaus und läuft los. Vor ihm liegt nun die Kirche, in welcher der mittlerweile 62jährige Ende Oktober 1944 getauft wurde, wenige Tage bevor Mutter und Großmutter mit ihm nach Westen aufbrachen und die Flucht irgendwann im Frühjahr 1945 nach Zwischenetappen in Pommern und Mecklenburg in einem dänischen Lager endete.

Vermutlich war dieser Sonntag, an dem der Junge getauft wurde und es beim Onkel, der die Flüchtlinge aufgenommen hatte, in der Posthalterei von Nautzken am Nachmittag eine kleinen Feier gab, der letzte gute Tag in einem Land, in dem man von Ferne schon seit Wochen den Donner der Kanonen hören konnte. Daß man Ostpreußen kurz darauf für immer verlassen müßte, sofern man dazu kam und nicht – wie es

Fortsetzung auf Seite 16

Ostsee-Akademie fährt nach Masuren

Die in Travemünde bei Lübeck startende Studienreise dauert vom 9. bis 18. Mai dieses Jahres

Die Ostsee-Akademie im Pommern-Zentrum führt mit Klaus und Irene Piepenbrink vom 9. bis 18. Mai eine Masurenreise durch.

Am Mittwoch, dem 9. Mai, um 8 Uhr startet der Fernreisebus vor der Ostsee-Akademie, Europaweg 3 in Travemünde. In Lübeck kann eine halbe Stunde später an der Haltestelle für Fernreisebusse in der Straße „Beim Retteich" unweit des Hauptbahnhofs zugestiegen werden. Von der Hansestadt geht es dann durch Mecklenburg und Brandenburg nach Pommern und durch Stettin nach Schlochau, wo zu Abend gegessen und Quartier bezogen wird.

Am nächsten Morgen geht es nach dem Frühstück mit dem Bus weiter. Bei Dirschau wird die Weichsel überquert und anschließend der am östlichen Weichselufer liegenden Marienburg ein kurzer Besuch abgestattet. An Elbing vorbei geht es nach Mohrungen und weiter zu einem Hotel in Allenstein, wo die folgende Nacht verbracht wird.

Über Passenheim und Ortelsburg geht die Fahrt am nächsten Tag weiter nach Sensburg in das Hotel, das für die nächsten fünf Nächte als Quartier dient. Nach einem Strandspaziergang entlang dem Schoßsee läßt man den Abend im Hotel ausklingen.

Der nächste Tag ist der Umgebung gewidmet. Mit Auszügen aus den Werken Ernst Wiecherts will man sich in die masurische Landschaft einstimmen lassen und im Forsthaus von Kleinort das Geburtshaus Ernst Wiecherts besuchen. Am Beispiel der Kirchspiele Aweyden und Peitschendorf wird man die Situation der heute in der Diaspora stehenden Evangelischen Kirche Masurens betrachten und am Nachmittag zu Besuch und Gespräch im Gemeindehaus der Evangelischen Augsburgischen Kirchengemeinde Sensburg sein.

Am Beispiel der Dörfer der Altgläubigen und der Orthodoxen Kirche gedenkt man am Sonntag der großzügigen Aufnahme ob ihrer Religion bedrängter Menschen in Preußen, hier in Masuren. Von Niedersee aus geht es per Schiff nach Nikolaiken.

Am Montag wird das Dönhoff-Gymnasium in Nikolaiken besucht. Danach fährt die Gruppe zum Wildpark in Einsiedeln und am Nachmittag nach Krutinnen. Bei einem Stadtrundgang schaut sie sich am Abend die Sensburger Altstadt an.

Nach dem Besuch des Wochenmarktes in Sensburg besucht die Gruppe am Dienstag Rößel. Danach geht es weiter zur Wallfahrtskirche in Heiligelinde und dann nach Steinort und Lötzen sowie schließlich zur Ordensburg in Rhein.

Über Heilsberg und Frauenburg geht es am Mittwoch zum Frischen Haff. Ein Schiff wird die Gruppe auf die Frische Nehrung nach Kahlberg bringen. Abendessen und Übernachtung finden diesmal in Elbing statt.

Am nächsten Morgen geht es über Danzig und Zoppot auf die Halbinsel Hela. In Jurate spaziert man über die Nehrung von der Putziger Bucht zur Ostsee. Abendessen und Übernachtung finden im Gästehaus des Schlosses Krokow statt.

Am Freitag geht es früh los. Über Stolp und Stettin geht es zurück nach Lübeck und Travemünde, wo die Fahrt gegen 19 Uhr enden soll.

Nähere Informationen über die Fahrt, bei der noch Plätze frei sind, erteilt gerne die Ostsee-Akademie im Pommern-Zentrum, Europaweg 3, 23570 Lübeck, Telefon (0 45 02) 80 32 03, Fax (0 45 02 / 80 32 00, E-mail: office@ostseeakademie.de.

Rückkehr nach Caymen

Fortsetzung von Seite 15

einer halben Millionen von Ostpreußen passierte – in die Hände der Russen fiel, lag außerhalb der Vorstellungskraft der allermeisten Menschen. Daß es soweit kommen würde, wußten die Menschen damals nicht. Aber wer im Oktober 1944 den Wehrmachtsbericht deuten und dechiffrieren konnte, mußte wissen, daß Ostpreußen nach dem Zusammenbruch der Heeresgruppe Mitte im Sommer 1944 keine Chance mehr hatte. Es war nur noch eine Frage der Zeit, und die Wochen zwischen dem Juli 1944 mit den ersten, schweren Luftangriffen auf Tilsit und auf Königsberg waren schon geliehene Zeit.

Das, was sich bei der Annäherung an Caymen bereits abzeichnete, wird nun zur Gewißheit. Die aus der Ferne intakt wirkende Kirche besteht in Wirklichkeit nur noch aus dem Stumpf des Kirchturms, in dessen Mitte sich ein kleiner Baum zur Dachöffnung empor windet. Das ist alles, was von der Kirche übrig geblieben ist. Mit etwas Phantasie ist es weniger eine Ruinen- als eine Märchenlandschaft. Der Reisende hat es nun eilig. Er registriert nur am Rande den chaotischen Zustand, den der Friedhof in Wirklichkeit hat und drängt zur Rückfahrt. Denn bis nach Rauschen, dem Quartier der Gruppe, die aus drei Generationen besteht und zu der auch die Tante aus Amerika gehört, die als 21jährige Ostpreußen verließ, ist es noch weit. Ruhe kehrt in ihm ein. Nie war er in den letzten Jahren gedanklich und emotional so nahe an seinen Eltern wie in den zurückliegenden Minuten. Als das Auto die Kreuzung von Nautzken erreicht, ist er erleichtert. Er blickt nicht zum Kirchturm von Caymen zurück. J. T.

Dr. Jochen Thies ist am 18. September 1944 in Rauschen, Kreis Samland zur Welt gekommen. In Kiel, Freiburg und Köln studierte er Geschichte, Politische Wissenschaft und Romanistik. Zur Zeit arbeitet er als Sonderkorrespondent und Mitglied der Chefredaktion für DeutschlandRadio Kultur. Der Historiker und Journalist ist Autor zahlreicher Veröffentlichungen zu geschichtlichen Themen und zu Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik, darunter der Bücher „Die Dohnanyis – Eine Familienbiografie“ und „Helmut Schmidts Rückzug von der Macht – Das Ende der Ära Schmidt aus nächster Nähe“.

Wieder vereint nach über 60 Jahren

Der Kirchliche Suchdienst brachte den Sohn einer Zwangsarbeiterin mit der Familie seiner Mutter zusammen

Erst 16 Jahre nach dem Mauerfall hat der Sohn einer Ostpreußin Ingo Meiselbach die Familie seiner Mutter gefunden. Bis dahin wußte er noch nicht einmal von der Existenz seiner Angehörigen.

Kriegsende 1945: Andreas und Franziska Zimmermann müssen innerhalb kürzester Zeit mit ihren acht Kindern ihre Heimat in Schönau, Kreis Allenstein verlassen. Auf der Flucht wird Elisabeth, die 28jährige Tochter mit ihrem kleinen Jungen von Mann und Familie getrennt. Eine verzweifelte Suche beginnt, doch es findet sich keine Spur mehr von ihnen. Elisabeth wurde mit ihrem kleinen Jungen nach Rußland verschleppt und kam erst 1949 mit einem Transport aus Sibirien zurück – ohne ihren kleinen Sohn, der nicht überlebt hatte. Sie ließ sich in Mecklenburg nieder, und hier wurde in zweiter Ehe der heute 53jährige Ingo geboren. Seine Schwiegereltern hatten sich schon vor vielen Jahren an die Behörden in der DDR gewandt. Dort erhielten sie die Auskunft, daß Elisabeths Vater auf der Flucht gestorben sei und seine Frau etwas später in Bautzen das selbe Schicksal ereilt habe. Heute weiß man, daß dies nicht der Wahrheit entsprach. Die Gesuchten lebten nach dem Krieg mit ihren sieben Kindern in Westdeutschland.

Aber auch dort blieben die Versuche, nun umgekehrt eine Spur von Elisabeth zu finden, erfolglos. Die bange Frage „Was ist aus Elisabeth geworden?“, „Lebt sie noch?“ begleitet die Eltern und die Geschwister ein Leben lang. „Verschollen“ war auch hier die einzige Auskunft und keine der beiden Familien wußte, daß sie nur die Grenze trennte. Aber auch nach dem Mauerfall änderte sich daran vorerst nichts.

Nicht zuletzt der Hartnäckigkeit von Ingo Meiselbachs Ehefrau Regina und seinem Sohn ist es zu verdanken, daß ein erneuter Versuch gestartet wurde. Diesmal vorbei an den Behörden – übers Internet. Hier stieß Ingo Meiselbach auf die Website des Kirchlichen Suchdienstes. Er gab eine Suchmeldung auf.

„Wir konnten es fast nicht glauben, als wir bereits nach zwei Tagen eine Antwort erhielten – und dazu noch eine positive“, so Regina Meiselbach. „Man kann kaum die Gefühle beschreiben, die man in so einem Moment empfindet. Es ist einfach überwältigend.“ Traurig ist nur, daß von Elisabeths Geschwistern niemand mehr am Leben ist. Es hat allerdings reichlich Familienzuwachs gegeben – viele Onkel und Tanten sowie eine große Schar von Cousinen und Cousins.

Der Kontakt untereinander besteht momentan nur telefonisch. Aber es ist ein großes Familientreffen zu Ostern geplant. Die Vorbereitungen laufen. Familienfotos werden ausgetauscht, in Alben eingeklebt. Ein erstes Kennenlernen. Aus der Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg haben die Meiselbachs weder Fotos noch Dokumente. Elisabeth konnte damals nur knapp ihr eigenes Leben retten. Die Familie und die Vorfahren sind jetzt natürlich Hauptthema bei den Meiselbachs. Es gibt soviel zu erzählen und zu erfahren ...

Wer auch wissen möchte, was aus seinen Angehörigen oder Freunden geworden ist, wende sich an den Kirchlichen Suchdienst, Geschäftsstelle, Lessingstraße 3, 80336 München, Telefon (0 89) 54 49 72 01, E-Mail: ksd@kirchlicher-suchdienst.de, www.kirchlicher-suchdienst.de.



Elisabeth Meiselbach geborene Zimmermann mit ihrem Sohn Ingo Foto: privat

Lewe Landslied,
liebe Familienfreunde,
immer noch gibt es Erfolge bei Suchaktionen, die aussichtslos schienen, das beweist der obige Bericht. Wir haben schon oft über den Kirchlichen Suchdienst berichtet, mit dem wir vorzüglich zusammenarbeiten, was auch auf unserem letzten „Familienseminar“ im Ostheim von beiden Seiten bestätigt wurde. Wir sind bei Suchfragen immer die „letzte Rettung“, wenn alle offiziellen Institutionen passen mußten, denn unsere kleinen oder größeren Erfolge beruhen vor allem auf der direkten Verbindung zu dem Kreis, der sich für eine individuelle Befragung anbietet, zu den Menschen aus dem ehemaligen Umfeld der Gesuchten. Unsere Leserinnen und Leser können Zeitzeugen, Vermittler, Mitsucher auf den speziellen Gebieten sein, die angesprochen werden. Und daß sie es sind, beweisen auch heute noch die manchmal verblüffenden Ergebnisse der in unserer Rubrik veröffentlichten Fragen und Wünsche.

Das konnte auch **Uwe Hübert** feststellen, der auf die Veröffentlichung seines Wunsches nach Informationen über Bodenwinkel am Frischen Haff in erstaunlich kurzer Zeit schon von einer beeindruckenden Resonanz berichten kann. Sein Urgroßvater **Martin Ferdinand** Hübert besaß dort ein Haus und fuhr auf dem Schiff „Elisabeth“. Herr Hübert bekam sehr gute Hinweise für seine Familienforschung und wird „vor Ort“ weiter nachfassen. Zu diesem Zweck will er sich an die deutsche Volksgruppe in Elbing wenden.

Kaum war die Geschichte von den in Tilsit gefundenen, alten Briefen und Fotos erschienen, meldete sich per Fax unser Leser **Hans Dzieran** aus Chemnitz. Er teilt mit, daß der als Adressat genannte **Ewald Prill** in der Tilsiter Zellstoff-Fabrik tätig gewesen war und in der sogenannten Birjohler – später Birgener – Siedlung ein kleines Haus bewohnte. Die unterschiedlichen Anschriften Neue Siedlung 5, Birjohler Landstraße 5 und Falkenau 5 beruhen auf den wechselnden Bezeichnungen für dieses Haus, in dem Ewald Prill mit seiner Ehefrau **Elisabeth** und den Kindern **Elfriede** und **Margot** lebte. Nach der Vertreibung hatte es die Familie nach Dessau-Törten, Am Hang 3, verschlagen. Die weitere Suche ist schwer, weil die Töchter sicher andere Namen tragen. Eine Elisabeth Prill – so hat Herr Dzieran herausgefunden – wohnt in Neustadt-Glewe. Ob es die Gesuchte ist, wird sich feststellen lassen. Zuerst einmal ganz herzlichen Dank für die so schnelle und informative Reaktion, lieber Herr Dzieran.

Wie unsere Leser spuren und helfen, begehbare Suchwege aufzuzeichnen, beweist auch das Schreiben von **Gert-Dietrich Wermke**. Sein in unserer Kolumne veröffentlichter Wunsch liegt schon einige Monate zurück: Es ging um Herkunft und Umfeld seiner Urgroßmutter **Wilhelmine Bartel** aus Neu-Park, Kreis Pr. Eylau. Sie heiratete um 1860 den Müller **Friedrich Wilhelm Wermke**. Es kam ein Anruf von einem Landsmann aus dem Nachbarort von Neu Park, Herrn **Eichstädt** aus Brodersby. Er hatte die Familien **Hermann** und **Otto Bartel** gekannt, konnte aber nichts über deren Kinder beziehungsweise Nachkommen sagen. Er gab Herrn Wermke den Rat, sich an Herrn **Manfred Klein** zu wenden, der die Einwohner-Kreisliste führt. Dieser konnte ihm auch einige Träger des Namens Bartel aus der Region nennen, die aber leider nicht in die Ahnenlinie paßten oder nicht erreichbar waren. Daraufhin wandte sich Herr Wermke auf Herrn Kleins Empfehlung an das Bundesarchiv in Koblenz. Dieses schickte sein Anliegen an das Lastenausgleichsarchiv in 95424 Bayreuth, Postfach 5025, und siehe da: Hier wurde man fündig, denn die Bartels waren seßhafte Bauern gewesen. Herr Wermke erhielt – gegen Entgelt – mehrere brauchbare Unterlagen, mit denen er einige Lükken in seiner Familienforschung schließen konnte. Damit sind zwar nicht alle Familienverhältnisse um 1860 geklärt – aber immerhin! So meint Herr Wermke, und ich muß sagen, ich finde das schon bemerkenswert!

Die ostpreußische Familie



Ruth Geede Foto: privat

Ohne Ergebnis blieb bisher seine spätere Suche nach Verwandten mütterlicherseits, also bringen wir sie noch einmal! Es geht um Nachkommen seiner Urgroßeltern **Friedrich Klein** und **Caroline Conrad**, geboren um 1850 wahrscheinlich im Kreis Darkehmen, 1904 lebte die Familie in Gr. Sobrost. Sowie um die Nachfahren von **Gottfried Scharein** und **Henriette** geborene **Jäckel**, die Mitte des 19. Jahrhunderts in den Kreisen Mohrungen und Osterode geboren wurden und um 1930 in Bienau, Nickelshagen, Dittersdorf, Kreis Osterode wohnten. Ob die erneute Suche Erfolg hat, wage ich zu bezweifeln, da die Angaben doch einige Ungenauigkeiten enthalten. (Gert-Dietrich Wermke, Potsdamer Ring 11 in 15711 Königs Wusterhausen, Telefon 0 33 75 / 29 10 60.)

Die geplante Dokumentation von **Tobias Metzner** über die Greueltaten der Russen in Metgethen hat sehr viel Aufmerksamkeit erregt. So auch bei **Erika Kröncke** geborene **Budnick**, weil ihre Großeltern **Gottfried** und **Therese** Budnick aus Metgethen stammten und dort bis zum bitteren Ende in der Nähe des Bahnhofs wohnten. Sie hatten einen leiblichen Sohn – Frau Kröncks Vater – und den Pflegesohn **Fritz Möwe**. Während von dem bitteren Ende der Großeltern nur soviel bekannt ist, daß Gottfried Budnick erschlagen, seine Frau verschleppt und dann verhungert sein soll, verliert sich das Schicksal von Fritz Möwe und seiner Familie im Dunkeln. Der Pflegesohn war bei Kriegsende schon einige Jahre verheiratet, er wohnte mit seiner Frau **Lina** und ihren gemeinsamen fünf Kindern – vier Söhne, eine Tochter – in Tannenwalde. Haben sie sich beim Russeneinfall vielleicht auch in Metgethen aufgehalten? Frau Kröncke, die aus Seerappen stammt, möchte endlich Gewißheit haben und hofft, daß sich noch jemand an die Familie Möwe und ihre Großeltern Budnick erinnert, und wäre für jede Zuschrift sehr dankbar. (Erika Kröncke, Moorweg 3 in 21388 Soderstorf.)

Unsere Leserin **Helga Pundt** aus Güstrow erreichte aus Dänemark ein Hilferuf, den sie an uns weiterleitet, da er wahrscheinlich nur in unserem Familienkreis Gehör findet. Der dänische Absender ist Herr **Søren Pilgaard Christiansen** aus Havndal. Seine Eltern beherbergten in den Jahren 1945 bis 1947 mehrere ostpreußische Flüchtlingsfamilien in Udbyneder, einem kleinen Dorf in der Nähe von Randers, wo sie ein Lebensmittelgeschäft mit Unterbringungsmöglichkeiten betrieben. Herr Chrisiansen fand nach Jahren etwa 20 Briefe, die sich mit dem Schicksal der Familien befassen, und Gegenstände aus jener Zeit wie ein Aquarell und eine geschnitzte Holzeisenbahn. Er möchte diese nun gerne an die betreffenden Familien zurückgeben. Es handelt sich um Frau **Elisabeth Seifert**, Fräulein **Herta Seifert** und die Tochter **Wally Sicheneder**, **Herbert Wenk** mit seinen Geschwistern **Erna**, **Ida** und **Herta**, Familie **Rudolf** und K (?) **Deblitz** – von dieser stammt das Aquarell, **Walter** und **Hildegard Schienke** mit **Klaus** und **Gisela**, **Hildegard Raufeisen**, deren neugeborenes Kind in U. verstarb und dort beerdigt wurde sowie **Fritz Werlitz**, vermutlich Schiffsführer. In einem Brief schrieb er 1947, daß er mit seiner Frau zusammen sei, nur Sohn **Lothar** fehlte. Als Adresse war Schiff „Paul-Elise“, Hannover-Buchholz, Geha-Haus angegeben. Von ihm stammt die Holzeisenbahn.

Herr Christiansen und Frau Pundt hoffen, daß sich jemand von den genannten Familien meldet. Weil der Däne nicht sehr gut deutsch spricht, wäre es vor allem bei telefonischen Anfragen besser, sich bei Frau Pundt zu melden, die auch gerne für Nachfragen zur Verfügung steht. Hier die Adressen: Helga Pundt, Johann-Brinckmann-Straße 13 in 18273 Güstrow, Telefon (0 38 43) 68 24 25, Søren Pilgaard Christiansen, Udbyneder Kobmandsgaard, 8970 Havndal, Danmark, Telefon (00 45) 86 47 02 36.

Einen herzlichen Dank muß ich noch Herrn **Manfred Hahn** sagen, der mir so interessante Unterlagen über die Ansiedlung der Hessen in Ostpreußen zusandte, daß ich mich intensiv mit diesem Thema beschäftigte. So entstand mein dokumentarischer Beitrag „Wie aus Nassauern Ostpreußen wurden“ auf Seite I der heutigen Ausgabe der *PAZ*. Herr Hahn stützt seine Informationen auf einen 1941 in einem hessischen Heimatblatt erschienenen Artikel von A. Schwarz und einen Nachfolgebeitrag von H. Brachhäuser vor einigen Jahren. Herr Hahn stammt aus Nassau-Dillenburg, seine Urgroßmutter war eine geborene Petri, und von dort wanderten 1723 zwei Familien dieses Namens nach Preußen aus. Deshalb interessiert er sich für alle Ostpreußen, die diesen Namen tragen. „Vielleicht ist ja der eine oder andere hier in meiner hessischen Heimat gelandet, wo einst sein Urahn geboren wurde!“ meint Manfred Hahn, der sich über Zuschriften freuen würde. (Manfred Hahn, Holzhäuser Straße 1 c in 35708 Haiger-Allendorf, Telefon 0 27 73 / 44 33.)

Eure

Ruth Geede

Ruth Geede



ZUM 102. GEBURTSTAG

Kiehl, Marion, geb. Gryzan, aus Korpen, Kreis Johannisburg, jetzt Friedrich-Ebert-Straße 1, 30851 Langenhagen / Hannover, am 4. Februar

ZUM 98. GEBURTSTAG

Dziomba, Frida, geb. Lutz, aus Halldorf, Kreis Treuburg, jetzt Ellener Dorfstraße 3, 28325 Bremen, am 18. Februar

Uschkoreit, Charlotte, geb. Goersch, aus Tapiau, Horst-Wessel-Ring, Kreis Wehlau, jetzt Dürener Straße 37-39, 31303 Burgdorf, am 16. Februar

ZUM 97. GEBURTSTAG

Degenhardt, Ottilie, geb. Markowski, aus Dreimühlen, Kreis Lyck, und Deutscheck, Kreis Treuburg, jetzt Am Bleidenbach 33, 35789 Weilmünster, am 15. Februar

Karlisch, Gertrud, aus Deutscheck, Kreis Treuburg, jetzt Blechhofweg 3 a, 41540 Dormagen, am 13. Februar

ZUM 96. GEBURTSTAG

Eder, Frieda, geb. Westenberger, aus Lukem, Kreis Ebenrode, jetzt Peter-Rossegger-Straße 11, 40699 Erkrath, am 13. Februar

Schweighöfer, Charlotte, geb. Schadinn, aus Tannenmühl, Kreis Ebenrode, jetzt Borsteler Straße 14 A, 27327 Schwarme, am 14. Februar

Strupath, Erich, aus Poppendorf, Kreis Wehlau, jetzt Brahmsweg 2, 27299 Etelsen, am 13. Februar

ZUM 95. GEBURTSTAG

Bilkun, Anna, aus Ulrichsfelde, Kreis Lyck, jetzt Stader Straße 81-84, 21614 Buxtehude, am 13. Februar

ZUM 94. GEBURTSTAG

Diesing, Erika, geb. Roppel, aus Plöwken, Kreis Treuburg, jetzt Heiligenstraße 80, 40721 Hilden, am 17. Februar

Seesko, Emmi, geb. Paprotka, aus Borken, Kreis Treuburg, jetzt Auf dem Schützeneich 6 E, 51399 Burscheid, am 14. Februar

Teschner, Gerhard, aus Wolitta, Kreis Heiligenbeil, jetzt Bahnhof 1, bei Valbert, 58540 Meinerzhagen, am 9. Februar

Wieczorek, Hedwig, geb. Leyk, aus Warchallen, Kreis Neidenburg, jetzt Feißneckblick 119, 17192 Waren, am 16. Februar

ZUM 93. GEBURTSTAG

Braun, Gertrud, aus Petersgrund, Kreis Lyck, jetzt Weinbergstraße 39, 34117 Kassel, am 17. Februar

Deter, Marta, geb. Pawlowski, aus Königsberg, Fließstraße 28, jetzt Schillighörn 6, 28159 Bremen, am 9. Februar

Frost, Lena, geb. Wenzel, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, jetzt Werkstraße 27, Senioren-Residenz Am Kurpark, 64732 Bad König, am 12. Februar

Ollesch, Erich, aus Lindenort, Kreis Ortelsburg, jetzt Straßburger Straße 8, 44623 Herne, am 15. Feburar

ZUM 92. GEBURTSTAG

Briese, Irmgard, geb. Corny, aus Steinhöhe, Kreis Ortelsburg, jetzt Tilsiter Straße 6, 21481 Lauenburg, am 12. Februar

Böhm, Helene, geb. Röper, aus Biegiethen, Kreis Samland, jetzt Adolf-Ledebuhr-Ring 2 a, 38889 Blankenburg, am 15. Februar

Rathke, Hildegard, geb. Skalweit, aus Lindendorf, Kreis Wehlau, jetzt Lübecker Chaussee 20, 23858 Reinfeld, am 12. Februar

Votel, Frieda, geb. Bohl, aus Eisenberg, Kreis Heiligenbeil, jetzt Staufenstraße 13, 72224 Ebhausen, am 14. Februar

Wohlgemuth, Arno, aus Neulinkuhnen, Kreis Elchniederung, jetzt Im Vogelsholz 24, 42369 Wuppertal, am 15. Februar

Zeiger, Elfriede, geb. Schmidt, aus Warnien, Kreis Wehlau, jetzt Robert-Havemann-Straße 13, 15236 Frankfurt, am 18. Februar

ZUM 91. GEBURTSTAG

Didlaukies, Otto, aus Bilderweiten, Kreis Ebenrode, jetzt Harmsstraße 130 bei Steffe, 24114 Kiel, am 17. Februar

Geede, Ruth, aus Königsberg, jetzt Wieddüp 24, 22459 Hamburg, am 13. Februar

Kohlmeyer, Heinz, aus Stadtfelde, Kreis Ebenrode, jetzt Remontenstraße 1, 92318 Neumarkt, am 13. Februar

Lammert, Bruno, aus Kahlholz, Keis Heiligenbeil, jetzt Erzhütter Straße 91, 67659 Kaiserslautern, am 14. Februar

Lieder, Luise, geb. Wolter, aus Lyck, Lycker Garten 57, jetzt 506-1580 Haro Street, Vancouver B.C. V6G 1G6, Kanada, am 18. Februar

Schlaak, Hedwig, aus Langheide, Kreis Lyck, jetzt Lohauserholzstraße 33, 59067 Hamm, am 15. Februar

Richter, Gretel, geb. Paehlke, aus Plöwken, Kreis Treuburg, jetzt Bachgasse 7, 72116 Mössingen, am 17. Februar

Scharfschwerdt, Bruno, aus Kgl. Rödersdorf, Kreis Heiligenbeil, jetzt Im Knippert 8, 42551 Velbert, am 12. Februar

Schrader, Berta, geb. Kallwitz, aus Jägersdorf, Kreis Neidenburg, jetzt Tubben 13, 21465 Wentorf, am 12. Februar

Wischnewski, Friedrich, aus Scharnau, Kreis Neidenburg, jetzt Hohenstaufenring 70, 31141 Hildesheim, am 18. Februar

ZUM 90. GEBURTSTAG

Bauerdick, Auguste, geb. Prostka, aus Borschimmen, Kreis Lyck, jetzt Kampstraße 6, 58285 Gevelsberg, am 15. Februar

Bloch, Elfriede, geb. Prostka, aus Lübeckfelde, Kreis Lyck, jetzt Tourainer Ring 12, 45468 Mülheim, am 12. Februar

Floether, Gertraud, geb. Karpinski, aus Schönhöhe, Kreis Ortelsburg, jetzt Heideweg 15, 49124 Georgsmarienhütte, am 17. Februar

Hamann, Gertrud, geb. Kowallik, aus Lyck, Yorkstraße 1 b, jetzt Mecklenburger Straße 78, 23909 Ratzeburg, am 17. Februar

Hermann, Hilde, geb. Lopens, aus Groß Hoppenbruch, Kreis Heiligenbeil, jetzt Musfeldstraße 64, 47053 Duisburg, am 2. Februar

Nöske, Frieda, geb. Veithöfer, aus Sandau, Kreis Ebenerode, jetzt Melanchtonstraße 55, 41836 Hückelhoven, am 13. Februar

Siegmund, Ewald, aus Neuendorf, Kreis Wehlau, jetzt Römerstraße 12, 97475 Zeil, am 13. Februar

ZUM 85. GEBURTSTAG

Baumann, Erna, geb. Grzegorzewski, aus Birkenwalde, Kreis Lyck, jetzt Lübecker Straße 41, 23795 Bad Segeberg, am 12. Februar

Buttgereit, Herta, geb. Berger, aus Kreuzdorf, Kreis Treuburg, jetzt Am alten Hellweg 14, 33154 Salzkotten, am 15. Februar

Dornik, Friedel, geb. Tobin, aus Ludwigsort, Kreis Heiligenbeil, jetzt Nansenstraße 6, 67069 Ludwishafen, am 12. Februar

Drinda, Ruth, geb. Paulini, aus Garbassen, Kreis Treuburg, jetzt Ernst-Mühsam-Straße 32, 06886 Wittenberg, am 17. Februar

Fech, Agnes, geb. Hoffmann, aus Jägerkrug, Kreis Insterburg-Land, jetzt Langit Dörp 4, 24247 Hohenhude, am 13. Februar

Figur, Herta, geb. Tanski, aus Fürstenwalde, Kreis Ortelsburg, jetzt Weizenkamp 14, 49451 Holdorf, am 13. Februar

Frobel, Edith, geb. Eichert, aus Birkenmühle, Kreis Ebenrode, jetzt Hodenbergstraße 3, 29223 Celle, am 12. Februar

Glaub, Margarete, geb. Schulz, aus Nassawen, Kreis Ebenrode, jetzt Geschwister-Scholl-Weg 1, 27777 Ganderkesee, am 12. Februar

Goltz, Hildegard, geb. Goldin, aus Ludwigsort / Charlottental, Kreis Heiligenbeil, jetzt Ulmerstraße 26, 50739 Köln, am 2. Februar

Hohmann, Emmy, geb. Luka, aus Seehagen, Kreis Neidenburg, jetzt Mühlhäuserweg 132, 99974 Mühlhausen, am 14. Februar

Janz, Artur, aus Gronwalde, Kreis Elchniederung, jetzt Hauptstraße 23, 27308 Kirchlinteln, am 16. Februar

Jendrysik, Elsa, geb. Unruh, aus Germau, Kreis Samland, jetzt Unter dem Kiekenstein 55, 37603 Holzminden, am 14. Februar

Koch, Ursula, geb. Kienapfel, aus Wehlau, Allestraße, jetzt Am Weingarten 35, 49545 Tecklenburg, am 15. Februar

Killat, Hildegard, geb. Gerhardt, aus Lauken, Kreis Ebenrode, jetzt Maxstraße 34, 45127 Essen, am 12. Februar

Knippschild, Marie, geb. Bertsch, aus Groß Blumenau, Kreis Ortelsburg, jetzt Nordbuschweg 35 A, 26553 Dorum, am 16. Februar

Kühl, Hildegard, geb. Dzieran, aus Lötzen, jetzt Curiestraße 21, 99097 Erfurt, am 14. Februar

Ladda, Hedwig, geb. Schall, aus Lötzen, jetzt Wallstraße 37, 31224 Peine, am 17. Februar

Lagerpusch, Herbert, aus Birkenheim, Kreis Elchniederung, jetzt Unter den Ulmen 116, 47137 Duisburg, am 17. Februar

Lelewell, Herta, geb. Preuß, aus Lyck, Morgenstraße 33, jetzt Schubertstraße 3, 32584 Löhne, am 13. Februar

Nasner, Gerda, geb. Schulbach, aus Groß Nuhr, Kreis Wehlau, jetzt Graf-Emundus-Straße 6, 50374 Erftstadt, am 13. Februar

Neuwald, Leo, aus Rantau, Kreis Samland, jetzt Küstrinstraße 5, 38126 Braunschweig, am 18. Februar

Pankewitz, Willi, aus Schönhorst, Kreis Lyck, jetzt Diepenbrucher Straße 33, 42697 Solingen, am 16. Februar

Preuk, Thusnelda, geb. Ernst, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, jetzt Bahnhofstraße 17, 38470 Parsau, am 15. Februar

Rams, Georg, aus Königsberg, jetzt Auf der Haid 46, 79114 Freiburg, am 7. Februar

Reglitzky, Werner, aus Weißensein, Kreis Königsberg-Land, jetzt Krandelstraße 4 B, 27793 Wildeshausen, am 13. Februar

Ritthof, Gertrud, geb. Kowalzik, aus Seefrieden, Kreis Lyck, jetzt Billerbeckstraße 99, 58455 Witten, am 17. Februar

Runge, Elfriede, aus Kalgendorf, Kreis Lyck, jetzt Robert-Mayer-Straße 7, 71636 Ludwigsburg, am 13. Februar

Schätzke, Erna, geb. Zöllner, aus Augusthof und Kobulten, Kreis Ortelsburg, jetzt Kolpingstraße 21, 48329 Havixbeck, am 11. Februar

Schlenther, Alfred, aus Schneckenwalde, Kreis Elchniederung, jetzt Schluchweg 10, 78166 Donaueschingen, am 17. Februar

Sender, Walter, aus Willenberg-Abbau, Kreis Ortelsburg, jetzt Wassersdorf 55, 39646 Oebisfelde, am 14. Februar

Wöhler, Gerda, geb. Berg, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, jetzt Genossenschaftsstraße 11, 32052 Herford, am 15. Februar

ZUM 80. GEBURTSTAG

Baranski, Ingeburg, geb. Winkler, aus Lyck, Königin-Luisen-Platz 11, jetzt Elbinger Straße 15, 91207 Lauf, am 13. Februar

Barek, Heinz, aus Weißengrund, Kreis Ortelsburg, jetzt Hasenbaum 5, 45891 Gelsenkirchen, am 15. Februar

Becker, Erika, geb. Bobeth, aus Lyck, jetzt Triftstraße 162 a, 21075 Hamburg, am 16. Februar

Bernecker, Betty, geb. Tschischak, aus Elbings Kolonie, Kreis Elchniederung, jetzt Auf dem Stiegel 45, 72461 Albstadt, am 14. Februar

Beuder, Elisabeth, geb. Sukowski, aus Millau, Kreis Lyck, jetzt Parkweg 1 c, 23617 Stockelsdorf, am 16. Februar

Christiansen, Eva, Dr. med., geb. Rolinski, aus Ostseebad Cranz, Kreis Samland, jetzt Kartaus 3, 55131 Mainz, am 14. Februar

Deskau, Gertrud, geb. Bledau, aus Schwanis, Kreis Heiligenbeil, jetzt Brandenburger-Straße 16, 31275 Ahlten / Lehrte am 9. Februar

Dudek, Ilse, geb. Nüske, aus Lyck, Morgenstraße 14, jetzt Obertürkheimer Straße 54, 73733 Esslingen, am 18. Februar

Dziedzic, Elisabeth, aus Eisenberg, Kreis Heiligenbeil, jetzt 14-500 Braniewo / PL, Zelasna Gora 34, am 12. Februar

Eggert, Elisabeth, geb. Schröder, aus Paggehnen, Kreis Samland, jetzt Rathausstraße 64, 04416 Markkleeberg, am 12. Februar

Eisbrenner, Josefine, geb. Baran, aus Parnehnen, Agnesenhof, Kreis Wehlau, jetzt Hofstraße 25, 42549 Velbert, am 14. Februar

Fallik, Richard, aus Waiblingen, Kreis Lyck, jetzt Am Forsthaus Gravenbruch 57, 63263 Neu-Isenburg, am 15. Februar

Gottschling, Wolfgang, aus Neuendorf, Kreis Lyck, jetzt Robert-Koch-Straße 22, 56179 Vallendar, am 17. Februar

Grab, Hildegard, geb. Petrikat, aus Burgkampen, Kreis Ebenrode, jetzt Efringen Kirchen, 78955 Blaningen, am 16. Februar

Gries, Erika, geb. Kniest, aus Lengfriede, Kreis Ebenrode, jetzt Stiftskellerweg 39, 87439 Kemphen, am 12. Februar

Gritzan, Elfriede, geb. Kensy, aus Eckwald, Kreis Ortelsburg, jetzt Wiehagen 94, 45879 Gelsenkirchen, am 16. Februar

Haack, Adolf, aus Liekeim, Kreis Bartenstein, und Littersdorf, Kreis Königsberger Land, jetzt Bahnhofstraße 18, 99552 Röthenbach / Pegnitz, am 13. Februar

Janz, Hubert, aus Grünwiese, Kreis Elchniederung, jetzt Im Ellingsfeld 23, 53347 Alfter-Oedekoven, am 17. Februar

Lang, Mia, geb. Stelter, aus Kobilinnen, Kreis Lyck, jetzt Berliner Straße 212, 96215 Lichtenfels, am 12. Februar

Mai, Lieselotte, geb. Grutschkuhn, aus Dammerau, Kreis Ebenrode, jetzt Neuendorf, 17391 Janow, am 14. Februar

Ponzelar, Ruth, geb. Mroß, aus Binien, Kreis Lyck, jetzt Steckendorfer Straße 118, 47798 Krefeld, am 12. Februar

Reypa, Julius, aus Allenbruch, Kreis Lötzen, jetzt Birkenweg 4, 16909 Wittstock, am 16. Februar

Rimkus, Elfriede, geb. Ruddies, aus Fichtenberg, Kreis Tilsit-Ragnit, jetzt Pflaumenstieg 5, 22175 Hamburg, am 14. Februar

Rippke, Heinz, aus Deschen, Kreis Elchniederung, jetzt Industriestraße 28, 47226 Duisburg, am 17. Februar

Schmitt, Eva-Maria, geb. Just, aus Insterburg, jetzt Clemens-August-Straße 5, 97980 Bad Mergentheim, am 18. Februar

Schultze, Udo, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, jetzt Bodestraße 102, 16341 Panketal, am 16. Februar

Schwalbe, Helene, geb. Genellus, aus Grünfließ, Kreis Neidenburg, jetzt Anne-Frank-Weg 2, 14513 Teltow, am 13. Februar

Schwiderrek, Kurt, aus Wittingen, Kreis Lyck, jetzt Im Hirtenberg 10, 56377 Nassau, am 17. Februar

Slottki, Günther, aus Neidenburg, Markt 37, jetzt Paul-Ehrlichstraße 5, 84513 Pürking, am 13. Februar

Thamke, Edith, geb. Kriszun, aus Seehuben, Kreis Schloßberg, jetzt Neupanekow 1, 17179 Altkalen, am 13. Februar

Werbun, Helmut, aus Preußenwall, Kreis Ebenrode, jetzt Heinestraße 13, 15745 Wildau, am 14. Februar

Wiechert, Siegfried, aus Bladiau, Kreis Heiligenbeil, jetzt Hüttenstraße 3, 38707 Altenau, am 12. Februar

ZUR GOLDENEN HOCHZEIT

Ewert, Gerhard, und Frau Edith, geb. Brews, aus Schönlinde und Bladiau, Kreis Heiligenbeil, jetzt Grenzweg 2 A, 46562 Voerde, am 16. Februar

Diavortrag

Bremerhaven – Einen Diavortrag unter dem Titel: „Bilderreise ins Naturparadies Masuren“ hält Wernfried Lange am 13. März, 19 Uhr, im Vortragssaal des Deutschen Schiffahrtsmuseums Bremerhaven. Der Eintritt beträgt 6 Euro. Veranstalter ist der Lions Club Bremerhaven Carlsburg, der mit dem Erlös Hilfsaktionen in Masuren unterstützt.

»Ich singe Ihr Lied«

Hamburg – Für sein nächstes Projekt „Weihnachten 2007“ sucht der Heimatsänger „BernStein“ Lieder und Gedichte aus dem Kreise seiner Zuhörer. Es geht ihm um Weihnachtslieder, gesungen zur Gitarre, zum Klavier, zum Akkordeon oder vielleicht noch zur Orgel. Die Geschichte sollten erzählen von der Vorfreude auf das Weihnachtsfest, dem Tannenbaum, dem verschneiten Ostpreußen, der Weihnachtsgans oder vielleicht sogar von der damaligen Not. Von besinnlich bis heiter möchte „BernStein“ den Bogen spannen, wobei der Humor nicht fehlen sollte. Insgesamt sollten die Lieder und Gedichte einen erkennbaren Bezug zu Ostpreußen haben. Wer ein Lied oder ein Gedicht beitragen will, sende dieses bitte an: Konzertbüro Krutzinna, Steindamm 37, 23623 Ahrensböck, Telefon (0 45 25) 17 64, E-Mail: bernstein1947@aol.com.

Veranstaltungskalender der Landsmannschaft Ostpreußen

24. Februar: Gedenkveranstaltung „Auflösung Preußen“ in Berlin.
10. / 11. März: Arbeitstagung der Kreisvertreter in Bad Pyrmont.
13. bis 15. April: Kulturreferentenseminar in Bad Pyrmont.
5. / 6. Mai: Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden in Bad Pyrmont.
28. bis 30. September: Geschichtsseminar in Bad Pyrmont.
16. bis 22. Oktober: 53. Werkwoche in Bad Pyrmont.
26. bis 28. Oktober: Seminar der Schriftleiter in Bad Pyrmont.
3. / 4. November: Ostpreußische Landesvertretung in Bad Pyrmont.
5. bis 9. November: Politisches Seminar für Frauen in Bad Pyrmont.

Nähere Auskünfte erteilt die Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Parkallee 84 / 86, 20144 Hamburg, Telefon (0 40) 41 40 08 26. Auf die einzelnen Veranstaltungen wird in der Preußischen Allgemeine Zeitung / Das Ostpreußenblatt *noch gesondert hingewiesen. Änderungen vorbehalten.*

Hörfunk & Fernsehen

Sonntag, 11. Februar, 9.20 Uhr, WDR 5: Alte und Neue Heimat.

Sonntag, 11. Februar, 17.30 Uhr, ARD: Plötzlich ist dein Kind weg – Drei Familien beim Kampf um ihre Kinder.

Sonntag, 11. Februar, 19.30 Uhr, ZDF: ZDF-Expedition – Tauchfahrt in die Vergangenheit.

Sonntag, 11. Februar, 20.10 Uhr, n-tv: Silber für Stalin – Die Bergung der SS John Barry.

Montag, 12. Februar, 22.55 Uhr, VOX: Vom Hühnerauge bis zum Herzinfarkt – Patientenflut und die Folgen der Gesundheitsreform.

Montag, 12. Februar, 23.05 Uhr, Arte: Scary – Furchterregend. TV-Dokumentation über einen eigenwilligen Friedensapostel.

Mittwoch, 14. Februar, 20.40 Uhr, Arte: Il Duce und seine Faschisten (1/2).

Mittwoch, 14. Februar, 22.05 Uhr, N24: Hitlers Atlantikwall.

Donnerstag, 15. Februar, 20.15 Uhr, NDR: Länder – Menschen – Abenteuer: Östlich der Oder.

Freitag, 16. Februar, 20.15 Uhr, 3sat: Joseph Goebbels – Der Propagandachef.

Freitag, 16. Februar, 20.15 Uhr, Hessen: Ostpreußens Küste.

Freitag, 16. Februar, 21.45 Uhr, Hessen: Ostpreußens Zauberwald.

AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben.



ELCH-NIEDERUNG

Kreisvertreter: Manfred Romeike, Anselm-Feuerbach-Str. 6, 52146 Würselen, Telefon / Fax (0 24 05) 7 38 10. Geschäftsstelle: Hartmut Dawideit, Telefon (03 42 03) 3 35 67, Am Ring 9, 04442 Zwenkau.

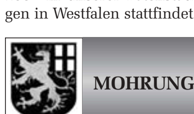
Ortsspieltreffen Inse – Das diesjährige Ortsspieltreffen Inse findet wieder in Steinhude am Steinhuder Meer in Niedersachsen, jedoch in diesem Jahr im Hotel Schaumburger Hof statt. Es beginnt am 4. Mai, 10 Uhr, und wird drei Tage dauern. Anmeldungen werden erbeten an das Hotel Schaumburger Hof, Graf-Wilhelm-Straße 22, 31515 Steinhude, Telefon (0 50 33) 15 70, oder bei Kirchspielvertreterin Ruth Woldeit, Schottenweg 23, 44379 Dortmund, Telefon (02 31) 67 01 60.



LYCK

Kreisvertreter: Gerd Bandilla, Agnes-Miegel-Straße 6, 50374 Erftstadt-Friesheim. Stellvertreter und Karteiwart: Siegmar Czerwinski, Telefon (0 22 25) 51 80, Quittenstraße 2, 53340 Meckenheim. Kreisältester: Alfred Masuhr, Reinickendorfer Straße 43a, 22149 Hamburg

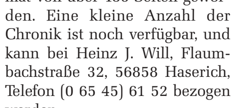
Regionaltreffen in Lübeck – Am Sonntag, 22. April findet im Hotel Mövenpick am Holstentor in Lübeck wieder das alljährliche Regionaltreffen der Lycker statt. Beginn: 10 Uhr, Ende 16 Uhr. Der Vorstand der Kreisgemeinschaft Lyck lädt hierzu herzlich ein und hofft auf rege Teilnahme. Das Treffen ist insbesondere für die Lycker Landsleute gedacht, die in Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern, Hamburg und im nördlichen Niedersachsen wohnen und denen die Anreise zum Haupttreffen nach Hagen in Westfalen zu beschwerlich ist. Kreisvertreter Bandilla wird anwesend sein. Es wird jetzt schon darauf hingewiesen, daß das Lycker Haupttreffen am 18. und 19. August 2007 in unserer Patenstadt Hagen in Westfalen stattfindet.



MOHRUNGEN

Kreisvertreter: Günter Dombrowski, Portweg 12, 31863 Coppenbrügge, Telefon und Fax (0 51 56) 16 33. Kulturreferentin: Gisela Harder, Moorfleeter Deich 395, 22113 Hamburg, Telefon (0 40) 7 37 32 20

Ortschronik – Für Kahlau, Kreis Mohrungen, hatten die Lehrer Friedrich Kopitzki und Benno Eichler die Chronik des Dorfes, verbunden mit der Frühlingsgeschichte Pomesaniens und eigenen Erinnerungen, aufgeschrieben. Bauer Otto Strauß und seine Helfer haben nach dem Krieg mit viel Mühe eine Liste aller Dorfbewohner, der Gefallenen, Vermißten und Verschleppten so akkurat wie möglich erforscht und zusammengestellt und auch noch eigene Erlebnisse und Geschichten hinzugefügt. Ergänzt wird die Chronik durch ein großen Dorfplan, Fotos und Ansichtskarten. Dadurch ist ein informatives und interessantes Lesebuch der Heimat von über 180 Seiten geworden. Eine kleine Anzahl der Chronik ist noch verfügbar, und kann bei Heinz J. Will, Flaumbachstraße 32, 56858 Haserich, Telefon (0 65 45) 61 52 bezogen werden.



PREUSSISCH HOLLAND

Kreisvertreter: Bernd Hinz. Geschäftsstelle: Gudrun Collmann, Telefon (0 48 23) 85 71, Allee 16, 25554 Wilster

Ortschronik – Von der Gemeinde Steegen mit Steegenhufen und Wickerau hatte Fritz Lerbs – viele Jahre zuständiger Ortsvertreter – eine ausführliche Chronik, auch mit Informationen zum Kirchspiel Marienfelde, von rund 200 Seiten Umfang mit vielen Bildern zusammengestellt. Eine kleine Anzahl der Chronik ist noch verfügbar, und kann bei Heinz J. Will, Flaumbachstraße 32, 56858 Haserich, Telefon (0 65 45) 61 52 bezogen werden.



RASTENBURG

Kreisvertreter: Hubertus Hilgendorff, Tel. (0 43 81) 43 66, Dorfstr. 22, 24327 Flehm. Gst.: Patenschaft Rastenburg: Kaiserring 4, 46483 Wesel, Tel. (02 81) 2 69 50

Reise der Kreisgemeinschaft – Die nächste Fahrt findet vom 2. bis 10. Juni statt. Die Reise geht über Berlin, die Kaschubische Schweiz, Danzig weiter nach Rastenburg. Vom Rastenburger Hotel Koch werden wir Lötzen, Nikolaiken, Allenstein und die Johannisburger Heide besuchen. Zudem sind zwei Tage für die individuelle Gestaltung in Rastenburg vorgesehen, die es Ihnen ermöglicht, die Stadt und den Kreis zu befahren und alte wie neue Freunde zu treffen. Nutzen Sie den Kontakt der mitreisenden „Alt-Rastenburger", die Ihnen gerne über die Geschichte von Stadt und Kreis berichten werden. Informationen und Anmeldungen in der Geschäftsstelle Wesel, Telefon (02 81) 2 69 50, Dienstag und Freitag, 8 bis 12 Uhr. Zur Einstimmung empfehlen wir den Bildband von D. B. Wulf und R. Tiesler „Das war unser Rastenburg", erhältlich bei der Geschäftsstelle in Wesel für 20 Euro.

Ermländertreffen

Ludwigshafen – Ein Ermländertreffen findet am Sonntag, 4. März, 14 Uhr, in der St. Hedwigskirche, Brandenburger Straße 1-3, Ludwigshafen-Gartenstadt, statt. Es beginnt mit der Eucharistiefeier um 14 Uhr. Anschließend trifft man sich zum gemütlichen Beisammensein im Pfarrheim. Kuchenspenden sind erbeten.



TILSIT–STADT

Stadtvertreter: Horst Mertineit. Geschäftsstelle: Telefon (04 31) 7 77 23 (Anrufbeantworter), Diedrichstraße 2, 24143 Kiel

Der 36. Tilsiter Rundbrief – ist bereits Ende November 2006 erschienen und an alle uns bekannten Adressen verschickt worden. Wie wir auch in diesem Jahr erfahren mußten, haben nicht alle Exemplare ihre Empfänger erreicht. „Haben Sie mich diesmal vergessen?" Diese Anfrage konnte die Stadtgemeinschaft Tilsit mit „nein" beantworten und einen weiteren Tilsiter Rundbrief diesem Personenkreis zuschicken. Interessenten, die den Tilsiter Rundbrief bisher nicht erhalten haben, wenden sich bitte an die Stadtgemeinschaft Tilsit, Diedrichstraße 2, 24143 Kiel. Postkarte genügt. Es sind noch genügend Exemplare vorhanden. Leider haben sich bei einigen Exemplaren etliche Seiten aus der Leimbindung gelöst. Wir liefern Ersatz. Kennen Sie Personen, die den Rundbrief bisher nicht erhalten haben oder daran interessiert sind? Wir verschicken unsere Veröffentlichungen auch ins Ausland. Der 36. Tilsiter Rundbrief hat einen Umfang von 184 Seiten im Format A 5 und berichtet unter anderem über die Heimkehr des Tilsiter Elchstandbildes aus dem Königsberger Tiergarten nach Tilsit, über die feierliche Einweihung des erweiterten und neugestalteten Waldfriedhofes, über Heimatkundliches und über besondere Erlebnisse von ostpreußischen Landsleuten. Hingewiesen wird außerdem auf eine Flugreise und eine zeitgleiche Busreise im Juli nach Tilsit und Rauschen mit jeweils gleichem Programmablauf. Durch einen Übertragungsfehler wurde im Tilsiter Rundbrief für die Bus-Sonderreise ein falscher Preis ausgedruckt. Entgegen jener falschen Preisangabe vermindert sich der Reisepreis um 78 Euro.



TILSIT-RAGNIT

Kreisvertreter: Hartmut Preuß, Hordenbachstraße 9, 42369 Wuppertal, Tel. (02 02) 4 60 02 34, Fax (02 02) 4 96 69 81. Geschäftsstelle: Helmut Pohlmann, Tel. (0 46 24) 45 05 20, Fax (0 46 24) 29 76, Rosenstraße 11, 24848 Kropp

Hauptkreistreffen mit Neuwahlen – Die Kreisgemeinschaft lädt herzlich ein zum Hauptkreistreffen und Wahl des neuen Kreistages. Wir treffen uns am 17. März im Seminaris Hotel Lüneburg, Soltauer Straße 3, 21316 Lüneburg, Telefon (0 41 31) 71 30. Die zentrale Lage Lüneburgs haben wir vor allem deshalb gewählt, um möglichst vielen Mitgliedern und Gästen die Anreise und Teilnahme auf kurzem Wege zu erleichtern. Folgendes Programm ist vorgesehen: 9 Uhr, Einlaß; 10 Uhr, Jagdhornbläsergruppe Lüneburg, Eröffnung und Begrüßung durch den Heimatkreisvertreter, Totenehrung.

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 20

Landsmannschaftliche Arbeit Landesgruppen



BUND JUNGES OSTPREUSSEN

Vors.: Jochen Zauner Geschäftsstelle: Parkallee 86, 20144 Hamburg, Tel. (0 40) 41 40 08 24, Fax (0 40) 41 40 08 48, E-Mail: knapstein@gmx.de

Bundestreffen – Die BdV-Nachwuchsorganisationen veranstalten 2007 ein Bundestreffen im Ostheim, Bad Pyrmont, vom 20. bis 22. April. Anmeldungen an E-Mail: bjo@ostpreussen-info.de



BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (07 11) 85 40 93, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (07 11) 6 33 69 80

Pforzheim – Sonntag, 11. Februar, 14.30 Uhr, Heimattreffen der Gruppe im evangelischen Gemeindehaus, Fritz Neuertstraße 32, Eutingen. Es soll ein gemütliches Zusammensein bei Kaffee, Kuchen und anderen Speisen sowie Getränken werden. Mitglieder und Gäste sind herzlich eingeladen. Renate Großmann und Christel Müller tragen Gedichte und Geschichten vor. Heinz Weißflog sorgt auf seinem Akkordeon für die musikalische Umrahmung. Höhepunkt der Veranstaltung ist die Vorführung des Videofilms: „Das Ermland und Masuren“.

Schwenningen – Montag, 19. Februar, 10.15 Uhr, Fahrt der Wandergruppe zum Rosenmontagsumzug nach Bad Dürrheim. Treffpunkt ist am Bahnhof in Schwenningen.



BAYERN

Vors.: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (08 21) 51 78 26, Fax (08 21) 3 45 14 25, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de

Ansbach – Sonnabend, 24. Februar, 15 Uhr, Besuch des Schloßkino-Studio. Dort wird der Film: „Königin Luise von Preußen“ gezeigt. Eintritt für Mitglieder 5 Euro, Nichtmitglieder 7 Euro.

Bamberg – Mittwoch, 21. Februar, 15 Uhr, Heimattreffen der Gruppe in der Gaststätte Tambosi, Promenade.

Erlangen – Dienstag, 20. Februar, 14.30 Uhr, Treffen der Frauengruppe im Freizeitzentrum Frankenhof, Raum 20, Südliche Stadtmauerstraße 35, 91054 Erlangen.

Kempten – Sonnabend, 24. Februar, 15 Uhr, Heimattreffen der Gruppe im „Petershof“, Salzstraße 1, Kempten.

Landshut – Dienstag, 20. Februar, 14 Uhr, Treffen der Gruppe im Gasthaus Insel. Motto der Zusammenkunft: „Gaudi im Gasthaus Insel“.

Memmingen – Mittwoch, 21. Februar, 15 Uhr, Heimatnachmittag der Gruppe im Hotel Weißes Roß.

München – Freitag, 9. Februar, 14 Uhr, Zusammenkunft der Frauengruppe im Haus des Deutschen Ostens, Am Lilienberg 5, 81669 München. – Sonnabend, 24. Feb-ruar, 14.30 Uhr, Heimattreffen der Gruppe im Haus des Deutschen Ostens, Am Lilienberg 5, 81669 München. Hansjürgen Kudczinski hält einen Diavortrag mit Bildern von seiner Reise nach Nordostpreußen im letzten Jahr. Es gibt eine gemeinsame Kaffeetafel.



BERLIN

Vors.: Hans-Joachim Wolf, Telefon (03 37 01) 5 76 56, Habichtweg 8, 14979 Großbeeren. Geschäftsführung: Telefon (0 30) 2 16 43 38, Großgörschenstraße 38, 10827 Berlin

HEIMATKREISGRUPPE



Schloßberg (Pillkallen) – Dienstag, 20. Februar, 13.30 Uhr, Faschingsfeier der Gruppe im „Haus des Älteren Bürgers“, Werbellinstraße 42, 12053 Berlin-Neukölln. Zu erreichen mit den U-Bahn-Linien U7 und U8 sowie den Bussen der Linie 104 und 194.



Angerburg – Donnerstag, 22. Februar, 14 Uhr, „Oase Amera“, Borussiastraße 62, 12103 Berlin. Lustiger Nachmittag mit Vorträgen. Anfragen: Marianne Becker, Telefon 7 71 23 54.



Darkehmen – Donnerstag, 22. Februar, 14 Uhr, „Oase Amera“, Borussiastraße 62, 12103 Berlin. Lustiger Nachmittag mit Vorträgen. Anfragen: Marianne Becker, Telefon 7 71 23 54.



Goldap – Donnerstag, 22. Februar, 14 Uhr, „Oase Amera“, Borussiastraße 62, 12103 Berlin. Lustiger Nachmittag mit Vorträgen. Anfragen: Marianne Becker, Telefon 7 71 23 54.



BRANDENBURG

Landesvorsitzender: Horst Haut, Oranienburger Chaussee 7, 16515 Schmachtenhagen, Telefon und Fax (0 33 01) 80 35 27. Ehrenvorsitzender: Georg Vögerl, Buggestraße 6, 12163 Berlin, Telefon (0 30) 8 21 20 96, Fax (0 30) 8 21 20 99

Landesgruppe – Mittwoch, 14. Februar, 17.30 Uhr, Vortragsveranstaltung im Kapitelsaal der St. Petri-Domgemeinde Bremen. Barbara Sandmann referiert über die ostpreußische Dichterin Agnes Miegel. Die Veranstaltung wird von der Landesgruppe gemeinsam mit dem Bund der Vertriebenen, Landesverband Bremen, durchgeführt. Landsleute der anderen Landsmannschaften und Gäste sind herzlich willkommen. Der Eintritt ist frei.

Bremerhaven – Dienstag, 20. Februar, 14 Uhr, Treffen der Frauengruppe im „Barlach-Haus“. Es wird Fastnacht gefeiert. – Helmut Gutzeit, Vorsitzender der Landesgruppe, hatte zum Neujahrsempfang mit Gedankenaustausch eingeladen. Neben 17 Bremer Ostpreußen-Prominenten waren aus Bremerhaven Kassenwart Wolfgang Paul und Schriftführerin Barbara Sandmann erschienen. Besonders begrüßt wurde das Ehepaar Bäsmann, das einen Förderverein zur Rettung der völlig zerstörten Allenburger Kirche gegründet hat und sich intensiv um den Heimatort von Ute Bäsmann kümmert. Gutzeit ließ das vergangene Jahr Revue passieren und erinnerte an die vielen gemeinsamen Veranstaltungen. Barbara Sandmann berichtete von der Auflösung der BdV-Ortsgruppe Bremerhaven und von den Aktivitäten der dortigen Ostpreußen, ganz besonders über die Feierlichkeiten anläßlich des 80. Stiftungsfestes. Ute Bäsmann referierte ausführlich über ihr Leben im alten Fährhaus an der Allee in ihrem Geburtsort Allenburg in der Nähe von Friedland. Durch ihre und die Initiative ihres Mannes konnte der marode Kirchturm renoviert, ein kleines Museum eingerichtet sowie viele Verbesserungen innerhalb der Ortschaft durchgeführt werden. Auch Günter Högemann, Kulturwart der Landesgruppe und Vorsitzender der Gruppe Lesum-Vegesack, berichtete über die Aktivitäten des vergangenen Jahres. Es wurde einstimmig beschlossen, am 11. Mai, 16 Uhr, die Jahreshauptversammlung der Landesgruppe in Bremerhaven abzuhalten. Vorgesehener Tagungsort ist das Ernst-Barlach-Haus am Holzhafen.



HAMBURG

Vors.: Hartmut Klingbeutel, Kippingstraße 13, 20144 Hamburg, Telefon (0 40) 44 49 93, Mobiltelefon (01 70) 3 10 28 15. Stellvertreter: Walter Bridszuhn, Friedrich-Ebert-Damm 10, 22049 Hamburg, Telefon / Fax (0 40) 6 93 35 20.

HEIMATKREISGRUPPEN



Heiligenbeil – Sonntag, 11. Februar, 14 Uhr, Jahreshauptversammlung im Seniorentreff, Am Gojenboom. Sie erreichen den Seniorentreff mit der U-Bahnlinie 3, Richtung Mümmelmannsberg bis zur Station Horner Rennbahn, Ausgang Am Gojenboom. Anmeldung bis zum 9. Februar bei Lm. Wien, Telefon (0 41 08) 49 08 60. Kostenbeitrag für Kaffee und Kuchen 3 Euro.



Insterburg – Mittwoch, 7. März, 14 Uhr, Treffen der Gruppe im Hotel Zum Zeppelin, Frohmestraße 123-125, 22459 Hamburg. Es gibt ein Frühlingsfest mit Gedichten und Liedern.



Osterode – Sonnabend, 17. Februar, Knappenfest im Restaurant Krohn, Fuhlsbüttler Straße 757, direkt am Bahnhof Ohlsdorf. Bei Musik mit Liedern zum Mitsingen wird in froher Runde in den Karneval geschunkelt. Der Eintritt ist frei, ein Kaffeegedeck kostet 6,50 Euro. Gäste sind herzlich willkommen.



Sensburg – Sonntag, 18. Februar, 15 Uhr, gemütliches Beisammensein der Gruppe im Polizeisportheim, Sternschanze 4, 20357 Hamburg. Gäste sind herzlich willkommen.

BEZIRKSGRUPPEN

Billstedt – Dienstag, 6. Februar, 15 Uhr, Treffen im Restaurant „Für'n Appel und 'n Ei“, Möllner Landstr. 27, Billstedt (im Ärztehaus am Marktplatz). Die Treffen sind kultureller Natur (Heimatgeschichte, Literatur, Erlebniserzählungen, Plachandern, Ausflüge

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 20

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung

und anderes mehr). Gäste sind herzlich willkommen. Kontakt: Annelie Papiz, Telefon (0 40) 73 92 60 17.

Harburg / Wilhelmsburg – Montag, 26. Februar, 15 Uhr, Heimatnachmittag im Gasthaus Waldquelle, Höpenstraße 88, Meckelfeld. Es gibt einen Diavortrag: „Ostpreußenreise 1937 – Marienburg, Weichselland, Königsberg, Tannenberg-Fahrt, Oberland, Frisches Haff und das Ermland“.

SALZBURGER VEREIN

Sonnabend, 10. Februar, 13 Uhr, Treffen der Gruppe im Hotel St. Raphael, Adenauer Allee 41, Hamburg. Es gibt Informationen über das Treffen in Berlin und eventuell in Wittenberg. Besonderer Höhepunkt wird ein Vortrag von Ruth Geede sein.



HESSEN

Vors.: Margot Noll, geb. Schimanski, Am Storksberg 2, 63589 Linsengericht, Telefon (0 60 51) 7 36 69

Darmstadt – Donnerstag, 22. Februar, 17.30 Uhr, Treffen der Gruppe zum Stammtisch im Restaurant Kleinfeldchen, Hollerbornstraße 9, Wiesbaden. Ein großes Herings-Büfett erwartet die Teilnehmer. Es kann auch nach der Speisekarte bestellt werden. Bitte bis Freitag, 16. Februar bei Familie Schetat anmelden, Telefon (0 61 22) 1 53 58. Auch wer keinen Hering essen möchte, melde sich für die Platzdisposition bitte an.



MECKLENBURG-VORPOMMERN

Vors.: Manfred F. Schukat, Hirtenstraße 7 a, 17389 Anklam, Telefon (0 39 71) 24 56 88

Anklam – Sonnabend, 24. Februar, 10 Uhr (Ende 17 Uhr), findet ein großes Heimattreffen „Westpreußen und Danzig“ in der Mehrzweckhalle „Volkshaus“, Baustraße 48 / 49 (Stadtzentrum, Nähe Markt), Anklam statt. Zu diesem Wiedersehen sind alle Heimatfreunde und Interessenten von nah und fern mit Angehörigen sehr herzlich eingeladen. Hans-Jürgen Kämpfert, Vorsitzender der „Kopernikus-Vereinigung“, berichtet Wissenswertes aus der Heimat in Wort und Bild. Vorgestellt werden auch zwei Busreisen vom 29. April bis 6. Mai nach Danzig und Lötzen sowie vom 3. bis 7. Juli nach Thorn, Graudenz, Marienwerder, Bromberg, Gnesen und Posen. Die Usedomer Jagdhornbläser haben ein ansprechendes Kulturprogramm vorbereitet. Für Mittagessen, Kaffee und Kuchen sowie genügend Parkplätze ist wie immer gesorgt.

Güstrow – Auf Einladung der örtlichen Landsmannschaft trafen sich fast 100 Ostpreußen in der Gaststätte Hansabad. Ehrengast war der Landesvorsitzende Manfred Schukat. Er zeichnete zum zehnjährigen Bestehen der Gruppe Güstrow drei Verantwortliche für ihren unermüdlichen Einsatz mit der Silbernen Ehrennadel der Landsmannschaft Ostpreußen aus: Hildegard Neumann aus Wolfsdorf (Kreis Heilsberg) richtet seit zehn Jahren mit viel Liebe die großen Ermländer Heimattreffen in der Katholischen Kirche Güstrow aus, während Helga Pundt aus Schloßberg / Pillkallen und Hans-Jürgen Skoeries aus Tilsit in großer Treue die monatlichen Ostpreußentreffen im Hansabad organisieren. Zur Feier des Tages spendierte der Landesvorsitzende eine Saalrunde Bärenfang, das ostpreußische „Nationalgetränk“. Im Anschluß zeigte Friedhelm Schülke mit einem neuen Digital-Projektor (Beamer) die schönsten Aufnahmen des letzten Jahres von den Busreisen nach Ostpreußen und Pommern sowie vom Landestreffen in Neubrandenburg. Für dieses Wiedersehen mit der Heimat in Wort und Bild erhielt der Referent reichlich Applaus von den Landsleuten, denn viele können aus Altersgründen nicht mehr nach Ostpreußen fahren.



NIEDERSACHSEN

Vors.: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Tel. (0 41 31) 4 26 84. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstr. 30 b, 31275 Lehrte, Tel. (0 51 32) 49 20. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Str. 122, 29223 Celle, Tel. (0 51 41) 93 17 70. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Tel. (05 31) 2 50 93 77. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Tel. (0 59 01) 29 68. Bezirksgruppe Hannover: Christine Gawronski, Zilleweg 104, 31303 Burgdorf, Tel. (0 51 36) 43 84

Göttingen – Sonnabend, 10. Februar, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Gasthaus Zur Linde, Geismar. Im Anschluß an die Jahreshauptversammlung findet das traditionelle Grützwurstessen statt.

Oldenburg – Mittwoch, 14. Februar, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Stadthotel Eversten. Renate und Detlef Lubenau halten einen Diavortrag: „Griechenland – Farbe und Licht“ über ihre Wohnwagenreise. Mitglieder und Freunde sind herzlich eingeladen.

Osnabrück – Donnerstag, 22. Februar, 15 Uhr, „Literaturkreis“ in der Gaststätte Bürgerbräu.

Rinteln – Bei der diesjährigen Jahreshauptversammlung der Gruppe Rinteln standen auch Vorstandswahlen auf der Tagesordnung. Nach dem Jahresbericht des Vorsitzenden Ralf-Peter Wunderlich, in dem er besonders auch auf die interessanten Vorträge bei den Monatsveranstaltungen sowie die zahlreichen Eintritte einging, fand eine sehr rege Aussprache aus. Die anschließenden Wahlen bestätigten Ralf-Peter Wunderlich als Vorsitzenden, Friedhelm Gorski als Stellvertreter, Hannelore Wunderlich als Kassiererin und Joachim Rebuschat als Schriftführer. Außerdem faßte die Versammlung auf Vorschlag des Vorsitzenden den Beschluß, daß Mitglieder der Ortsgruppe werden können: Ostpreußen, Westpreußen, Danziger, deren Ehegatten, Hinterbliebene und Abkömmlinge. Das bedeutet natürlich, daß andere Interessierte als Gäste bei den Vortragsveranstaltungen weiterhin herzlich willkommen sind.



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vors.: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Werstener Dorfstr. 187, 40591 Düsseldorf, Tel. (02 11) 39 57 63. Postanschrift: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (0 29 64) 10 37, Fax (0 29 64) 94 54 59

Landesgruppe – Sonnabend, 10. März, 10 Uhr, Frühjahrs-Delegierten-, Kultur- und Frauentagung der Landesgruppe findet wieder in Oberhausen statt. der Vorstand bittet um zahlreiches Erscheinen, da Wahlen anstehen. Hen. Heinz Schön hat sein kommen zugesagt, und wird über die Forschung zum „Bernsteinzimmer“ berichten. Es wird um regen Besuch von Landsleuten, Jugend und Gästen – wie in den Jahren zuvor – gebeten.

Bielefeld – Sonnabend, 24. Februar, 15 Uhr, Treffen der Gruppe in der Wilhelmstraße 13, 6. Stock. Es findet ein „Chanson-Nachmittag“ mit Frank Bothe und Ingrid Stein am Klavier statt. Gäste sind herzlich willkommen.

Bonn – Sonnabend, 24. Februar, 20 Uhr, Winterfest der Gruppe im Saal des „Brücken-Froum“, Bonn-Beuel, unter dem Motto: Halali in der Rominter Heide“ mit großer Tombola. Preis für die Eintrittskarten 17 Euro, Jugendliche 10 Euro. Kartenvorverkauf: Wolsdorff Tobacco, Poststraße 24. Es gibt auch an der Abendkasse Karten. Das Winterfest ist ein Tanzabend, ein bunter Abend mit Programm, ein Treffpunkt für die Freunde Ostpreußens aus dem ganzen Land. Mitwirkende: Jagdhornbläsergruppe Bonn-Beuel, Standard Tänze (Tanzpaar Distelmeier), Zauberer Manfred Drekker, Sketche und anderes. Durch den Abend führt Manfred Ruhnau. Weitere Auskünfte erteilt Manfred Ruhnau, Telefon (0 22 41) 31 13 95.

Dortmund – Montag, 19. Februar, 14.30 Uhr, Heimatnachmittag der Gruppe in den Heimatstuben der Landgrafenschule Ecke Märkische Straße / Landgrafenstraße.

Düsseldorf – Dienstag, 20. Februar, 15 Uhr, Frauennachmittag im Ostpreußenzimmer (Raum 412) des GHH. – Donnerstag, 22. Februar, 19.30 Uhr, „Offenes Singen“ im Ostpreußenzimmer (Raum 412) des GHH.

Münster – Sonnabend, 24. Februar, 15 Uhr, Jahreshauptversammlung der Gruppe im Stadthotel Kolping, Ägidiistraße 21. Anschließend wird ein interessanter Film über Ostpreußen gezeigt.

Witten – Donnerstag, 22. Februar, 15.30 Uhr, Heimatnachmittag der Gruppe. Ein Quiz: „Deutung ostpreußischer Dialektwörter, Frohsinn in Liedern“ wird die Teilnehmer erheitern.



SACHSEN-ANHALT

Vors.: Bruno Trimkowski, Hans-Löscher-Straße 28, 39108 Magdeburg, Telefon (03 91) 7 33 11 29

Dessau – Montag, 19. Februar, 14.30 Uhr, Treffen der Singgruppe in der Begegnungsstätte „H. Rühmann“.

Magdeburg – Dienstag, 20. Februar, 13.30 Uhr, Treffen der Handarbeitsgruppe „Stickerchen“, Immermannstraße 19. – Dienstag, 20. Februar, 15 Uhr, Bowling im Lemsdorfer Weg. – Freitag, 23. Februar, 16 Uhr, Singproben im „TuS“ Neustadt.



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner. Geschäftsstelle: Tel. (04 31) 55 38 11, Wilhelminenstr. 47/49, 24103 Kiel

Bad Schwartau – Sonnabend, 10. Februar, 20 Uhr, „Winterfest der Ostpreußen“ im Waldhotel Riesebusch, Sonnenweg 1, Bad Schwartau. Wie auch in den vergangenen Jahren gibt es wieder flotte Musik, eine reichhaltige Tombola, die keine Wünsche offen läßt, und viele Überraschungen. Gäste sind wie immer herzlich willkommen sowie alle Freunde und Mitglieder der Gruppe. Karten zu 7 Euro erhalten Sie bei den bekannten Vorverkaufsstellen in bad Schwartau: Fashion Corner, Markttwiete 6 sowie bei der Lotto- und Totoannahmestelle Schubert, Cleverhofer Weg 120. Telefonische Anmeldungen bitte bei Günter Löhmann, Telefon (04 51) 2 38 11 oder Regina Gronau, Telefon (04 51) 2 67 06. An der Abendkasse kostet die Karte 8 Euro.

Mölln – Die Vorsitzende Irmingard Alex begrüßte die zahlreichen Gäste der ersten Monatsversammlung dieses Jahres. Dabei laß sie auch Briefe bereits verzogener Mitglieder vor. Anschließend hielt Hans-Jürgen Kämpfert einen Diavortrag über die Kurische Nehrung. Die Reise ging von Königsberg, von wo Aufnahmen des Doms, der ehemaligen Börse und der Luisenkirche gezeigt wurden, über die Kurische Nehrung ins Memelland. Der südliche Teil der Nehrung ist russisch verwaltet und steht unter Naturschutz, der nördliche steht unter litauischer Verwaltung und wird touristisch genutzt. Auf diesem schmalen Landstreifen befinden sich die höchsten Dünen Europas. Thomas Mann hatte ein Haus in Nidden, welches jetzt von der litauischen Universität betreut wird. In früherer Zeit führte über die Nehrung die Poststraße von Berlin über Königsberg, Memel bis nach St. Petersburg. Königin Luise floh auf

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 21

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung

Grußworte Stadt Lüneburg, Lesung von Betty Römer-Götzelmann; 11 Uhr, Vortrag über das Ostpreußische Landesmuseum Lüneburg; 11.30 bis 13 Uhr, Mittagspause; 13 Uhr, Vorbereitung der Mitgliederversammlung; 14 Uhr, Eröffnung der Mitgliederversammlung (Bericht des Heimatkreisvertreters über die arbeit in der abgelaufenen Wahlperiode, Änderung der Satzung der Kreisgemeinschaft Tilsit-Ragnit, Wahl der Mitglieder zum Kreistag für die Wahlperiode 2007 bis 2011; Konstituierende Sitzung des neuen Kreistages; gemütliches Beisammensein und Ausklang. Dem Hauptkreistreffen vorangestellt haben wir am 16. März 2007, ab 13 Uhr, die (nicht öffentliche) Abschluß-Sitzung des alten Kreistages.

Zusätzliche Informationen – Das Seminaris Hotel Lüneburg verfügt über reichlich sehr gut ausgestattete Einzel- und Doppelzimmer und eine ausgezeichnete Küche. Sie erreichen das Hotel: vom Hauptbahnhof mit den Buslinien 5003 Richtung Schulzentrum Oedeme, oder 5007 Oedeme am Teich. Mit dem Pkw aus Norden: A 7 bis Autobahnkreuz Maschen, dann A 250 bis Lüneburg, weiter auf der Umgehungsstraße bis Abfahrt Kaltenmoor. Mit dem Pkw aus Süden: A 7, Ausfahrt Soltau Ost, weiter auf B 209. Sollten Sie nicht im Seminaris Hotel übernachten wollen, so wenden Sie sich bitte an die Touristinformation der Lüneburg Marketing GmbH, Telefon (0 41 31) 71 35 30 oder Fax (0 41 31) 71 36 34. Dort erhalten Sie Informationsmaterial über weitere Unterkünfte und auch über die Stadt Lüneburg.

Der geschenkte Wald

Neue Wege muß man gehen – Der erste Baum für den »Heimatwald« soll aus Masuren kommen

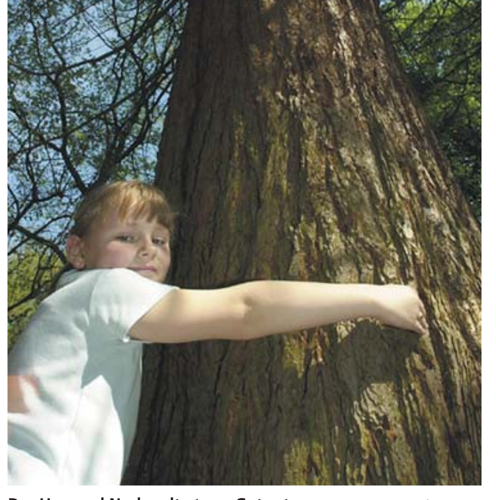
Sandig ist der Boden am Himmelsberg zwischen Grimlinghausen und Uedesheim. Nicht so sandig wie in Masuren, der Heimat von Peter Pott, aber doch so locker, daß neben Eichen und Buchen auch Kiefern wachsen können. Jene Bäume, die aus dem ostpreußischen Masuren ein Land der dunklen Wälder machen – und die der Vorsitzende der Ortsgruppe Neuss der Landsmannschaft Ostpreußen dort pflanzen möchte. Einen ganzen Wald will er anlegen, einen „Heimatwald der Landsmannschaften“. Als Geschenk an die Stadt Neuss, jetziger Wohnort des Vertriebenen. Im Herbst geht es los.

Angestoßen wurde Pott zu dieser Idee durch die Nachricht, daß der Rhein-Kreis Neuss zu den waldärmsten Kreisen Deutschlands zählt. „Da habe ich mir gesagt, mit einem Wald der Landsmannschaften könnten wir ein Zeichen setzen – für mehr Lebensqualität auch kommender Generationen“, sagt Pott. „Wir wollen der Um- und der Nachwelt Gutes tun.“

Die Zustimmung der Stadt und der Kommunalpolitik liegt inzwischen vor, und bis auf einen Verband haben sich auch die anderen ostdeutschen Landsmannschaften dem Vorhaben angeschlossen. Die ersten Spendenzusagen liegen schon vor, und auch das Grundstück ist gesichert. 1,6 Hektar entlang der Bonner Straße stellt die Stadt für den Heimatwald zur Verfügung, der zunächst nur 6000 Quadratmeter bedecken wird. Mehr ist zunächst kaum finanzierbar.

»Keinen Wald für die Innenstadt«

Eine wesentliche Forderung der Stadt im Zusammenhang mit diesem Sponsorenwald war, so erklärt Stefan Diener als Leiter des städtischen Grünflächenamtes, daß die entstehende Waldfläche dem städtischen Ökokonto zugute kommt. Jenem Konto, auf das die Stadt Wohltaten für die Natur „einzahlt“, um sie zum Ausgleich für Eingriffe in die Natur an anderer Stelle – etwa für Straßenbau oder Gewerbe – „abbuchen“ zu können. Dieser Forderung haben die Landsmannschaften in einer Vereinbarung zugestimmt, und auch der Kreis als untere Landschaftsbehörde hat in die Regelung eingewilligt. Überdies, so Diener, bleibt das Grundstück am Himmelsberg im Besitz der Stadt, die auch die Nutzungsrechte an dem entstehenden Wald erhält. Auch wenn der wohl erst in Jahrzehnten geschlagen werden, also Geld bringen kann. Aber darum geht es der Stadt nicht. „Wir bauen unsere Wälder nicht so auf, daß sie reine Nutzwälder sind“, sagt Diener, die Erholung sei wesentlicher. Gegenleistung der Stadt wird sein, den Heimatwald der Landsmannschaften zu pflegen.


Der Um- und Nachwelt etwas Gutes tun Foto: Lothar Berns


Will ein Zeichen setzen: Peter Pott am Himmelsberg, wo im Herbst mit der Anpflanzung begonnen werden soll. Foto: Andreas Woitschützke

Die Anlage des Waldes soll mit dem Pflanzen eines Heimatbaumes beginnen, den Pott aus Masuren mitbringen möchte, wohin er im Juli fahren will. Vielleicht, so hofft er, kann er auch die Bürgermeisterin seiner Geburtsstadt Lötzen dazu gewinnen, zum Pflanzen dieses ersten Baumes nach Neuss zu kommen. Zusätzlich zu diesem „Importbaum“ müssen die verschiedenen ostdeutschen Landsmannschaften bis zum Herbst 5000 Euro aufbringen, damit der erste Teil der Fläche bepflanzt und die Fertigstellungspflege finanziert werden kann.

Daß in Erinnerung an die Heimat dort ein Wald entsteht, wird dann einer Gedenktafel zu entnehmen sein, die am Waldrand errichtet werden wird.

Die Landsmannschaft, die dieser Aktion noch ferne steht, monierte vor allem die Randlage des Waldes. Aber, so hält Pott dieser entgegen, „einen Wald kann man beim besten Willen nicht in der Innenstadt anlegen“. Dort sind die Vertriebenenverbände auch schon mit ihrer Heimatstube an der Oberstraße, dem Brunnen am Platz der deutschen Einheit und dem Glockenspiel vertreten. *Christoph Kleinau („Neuß-Grevenbroicher Zeitung“)*

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung

diesem Wege nach Memel, von wo aus Preußen ein Jahr lang regiert wurde. Kämpfert zeigte eindrucksvolle Aufnahmen von vielen Orten dieses Landstriches und beeindruckte durch seinen ausführlichen, sachkundigen Vortrag. Für die musikalische Umrahmung sorgte Lm. Küssner, der das gemeinsame Singen besinnlicher Lieder mit seinem Akkordeon begleitete. Außerdem trugen I. Alex und M. Palis heitere Gedichte vor.

Mißlungener Bunkerbau

Von Lausbuben und ihren Flausen

Von WALTER MOEWIUS

Ich war 1938 elf Jahr alt, und wir wohnten in Linkuhnen bei Heinrichswalde in der Elchniederung. Meine Eltern hatten eine kleine Landwirtschaft, und zu der Zeit kauften sie sich im Nachbardorf Weinoten noch einen mittleren Hof dazu. Da wir umgezogen waren, hatte ich meine guten Freunde zurücklassen müssen, denn ich mußte auch die Schule wechseln. In das Linkuhner Anwesen zog die Familie meines besten Freundes ein.

Sobald der Sonntag kam, zog es mich immer wieder dort hin. Waren wir Freunde zusammen, so kamen wir auf die dümmsten, schlimmsten Gedanken, die wir auch manchmal ausführten.

Zu unserem Land in Linkuhnen gehörte auch ein kleiner Sandberg, daran grenzte ein größeres Bruchgelände, welches mit schönen mittelgroßen Birken bewachse war. Das Bruchgelände gehörte aber meinen Eltern nicht allein, ein breiter Wassergraben bildete die Grenze zum Besitz des Nachbarn. An einem stillen Sonntagnachmittag hatten wir Burschen es uns in den Kopf gesetzt, in unseren Sandberg einen großen Bunker zu bauen. Schnell wurden aus dem Schauer unseres Mieters heimlich Schaufeln und Spaten herbeigeschafft. Nicht lange dauerte es, bis wir mit fünf Jungen ein großes Loch, etwa zwei Meter tief, ausgehoben hatten. Damit nun die Grube nicht einstürzte, wollten wir die Wände und die Decke mit Holz abstützen. Sofort kam uns dieses Birkenwäldchen in den Sinn, denn ein Birkenstamm neben den anderen gestellt, müßte doch eine schöne Wand abgeben; auch für die Decke würden sich die Stämmchen gut eigen.

> »Na Jungen, seid ihr denn ganz verrückt geworden«

Sogleich schlichen wir uns nochmals in den besagten Schauer. Alles, was wir dort vorfanden und für unser Vorhaben für geeignet befanden, nahmen wir mit. Mit Sägen und Äxten bewaffnet stürmten wir jetzt dem Wäldchen zu. Sofort rückten wir den jungen Birkenbäumen zu Leibe.

Soviel sagte uns doch unser Gewissen, daß wir in meines Vaters Wäldchen nicht mit der Arbeit anfangen sollten. Auf einem kleinen Umweg gelangten wir auf einem Steg über dem Graben auf des Nachbars Gelände. Wir machten uns die Arbeit leichter, indem wir die Bäume etwa 50 Zentimeter über der Erde absägten. Da wir mit zwei Burschen laufend die Bäume absägten, dauerte es nicht lange, und wir hatten einer großen Anzahl Birken ein Ende bereitet.

Durch unser Hacken und Sägen, das ja gerade an einem ruhigen Sonntag weit über das Land schallte, hatte unser Nachbar, dem das Wäldchen gehörte, doch etwas gemerkt. Wir wollten gerade mit unserem Bauholz zu unserem Erdloch ziehen, als wir plötzlich von einem heranstürmenden, sehr erregten Mann die Worte hörten: „Na Jungen, seid ihr denn ganz verrückt geworden!?"

Vor Schreck waren wir fast wie erstarrt. Unser Glück war, daß er eine Sekunde zu früh zu schimpfen begonnen hatte, sonst hätte er mich bestimmt am Kragen gehabt. Im selben Augenblick ließen wir unsere Werkzeuge fallen und stürzten uns durch den breiten und keinesfalls flachen Wassergraben. Der Nachbar hatte nicht den Mut, uns durch den Graben zu verfolgen, doch wir in unserer großen Angst rannten, bis uns die Puste ausging, ohne uns auch nur einmal umzuschauen. Keiner von uns hatte auch nur einen trockenen Faden am Leib. Niemand dachte mehr an unseren Bunker, wir liefen schnell auseinander.

Auf Umwegen schlich ich mich nach Hause. Ich konnte unbemerkt die Kleider wechseln und den Eindruck vermitteln, als ob nichts geschehen sei.

Eingeholt von der Schandtat

Leider mußte ich am nächsten Nachmittag mit Vater nach Linkuhnen zum Kartoffeln nachlesen. Wir waren noch nicht vom Wagen gestiegen, als unser Mieter schon auf meinen Vater zukam. Was dieser nun erzählte, wußte ich ja am besten; mein Vater konnte es nicht glauben. So machten wir uns auf den Weg zu der „Unglücksstätte", wo ja auch noch das Handwerkszeug verstreut lag. Wie nicht anders zu erwarten, erschien der zornige Nachbar. Wie es mir da zumute war, kann ich nicht beschreiben.

Mein Vater konnte sich nun davon überzeugen, was wir am Tage zuvor geleistet hatten. Die schwersten Schläge konnten nichts mehr ändern, denn das Wäldchen hatten wir fast dem Erdboden gleichgemacht.

Mein Vater hat mit dem Nachbarn eine gütliche Einigung erreicht, mir aber wird dieser Tag stets in Erinnerung bleiben.

Als ich nach 47 Jahren wieder in der Heimat sein konnte, wollte ich die Spuren meiner Jugendsünde auffinden. Aus dem kleinen Wäldchen war ein großflächiger dichter Wald geworden, der die „Schandtat" ummantelt hat.

Vor die Hunde

Wie eine Notlüge ihren Schöpfer einholt

Von WERNER HASSLER

Es war erst später Vormittag und Christian blickte immer häufiger zur Uhr. Er war unruhig, und sein Herz pochte noch ein paar Takte schneller, wenn er an Kerstin dachte. Vor drei Wochen hatten sie sich auf einer Party kennengelernt und sich Hals über Kopf ineinander verliebt.

Bisher hatten sie ihre Liebe geheimgehalten, heute abend jedoch war es soweit: Kerstin wollte ihn ihren Eltern vorstellen:

Nervös drehte Christian einige Runden im Wohnzimmer, ließ sich manch gute Redewendung durch den Kopf gehen. Hasso sah dem Treiben seines Herrchens irritiert zu. Er wollte viel lieber raus in den Park. Und endlich kam auch Christian auf die Idee, das schöne Wetter zu einem Spaziergang zu nutzen. So würde die Wartezeit viel schneller verstreichen.

Die sonnenüberflutete Terrasse des Ausflugslokals „Waldblick" lud Herrn und Hund zum Verweilen ein. Christian bestellte ein Bier und streckte die Beine weit von sich. Hasso hatte sich unter dem Tisch ein schattiges Plätzchen gesucht, und die aufmerksame Bedienung stellte ihm ein Schälchen Wasser hin.

Nervenflattern vor der Premiere

Am Nebentisch saß ein elegant gekleideter Herr, der gerade ein Steak serviert bekam. Gut sah das aus! Aber schon nach wenigen Minuten warf der Mann plötzlich seine Serviette auf den Tisch, erhob sich und verließ eilig die Terrasse.

Erstaunt blickte Christian ihm nach. Nanu, der hatte ja nicht einmal die Hälfte gegessen. Wäre doch schade, wenn das Fleisch im Abfalleimer der Küche landen würde. Also schaute er sich vorsichtig nach allen Seiten um und war mit zwei großen Schritten am Nebentisch.

Ein Steak für den Hund

Sekunden später hörte man Hasso sich schmatzend mit den Fleischresten beschäftigen. Christian beobachtete ihn wohlwollend. Dabei merkte er nicht, daß der ältere Herr wieder zu seinem Tisch zurückgekehrt war und ungläubig auf seinen leeren Teller starrte.

Dann fiel sein Blick auf Hasso. „Das ist ja unerhört!" brauste er auf. „Sie füttern Ihren Hund mit meinem Mittagessen?"

Christian stotterte eine Entschuldigung. „Ich dachte ... ich glaubte, Sie, Sie wären ..."

„Ich mußte nur mal ganz dringend telefonieren", unterbrach der Herr verärgert.

„Hasso hat es sich einfach von Ihrem Teller geholt. Ich wollte es noch verhindern, doch leider war es zu spät!" Die Notlüge kam ganz flott über Christians Lippen.

„Dann müssen Sie den Köter eben besser erziehen!" schnauzte der Mann ihn an.

„Es ist gar nicht mein Hund", log Christian ungeniert weiter. „Er gehört meiner Verlobten."

„Aha, dem Fräulein Braut gehört er! Die Dame ist also nicht imstande, das Tier zu erziehen! Womöglich hat sie selbst ..."

Christian war aufgesprungen. „Was wollen Sie damit sagen? Ich dulde nicht, daß Sie meine Braut beleidigen! Sie hat bestimmt mehr Erziehung als Sie vielleicht Ihren Kindern geben können!" Er atmete tief durch: „Im übrigen werde ich Ihr Essen natürlich bezahlen. Oder bestellen Sie sich eine neue Portion auf meine Rechnung."

Der Mann winkte verärgert ab. „Nein, danke!"

„Dann eben nicht", sagte Christian, legte einige Münzen auf den Tisch und verschwand mit Hasso von der Terrasse.

Stunden später drückte Christian zaghaft den Klingelknopf, und im selben Moment öffnete Kerstin die Tür. Gemeinsam betraten sie das Wohnzimmer.

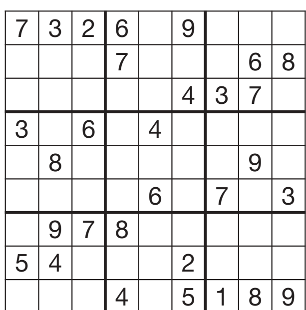
Christian stockte das Blut in den Adern. Dort im Sessel saß nämlich der elegante Herr vom „Waldblick". Verlegen rieb Christian sich das Kinn, wollte etwas sagen.

Unverhofft kommt oft

„Ich habe ... ich wollte ... ich meine nur", weiter wußte er nicht. Seine Selbstsicherheit, seine guten Manieren, seine vorbereitete kleine Rede, alles kam ihm abhanden.

Erst als Kerstins Vater auf ihn zutrat, die Hand auf seine Schultern legte, wich die Starre aus seinem Körper. „Hat mir gut gefallen, wie Sie heute Mittag, meine Tochter verteidigt haben", lobte der Schwiegervater in spe. „Aber eines müssen Sie mir noch verraten, junger Mann. Wie schafft es meine Tochter nur, so einen großen Hund vor mir zu verbergen?"

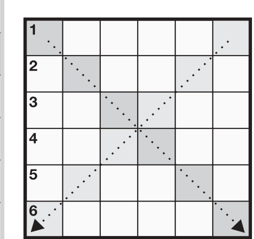
Sudoku



7	3	2	6		9			
			7				6	8
					4	3	7	
3		6		4				
	8						9	
				6		7		3
	9	7	8					
5	4				2			
			4		5	1	8	9

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält.

Diagonalrätsel



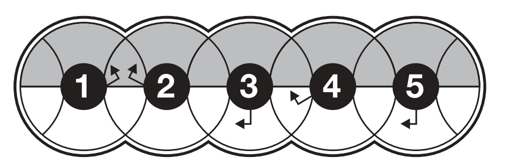
Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagerecht in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen zwei Zeichengeräte.

1 Endstück,
2 nicht teuer
3 Beduinenmantel
4 Junges der Henne
5 Pechleuchte
6 Erquickung

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte einen Südamerikaner.

1 borstige Spitze an Gräsern, **2** Entstehung, Entwicklung, **3** Luft-, Dampfklappe, **4** Strich (Mehrzahl), **5** lustig beisammen sein



Wie aus Nassauern Ostpreußen wurden

Im Gegensatz zu den Salzburger Exulanten ist über die zweite große Siedlergruppe wenig bekannt

Von Ruth Geede

Mein lieber Freund! Da wären wir nach einer Reise von drei Wochen endlich in einem Lande angekommen, das ich als das non plus ultra der civilisierten Welt ansehe.“ So beginnt ein Brief des damaligen preußischen Kronprinzen, der später als „Friedrich der Große“ in die Geschichte eingehen sollte, an seinen Freund Voltaire. In diesem Schreiben berichtet der Sohn des preußischen Königs Friedrich Wilhelm I. über das große Aufbauwerk seines Vaters in dem preußischen Land, das die „blühendste aller unserer Provinzen“ war, ehe Tataren und Pest es ausbluten ließen: Ostpreußen. Als der Kronprinz 1739 – ein Jahr vor seinem Regierungsantritt – den Brief an den französischen Freund schrieb, war das große Aufbauwerk seines Vaters fast vollendet, so daß Friedrich weiter berichten konnte: „Gegenwärtig herrscht in der fruchtbaren Provinz mehr Überfluß als jemals.“

Mit dieser Formulierung meint der Kronprinz, daß dieser Teil des noch jungen Königreiches wieder „in allen Arten von Produkten ergiebig war“ wie vor den Tatareneinfällen Mitte des 17. Jahrhunderts, bei denen 23 000 Menschen getötet und 34 000 Personen verschleppt wurden. Kaum begann das verwüstete Land sich langsam zu erholen, kamen Hungerjahre durch Mißwachs und anschließend die große Geißel der Menschheit, die Pest. Als sie 1711 erlosch, war ein Drittel der ostpreußischen Bevölkerung dahingerafft worden. Besonders schwer hatte es den östlichen Teil der Provinz getroffen, das sogenannte Preußisch-Litthauen, ein Gebiet, das etwa den späteren Regierungsbezirk Gumbinnen umfaßte. Von den insgesamt 10 000 „wüst gewordenen“ Bauernhöfen lagen allein 8000 in dieser Grenzregion, dessen ursprüngliche prußische Urbevölkerung sich mit deutschen und flämischen Siedlern, im nördlichen Teil mit litauischen, im südlichen Gebiet mit masowischen Einwanderern vermischt hatte, die schon zur Ordenszeit in den dünnbesiedelten Raum gekommen waren. Auch im herzoglichen Preußen waren die litauischen „Läuflinge“, die sich dem zentralistisch orientierten Polen-Litauen nicht fügen wollten, willkommen, denn sie erwiesen sich besonders beim Roden der großen Wildnis als fleißig und zäh. Daher der Name „Preußisch-Litthauen“, das die hessischen Siedler, die der Preußenkönig in das Land rief, kurz „die Littau“ nannten.

Sie zogen in diesen östlichsten Teil Preußens, um hier ein besseres Leben zu führen als in ihrer nassauischen Heimat, deren Narben, die der 30jährige Krieg hinterlassen hatte, noch immer spürbar waren. Hinzu kamen Mißernten nach sehr strengen Wintern, dadurch bedingt Teuerung und Hungersnot. Die Sorge um das tägliche Brot bestimmte ein kärgliches Leben. Da setzte in den betroffenen Gebieten die Abwanderung ein. Der Strom der Auswanderer ging zunächst nach Amerika, dann aber ostwärts nach Alt-Preußen, dessen Neubesiedlung König Friedrich Wilhelm I. durch sein klug und sorgfältig konzipiertes „Retablissement“ anstrebte. Er war, wie sein Sohn in seinem Brief an Voltaire ausführt, bei der Bereisung der verelendeten, entvölkerten Gebiete so von „Mitleiden durchdrungen, daß er beschloß, dieser Gegend Menschen, Überfluß und Handel wiederzugeben“.

1710 holte der König die ersten Siedler aus der Schweiz. Dann begann eine planmäßige Werbung in deutschen Landen. Etwa 4000 Bauern zogen 1711/12 in die preußischen Notstandsgebiete. Nach Einsetzung der großen Domänenkommission im Jahre 1721, die jedem Bauern zwei Huben zuteilte, erfolgte kontinuierlich die Besiedlung der betreffenden Gebiete vor allem durch Nassauer. Die größte Ansiedlung einer geschlossenen Volksgruppe erfolgte mit 15 000 Salzburger Exulanten im Jahre 1732. Diesen Glaubensflüchtlingen fühlte sich der tief religiöse Friedrich Wilhelm I. besonders verpflichtet. Über sie, die der König persönlich in Berlin mit den Worten begrüßte: „Ihr sollets gut haben, Kinder, bey mir gut haben!“, wird noch heute viel berichtet, ihre Nachfahren führen das Erbe fort, auch nach der erneuten Vertreibung, denn schließlich hat jeder sechste Ostpreuße Salzburger Blut in sich.



Hoher Besuch: König Friedrich Wilhelm zu Gast bei seinen neuen Untertanen. Foto: Archiv

Dagegen ist über die zweite große Siedlergruppe, die Nassauer, wenig bekannt, schon ihre Zahl ist nicht genau festzustellen, weil sie in den Nationalitäten-Tabellen einiger Ämter zusammen mit anderen deutschen Siedlern und Schweizern geführt wurden. Jedenfalls waren es mehr als 500 Familien – es wird auch die Zahl 800 genannt –, die dem Aufruf der preußischen Werber folgten und sich zur Auswanderung entschlossen. Zuerst waren es Familien aus Nassau-Siegen, dann in größerer Zahl Bauern aus dem Hohen Westerwald und dem Dill- und Lahntal, die sich entschlossen, die Heimat zu verlassen. Es war nicht allein die Not, die sie dazu zwang – das traf zwar auf die Abwanderer aus dem Hohen Westerwald zu, wo die karge Landwirtschaft kaum das Lebensnotwendigste sicherte –, sondern auch Glaubensgründe, denn in Nassau-Siegen wurden die reformierten Landeskinder durch den katholischen Fürsten unterdrückt. Es erwartete sie in den preußischen Aufbauprovinzen nicht nur ein junges, fruchtbares Land, sondern auch bedeutend weitergehende Rechte und Freiheiten. Die nach dem großen Krieg dezimierte Bevölkerung hatte in Nassau wieder stark zugenommen. Der noch fast volklose Raum im Osten versprach den verarmten Bauern und ihren Kindern eine bessere Zukunft.

Die Abwanderung an sich erwies sich vorerst nicht als schwierig. Die Willigen waren freie Bauern, sie konnten ihren Grundbesitz nach eigenem Ermessen verkaufen und fortziehen. Erforderlich war lediglich die Bescheinigung des Pfarrers und Rentmeisters, daß sie ihre Abgaben entrichtet hatten, wie aus einem Gesuch von „sechs Hausgesessenen“ aus dem Fürstentum Dillenburg an ihrem Landesherrn hervorgeht:

„Durchlauchtester Fürst, gnädigster Fürst und Herr! Armutshalber möchten unser etliche Familien sampt Weib und Kindern wie auch noch ledigen Geschwistern in die Littau hinziehen. Zehntenpfennig haben wir bei Rentmeister bevor entrichtet auch zu allem, was Euer H. gnädigst befohlen, Richtigkeit gemacht. Und nun wir in nichts mehr einige Hinderung haben, sondern auch noch bitten, daß wir einen guten Paß und Verhaltens-Zeugnis von Euer Hochfürstl. Gnaden und deren Hochfürstl. Cantzley möchten bekommen ...“

Sicher werden die sechs „Hausgesessenen“ Paß und Zeugnis erhalten haben und sind in die Littau gezogen. Aber die Zahl der Antragsteller wurde immer größer, so daß man sich in Nassau-Dillenburg schon 1723 gezwungen sah, die Auswanderung zu unterbinden. Es wurde bei unerlaubtem Verlassen mit der Beschlagnahme der Grundstücke gedroht. Aber auch dieses strenge Verbot hielt die Willigen nicht ab, sie wanderten heimlich aus. Sie wurden behördlich nicht erfaßt, mit ein Grund, daß die genaue Zahl der ausgewanderten Nassauer nicht festzustellen ist.

Einige Nassauer zog es zurück

Diejenigen, die mit Brief und Siegel gen Osten gingen, wurden in Halberstadt von den preußischen Behörden empfangen. Zumeist zogen sie in Trupps von mehreren Familien aus ihrer engeren Heimat, wurden verpflegt und erfaßt. In größeren Verbänden ging es dann auf dem Landweg bis Stettin weiter, wo sie eingeschifft wurden. Die Fahrt über die Ostsee wird nicht für alle Nassauer angenehm gewesen sein. Von Königsberg wurden sie in die zugewiesenen Siedlungsgebiete weitergeleitet, die hauptsächlich in den späteren Kreisen Insterburg, Gumbinnen, Stallupönen (Ebenrode) und Darkehmen (Angerapp) lagen. Wer über eigene Gespanne verfügte, zog auf dem Landweg in das östliche Preußen, wo die bereits erbauten Häuser die neuen Siedler erwarteten, die sich als tüchtige Landwirte erwiesen. Die Nassauer hielten eng zusammen und bewahrten lange die heimische Mundart wie zum Beispiel in Drusken, Kreis Stallupönen, wo sie geschlossen angesiedelt wurden. 1724 ließ ihnen König Friedrich Wilhelm I. in Göritten eine eigene reformierte Kirche bauen. Schon vor deren Bau beauftragte der König den Prediger Gottfried Petri, bis zur Auswanderung Oberprediger zu Ebersbach in Nassau-Dillenburg, zur Gründung einer Gemeinde und ernannte ihn zum Hofprediger. Hier fanden die Nassauer ihre Glaubensheimat, so daß sie meilenweit zum Gottesdienst kamen. Mancher Abendmahlsfeier sollen rund 1000 Kommunikanten beigewohnt haben.

Die Verbindung mit der hessischen Heimat ging bald verloren, der Neubeginn in einem so weiten, einsamen Land erforderte alle Kräfte. Aber einige zog es doch zurück, sie sahen ihre Erwartungen nicht erfüllt, vielleicht gefiel ihnen auch nicht die Nachbarschaft mit Menschen, deren Sprache sie nicht verstanden. So baten drei Söhne eines Ausgewanderten aus Rittershausen, daß sie von ihrem hohen Herrn als treue Untertanen wieder aufgenommen werden wollten, weil „sich unsere Eltern, ohngeachtet, daß wir sämtliche Kinder es nicht zufrieden gewesen, durch die höchststrafbaren Verführer vorm Jahr auch nach Litauen zu ziehen verleiten lassen ...“ Unter den Rückkehrern befand sich auch eine Anzahl von Ausreißern. Über sie wurde seitens der preußischen Regierung bittere Klage geführt, da „sie heimlich mit Entwendung von Besatzvieh entwichen sind“. Sie werden nicht nur des Diebstahls bezichtigt, sondern auch angeklagt, daß sie „boshaft die preußischen Lande freventlich verachten“.

Der Rest wurde zu »Ostpreußen«

Es ist erstaunlich, wie gut nachbarschaftlich die Siedler miteinander umgingen, obgleich sie unterschiedlicher Herkunft waren. So ergibt die Nationalitätentabelle für 1736 für die Kolonisten im Amt Danzkehmen 22 Salzburger, drei Märker, zehn Magdeburg-Halberstädter, zwei Westfalen, einen Pfälzer, zwei Pommern, 13 Nassauer und je einen Anhalter, Preußen und Sachsen. Dazu kommen 46 eingesessene Litauer. Hermann von Boyen schreibt in seinen Erinnerungen: „Im Regierungsbezirk Gumbinnen hatten alle Volkstümer ihre eigenen Sprachen und Sitten, verheirateten sich selten untereinander und lebten doch zufrieden unter einem allgemeinen Landesgesetz: Gehe hin und siehe!“ Als im Jahr 1772 Friedrich der Große feststellen konnte, daß jeder wüste Hof besetzt und das Werk endlich und endgültig beendet sei, wurden aus den Bewohnern der Provinz, woher sie auch ursprünglich kamen, die „Ostpreußen“. Und blieben es bis heute.

Der erste Hubschrauber, der Loopings konnte

Vor 40 Jahren erfolgte der Erstflug des sowohl zivil- als auch militärisch genutzten leichten zweimotorigen Mehrzweckhelikopters Bo 105

Von Manuel Ruoff

Obwohl die Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg von ihren Besatzungsmächten über Jahre auch von der Hubschrauberentwicklung und -produktion abgeschnitten waren, gelang ihnen mit der Bölkow Bo 105 ein großer, Maßstäbe setzender Wurf. Dr. Ludwig Bölkow und Emil Weiland sahen in dem von den Alliierten beherrschten Hubschraubermarkt eine Lücke für einen insbesondere für Rettungseinsätze geeigneten wartungsfreundlichen, leicht zu fliegenden, im Unterhalt günstigen, fünfsitzigen leichten Mehrzweckhelikopter, dessen hervorstechende Eigenschaft Sicherheit durch redundante Auslegung der sicherheitsrelevanten Komponenten ist. Mitte 1955 begannen in der „Bölkow Entwicklungen KG“ die Planungen.

Nachdem im August 1966 die ersten Bodentests mit dem Prototyp Bo 105 V1 unternommen worden waren, erfolgte am 16. Februar 1967 der Erstflug mit der Bo 105 V2. Besonders innovativ war die Verwendung von glasfaserverstärkten Kunststoffen bei den Rotorblättern, welche erstmals einen Hauptrotor mit starrem Rotorkopf ohne Schlag- und Schwenkgelenke ermöglichte.

Nach der Übernahme der „Bölkow GmbH“ durch die „Messerschmitt AG“ 1968 und deren anschließender Fusion mit der „Blohm & Voss“-Tochter „Hamburger Flugzeugbau GmbH“ 1969 zu „Messerschmitt-Bölkow-Blohm“ ging die Bo 105 dort in die Produktion. Entsprechend der Planung wurde sie in ihrem Heimatland zu einem Standardhubschrauber der zivilen Rettungsdienste und der Polizei, fand aber auch im Ausland vielfache Verwendung.

Der wirtschaftliche Durchbruch kam jedoch erst mit zwei militärischen Varianten, einem Verbindungs- und Beobachtungshubschrauber (VBH) und einem Panzerabwehrhubschrauber (PAH), der als Hauptbewaffnung auf jeder Seite drei Lenkflugkörper des deutsch-französischen Typs „HOT“ mit sich führt.

Der Anfang vom Ende kam mit einer EU-Richtlinie, der zufolge die BO 105 ab 2009 nicht mehr für gewerbliche Zwecke eingesetzt werden darf und damit auch nicht mehr ihrem eigentlichen Zweck, der Luftrettung, dienen kann. 1997 stellte die EADS-Tochter „Eurocopter Group“, von der nach der Übernahme von MBB durch die DASA 1989 und der Zusammenlegung der Hubschraubersparten von DASA und „Aérospatiale-Matra“ 1992 die Bo 105 produziert wurde, deren Produktion ein.



Bo 105: Anfänglich war Messerschmitt-Bölkow-Blohm (MBB) der Produzent. Foto: Archiv

MELDUNGEN

Feiern in der Hauptstadt

Berlin – Junge Nachtschwärmer und Kulturinteressierte kommen in Berlin auf ihre Kosten. Welche Clubs in der Trendmetropole gerade angesagt sind, erfahren sie in der Broschüre „Bock auf Berlin“. Die Neuauflage der Publikation präsentiert sich noch übersichtlicher und aktueller. Ob exotischer Sport, heiße Partys in Clubs und Diskotheken oder kulturelle Veranstaltungen – Interessierte erfahren hier alles, was sie über die Stadt wissen sollten. Die Broschüre ist erhältlich bei „Berlin Tourismus Marketing“, Am Karlsbad 11, 10785 Berlin, Telefon (0 30) 25 00 25, www.bock-auf-berlin.de. *ddp*

Himmelbett und Whirlpool

Bremen – Für Verliebte, Verlobte und Verheiratete sind es hier nur 14 Stufen bis ins Himmelreich oder vielmehr: bis ins Himmelbett. Das „wohl kleinste Hotel der Welt“, das grüne Fachwerk-Hochzeitshaus im Schnoor, ist zwar nur vier Schritte breit, vier Schritte tief und drei Etagen hoch, bietet aber auf insgesamt 43 Quadratmetern so manche romantische Überraschung für Pärchen. Das Erdgeschoß ist zugleich Küche. Hier zaubert morgens die leise Fee allerlei Köstlichkeiten auf den Tisch. Wenn dann das Paar hinunter kommt, steht alles schon längst bereit zum Sektfrühstück mit Lachs und Krabben. Im ersten Stock liegt die Kuschelecke des Hauses. Sofa, Kissen und vor allem ein Whirlpool verwöhnen die Gäste und sorgen für pure Entspannung. Sieben Stufen höher im Dachgeschoß befindet sich das weiß-seidene Himmelbett. Hier ist das Paar im Himmelreich angekommen und kann eine traumhafte Nacht verbringen. Und wer weiß, vielleicht sind sie dann schon ganz schnell zu dritt! Informationen über das Mini-Hotel im Herzen Bremens gibt's unter www.hochzeitshaus-bremen.de.

Ein Hauch von Süden

Schwerin bezaubert mit märchenhaften Bauten

Von Helga Schnehagen

Als den wohl schönsten Parlamentssitz Deutschlands bezeichnete der damalige Bundespräsident Dr. Richard von Weizsäcker das Schweriner Schloß. Dieses Jahr nun wird das Märchenschloß 150 Jahre alt. Zu Pfingsten laden Ausstellungen, Märkte und kulturelle Veranstaltungen zu einer Zeitreise von 1875 bis 2007 ein. Bereits Ostern öffnet das Orangeriecafé auf der Schloßinsel seine Türen. Spätestens dann beginnt Mecklenburg-Vorpommerns Hauptstadt in Traumlage wieder, mit ihrem Residenzstadt-Flair die Besucher in ihren Bann zu ziehen.

Von April bis Oktober hat auch das angeschlossene Orangerie-Café seine gläsernen Türen geöffnet. In der Zwischenzeit überwintern hier die mediterranen Topf- und Kübelpflanzen des Burggartens. Allerdings sind es noch nicht annähernd so viele wie zu Großherzogs Zeiten: Da waren es über 800 Stück. Die Palmen und Orangenbäumchen verbleiben in dem Glasbau – zur Freude der Kaffeegäste. Dazu der Blick durch die toskanische Säulenkolonnade des Orangeriehofs auf den grenzenlos glitzernden Schweriner See, und man fühlt sich weit weg irgendwo im warmen Süden.

Gen Süden gingen auch die Träume von Herzog Friedrich Franz II. vor 150 Jahren, als er den Schloßumbau beginnen ließ. Gesagt haben soll er aber nur: „So künn ick mie dat hier op'e Insel ock vörstelln“, verrät Stadtführerin Maria Luck, als ihm Hofbaumeister Demmler nach seiner Loire-Reise die Ansicht von Schloß Chambord zeigte. Den Rekord des französischen Renaissance-Schlosses mit seinen über tausend Türmen und Türmchen, Dachfenstern und Luken erreicht das Schweriner Schloß zwar nicht. Aber seine „nur“ 300 Aufbauten sind völlig ausreichend, damit sich die Augen in den unzähligen Details des Baus verlieren.

Ausgesprochen vielgestaltig präsentiert sich auch der romantische Burggarten zu Füßen der Insel-Residenz. Ein bedeutender Teil befindet sich auf dem Dach der dreiflügeligen Orangerie. Damit gehört die Historismus-Anlage zweifellos zu den schönsten „Dachgärten“ Deutschlands. Eine Drehbrücke verbindet ihn mit dem Schloßgarten, der wie ein Mini-Versailles anmutet. Spaziert man durch die barocke Anlage, stößt man auf den bereits 1818 erbauten Schloßgarten-Pavillon, jetzt Café und Restaurant. An stilvollen Einkehrmöglichkeiten mangelt es Schwerin wahrlich nicht.

Vom Grün des ehemaligen Alten Gartens am städtischen Ufer ist schon lange nichts mehr zu sehen. Dafür dominieren drei Historismus-Klassizismus-Bauten den Platz: das Paar von Staatstheater und Staatlichem Museum sowie das Regierungsgebäude der heutigen Staatskanzlei. Seit 1993 erfüllen die herzoglichen Prachtbauten eine Zusatzaufgabe. Während der sommerlichen Opernfestspiele unter Sternen dienen ihre Säulenfassaden als Kulisse und die große Museumstreppe als Bühne. Spezialisiert auf Verdi-Opern, steht 2007 „Der Tourbadour“ auf dem Programm (29. Juni bis 5. August 2007).

Vorbei am schlohweißen Regierungsbau geht's durch die Schloßstraße direkt in die Fußgängerzone der Altstadt. Vorausgesetzt, man bleibt Ecke Puschkinstraße nicht im Café Prag hängen, Schwerins ältestem von 1755. Lohnen würde es sich allemal, allein schon wegen der Wiener Kaffeehausstimmung. Noch älter ist das Weinhaus Uhle in der nahen Schusterstraße. 1751 gegründet, gehörte es zum Kreis der Hoflieferanten. Heute speist man unter Stuck und Kronleuchtern bei gebratenem Doradenfilet auf Tomatenconcassé und Estragonreis.



Das Schweriner Schloß erstrahlt von außen in neuem Glanz: Im Innenhof wird aber noch restauriert. Foto: Bel

Einen Überblick über die hübsche Altstadt mit ihren nach altem Muster neu gepflasterten Gassen hat man vom Turm des gotischen Doms. Eine Wendeltreppe mit 220 Steinstufen führt zur Besuchergalerie in 50 Metern Höhe. Der sportliche Aufstieg lohnt. Die Aussicht ist umwerfend. Unweigerlich bleibt der Blick am zentralen Markt hängen.

Auffallendstes Gebäude ist das Alte Rathaus, hinter dessen Fassade im Tudorstil sich vier Fachwerkhäuser verbergen. Die elegante Säulenhalle an der anderen Platzseite war einst Markthalle. Auch sie ist jetzt Café.

Gegenüber glitzert der innerstädtische Pfaffenteich mit seiner modernen Ufertreppe und den baumbestandenen Flanierwegen. Hebt man den Blick, offenbart sich Schwerins traumhafte Lage inmitten von Wald, Wiesen und insgesamt zehn blauen Seen.

Ein Ausblick, der neugierig macht auf Entdeckungen. Etwa auf Schloß Basthorst am Ufer des hauseigenen Glambecksees rund 20 Kilometer östlich von Schwerin.

Auch hier edle Pferde, die den Besucher am Parkeingang begrüßen. Die sich aufbäumenden Rosse, kunstvoll aus dem Stein gemeißelt, sind Kopien von Christian Friedrich Genschows Rossebändigern auf der Schweriner Schloßbrücke. Und deren Vorbilder? Die findet man in den antiken Rossebändigern aus der römischen Kaiserzeit vor Roms Präsidentenpalast auf dem Quirinal. Und diese wiederum sind Kopien griechischer Originale aus dem 5. Jahrhundert v. Chr.

Hübsch renoviert, ist der rund 200 Jahre alte Adelsbau heute Schloßhotel. In den 47 antik eingerichteten Zimmern übernachten viele Golfer. Es gibt auch einen neuen Golfplatz der Extraklasse.

In Schwerins Außenstelle in Sachen Sport liegt der ebenfalls hervorragend renovierte denkmalgeschützte Gutshof Vorbeck.

Hinter dem klassizistischen Portal verbergen sich elf geräumige Ferienwohnungen vom Allerfeinsten. Ein angrenzender, im Stil durchaus passender, Reitstall erfüllt Pferdeliebhabern alle Wünsche. Ein Kanuverleih erlaubt es, auf der Warnow zum Barniner See zu paddeln oder gar über Rostock bis zur Ostsee in Warnemünde.

Tourist-Information, Am Markt 14, 19055 Schwerin, Telefon (0385) 59 18 39 47, www.schwerin.com

Der Foto-Knigge

Fotografieren im Urlaub bedarf auch Einfühlungsvermögens

Wer in fremde Länder reist, hat in der Regel auch eine Kamera und jede Menge Filme im Gepäck. Doch sollte man nicht einfach drauflos knipsen. In vielen Ländern ist es zum Beispiel verboten, militärische Einrichtungen oder auch Kraftwerke, See- und Flughäfen zu fotografieren. Informationen dazu erhält man beim Auswärtigen Amt. Der Aufforderung von Uniformierten, das Fotografieren einzustellen, muß in solchen Fällen sofort Folge geleistet werden. Aber auch auf den Rat der Einheimischen sollte man hören.

Doch es gibt noch andere sensible Bereiche. Kirchen, Moscheen oder Tempel sind besonders eindrucksvolle Bauwerke mit schön gestalteten Innenräumen. In Kirchen darf in der Regel fotografiert werden. Es gibt aber auch Fotografierverbote, um jahrhundertealte Fresken zu bewahren: Die Helligkeit der Blitzlichter schädigt die Farben, bringt sie zum Verblassen.

Auch in anderen Kulturkreisen darf man in religiösen Einrichtungen die Kamera zücken – allerdings nicht in allen: „Es ist wichtig, sich vorher zu informieren. In islamischen Ländern darf man zum Beispiel manche Moscheen fotografieren, andere nicht. Das erfährt man aber nur vor Ort“, sagt Klaus Betz vom Studienkreis für Tourismus und Entwicklung in Ammerland am Starnberger See. Fragen, sich informieren, das sind die wichtigsten Instrumente, um als fotografierender Urlauber nicht unangenehm aufzufallen.

Reiseexperte Betz hat ein Beispiel parat: „Wer in einem Land mit hinduistischem Glauben eine Gruppe weiß gekleideter Menschen fotografiert, hat eine Beerdigung vor sich.“ Und davon würde man schließlich bei uns auch kein Foto machen.

> Kinderarbeit: Lieber für Urlauber posieren als zur Schule

Menschen zu fotografieren verlangt viel Fingerspitzengefühl. Wie würde man sich selbst fühlen, wenn man ungefragt abgelichtet wird? Das sollte man sich immer fragen, bevor man abdrückt, ist der Rat von Betz. Wer sich in das Gegenüber hineinversetzt, vermeidet Fettnäpfchen und Ärger. „Viele Menschen haben nichts gegen ein Foto, sie wollen nur gefragt werden. Und das geht auch wortlos mit Hilfe von Gesten, wenn man die Sprache nicht kann“, betont Betz. Manchmal kann es auch passieren, daß man aufgefordert wird, ein Foto zu machen. Wer dann verspricht, einen Abzug zu schicken, sollte dieses auch unbedingt einhalten.

Besonders Kinder lieben Digitalkameras, weil sie sich auf dem Display gleich sehen können. Vor allem in ärmeren Ländern stecken Urlauber den fotografierten Kleinen manchmal Geld zu. Das sollte man aber auf keinen Fall tun, warnt Betz: „Damit setzt man die falschen Zeichen. Fremde bedeuten dann für die Kinder Geld und sie fangen an, direkt danach zu verlangen.“

Manchmal führe das dazu, daß sie mit dem Posieren für Fotos mehr verdienen als ihre arbeitenden Eltern. Und dadurch den Respekt vor ihnen und der Arbeit verlieren. Und noch schlimmer sei, daß manche Eltern die Kinder nicht mehr zur Schule schicken, weil sie mit den Fotos Geld für die Familie verdienen sollen. Wer den Kindern helfen will, sollte besser eine Organisation unterstützen, die sich für die Belange der Kinder einsetzt und zum Beispiel Schulen baut. *ddp*

Feinste Kreationen

Die »schwarze Seite« von Dänemarks Hauptstadt Kopenhagen

Feinste Kaffeekreationen findet der Reisende nicht nur in Italien. Auch Dänemarks Hauptstadt bietet seinen Gästen reichlich Kaffeegenuß. In der Kaffeebar „Estate Coffee“ im altstadtnahen Gammel Kongevej setzt der Weltmeister der Barista, Klaus Thomsen, auf Qualität vom Einkauf bis zur Röstung. Hier gibt es kühle Kaffeespezialitäten, Cappuccini und Schokoladen. Zu den hauseigenen Spezialitäten gehört ein eiskalter Espresso mit Jasmin- und Ahornsirup.

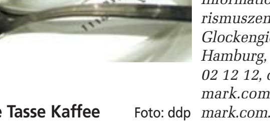
Ganz in der Nähe finden Besucher die „Kleinste Kaffeebar der Welt“ („Verdens Mindste Kaffebar“). Auf weniger als zehn Quadratmetern finden Theke, Maschinen, Bedienung und eine handvoll Gäste Platz. Ausgeschenkt wird Pascucci-Kaffee aus einer Privatrösterei in Italien.

Für neues Kaffeevergnügen im Kopenhagener In-Viertel Vesterbro sorgt „Sort Kaffe&Vinyl“ in der Skydebanegade, das zwei schwarze Leidenschaften vereint: Kaffee und Musik in Form echter LPs. Neben Vinyl- und Kaffeeschätzen gibt es auch Tee und italienische Limonaden.

In „Riccos Kaffebar“ in der Istedgade wird besonders frischer Cappuccino und Latte Macchiato serviert. Den Mocca genießt der Gast in einer persönlichen Atmosphäre, zusammen mit einer bunten Mischung aus weitgereisten Gästen und Nachbarn, die gleich um die Ecke wohnen. Dazu findet man auf der Karte leckere, selbstgemachte Kuchen. Außerdem wird eine kleine Auswahl an Kunsthandwerk und Designartikeln angeboten.

Am Kopenhagener Platz Skt. Hans Torv finden Kopenhagen-Besucher das „Kaffeplantagen“, ein beliebtes Nichtrauchercafé. Der Chiaroscuro-Kaffee stammt aus einer kleinen Rösterei in Florenz. Hier gibt es zum Kaffee ausgesuchte Schokoladen, Kuchen und Croissants. Zum außergewöhnlichen Konzept gehören auch der Verkauf von Topfpflanzen – eine kleine Reminiszenz daran, daß im Ladenlokal einst ein Blumengeschäft zu Hause war. *ddp*





Heißer Genuß: Eine Tasse Kaffee Foto: ddp

Informationen bei der Tourismuszentrale Dänemark, Glockengießerwall 2, 20095 Hamburg, Telefon (0 40) 32 02 12 12, daninfo@visitdenmark.com, www.visitdenmark.com.

Nichts, was uns berührt, Politikern überlassen

Betr.: „Bloß kein staatliches Mauermuseum“ (Nr. 3)

Wenn man leider immer wieder feststellen muß, daß wir mit der Koalition unter die Taschendiebe geraten sind, und anhaltend erleben, daß diese Koalition linksgestrickt und unfähig ist, nüchtern die Zeichen der Zeit zu erkennen und entsprechend zu handeln, dann sollten wir diesen Politikern nichts in die Hände geben, was uns alle berührt.

Die Teilung unseres Vaterlandes, die Toten an der Mauer oder die Opfer und das Unrecht der Vertreibungen sind Leid aller Deutschen und stehen über der Politik.

Macht besitzenden Politikern sollten wir darum nicht die Gelegenheit geben, deutsches Leid parteipolitisch zu verfälschen oder zu zerfleddern.

Volkmar Rauter, Münster

Unser Deutschland geht unter

Betr.: Deutschland, wohin?

Deutschland geht unter. Wer merkt es nicht? Es wird Herbst. Deutschland ist in eine tiefe Grube gefallen und kann nicht heraus. Bald wird das welke Laub sein Grab bedecken, und keiner fragt mehr danach. Was soll's?, eine Stimme weniger im Chor der Nationen. Wem täte es weh? Wenn nicht die Höhepunkte deutscher Kultur so zauberhaft gewesen wären, seine Klassik, seine Romantik. Nicht so hell leuchtend wie die Mittelmeer-Helligkeit der Griechen, aber von einem Märchenzauber durchglüht, seine Musik, seine Dichtung, seine Lieder, seine Gemälde. Es tut weh, wenn jetzt schon alles Schöne noch lebend begraben wird, im Theater, in der Schule, in der Hochschule, in der Literatur. Adé, Deutschland. Ich liebe dich.

Annemarie Kordack, Herford

Warum nicht der Sowjetunion?

Betr.: „Warum verhinderte MI5 Hitler-Attentat?“ (Nr. 3)

Daß die beiden Weltkriege dazu dienen sollten, Deutschland als potentielle Außenhandelsmacht aus dem Wege zu räumen, kann wohl kaum mehr bezweifelt werden, wenn man die Reden bedeutender Politiker aus dem alliierten Lager hört. Wundern muß man sich aber, daß das englische Volk damals im September 1939 die Invasion Polens vom Osten her durch die UdSSR hinnahm und nicht von ihrer Regierung verlangte, auch der Sowjetunion den Krieg zu erklären, um Polen, wie im Beistandsvertrag zwischen Großbritannien und Polen vorgesehen, zu verteidigen. Hier zeigt es sich wieder einmal, wie gut die Hetzpropaganda arbeiten kann.

Hans Kewitsch, Winnipeg, Kanada

Europa sollte Esperanto sprechen

Betr.: „Vorkämpfer für die deutsche Sprache“ (Nr. 52)

Zur Kultur eines Volkes gehört auch seine Sprache. Daran soll sich auch in Zukunft nichts ändern. In Europa, dem größten Wirtschaftsraum der Erde, mit 27 Ländern, haben wir 27 verschiedene Sprachen. Die über 500 Millionen Einwohner können jedoch nur mit einer einzigen Sprache kommunizieren. Das ist die internationale Sprache: Esperanto.

Diese Sprache aus Lateinisch, Germanisch und Romanisch ist logisch aufgebaut. Sie kann in kurzer Zeit von jedem interessierten Menschen erlernt werden. Deshalb sollte das Europa-Parlament ein Gesetz verabschieden, daß in allen europäischen Schulen ab dem dritten Schuljahr als erste Fremdsprache Esperanto gelehrt wird. Gerade, weil diese Sprache in kurzer Zeit für jeden erlernbar ist, wird man sich in Europa bald überall verständigen können. Das heißt nicht, daß es eine primitive Sprache ist. Sie ist auf der ganzen Welt verbreitet. Esperanto wurde in den 30er Jahren von Stalin, Hitler, Mussolini und Franko verboten. („Ein dummes Volk läßt sich leichter regieren.“) Wenn mir jemand erzählt, mit Englisch kommt man überall klar, kann ich nur lachen, Ob in Königsberg (Kaliningrad), Prag, Paris oder in Portugal und Italien, überall verstand man eher Deutsch.

Hier einige Argumente für die Esperanto-Sprache: Das politische, ökonomische, kulturelle, pädagogische, technologische und das touristische. Eine allgemeinverständliche Sprache würde die bestehenden Ressentiments klären. Europa würde gestärkt, und weniger abhängig von der Diktatur der USA. Natürlich geht das nicht von heute auf morgen. Aber ich bin überzeugt, mit etwas gutem Willen werden sich in einigen Jahren alle Europäer verstehen können. Welch ein Fortschritt für Frieden, Tourismus, Handel und Wandel.

Werner Richter, Bremerhaven



„Goodbye Deutschland“: Nicht nur der Sender vox begleitet Auswanderer, die ihr Glück im Ausland suchen, da sie in ihre Heimat keine Hoffnungen mehr stecken. Foto: vox

Zu Recht geehrt

Betr.: Buchseite

Im Literaturteil der *PAZ* wurde kürzlich das 2006 erschienene Buch „Die Muse im Gulag“ von Hein Mayer aus Wolfsburg von Ihrem Redaktionsmitglied Herrn v. Leesen vorgestellt. Vielleicht interessiert es die Redaktion, daß dem Autor am 24. Januar im Ratssitzungssaal in Wolfsburg das vom Bundespräsidenten verliehene Bundesverdienstkreuz am Bande durch den Oberbürgermeister der Stadt Wolfsburg ausgehändigt wurde, nicht zuletzt wegen der selbstlosen Aktivitäten und des langjährigen Engagements für das Wohl deutscher Kriegsgefangener im Hauptlager von Stalingrad in den Jahren von 1949 bis 1954.

Nach unserer Heimkehr hat Herr Mayer die jährlichen Heimkehrertreffen der „Stalingrader Kulturgruppe“ in Heppenheim – bis zum Jahre 2004 – organisiert und dadurch den Zusammenhalt der Veteranen und deren Familien nachhaltig gefestigt. Alle noch lebenden Kameraden sind noch heute voll des Lobes und der Dankbarkeit und begrüßen ohne Einschränkung die Verleihung des Bundesverdienstordens.

Alfons Kuhn, Kassel

Von den zahlreichen an uns gerichteten Leserbriefen können wir nur wenige, und diese oft nur in sinnwahrend gekürzten Auszügen, veröffentlichen. Die Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Meinung der Redaktion zu decken braucht. Anonyme oder anonym bleiben wollende Zuschriften werden nicht berücksichtigt.

Unser Sudermann

Betr.: „Wenn aus Häusern ‚Archen‘ werden“ (Nr. 4)

Zwischen der Arche Noah und den Amphibienhäusern erinnern wir uns an „unseren“ Hermann Sudermann. In seinen „Litauischen Geschichten“ finden wir „Jons und Erdme“, die mit ihren Töchtern aus der „Wassersnot“ gerettet werden – der Nachbar nimmt sie in sein schwimmendes Haus auf. Was sich der ehemalige Raubmörder, der nun „Geschmack am Retten gefunden“ hat, gebaut hatte, konnte er bis zu diesem Tag vor allen verborgen halten. Viel Freude beim Lesen!

Edda Fricke, Wietzendorf

Wir als Mitteldeutsche haben unsere Zukunft nicht in diesem Deutschland gesehen

Betr.: „Allen Grund zum Abwandern“ (Nr. 4)

Da wir selber aus Mitteldeutschland stammen und auch ausgewandert sind, nur etwas weiter, möchte ich etwas dazu sagen:

Das grundlegende Übel an der ganzen Sache kommt schon im Sprachgebrauch zum Vorschein: „Neue Länder“ – so als wäre dieser Teil Deutschlands nicht schon immer ein Teil des Deutschen Reiches gewesen, sondern ein „Findelkind“ von irgendwoher, dessen sich die „alten“ Länder aus Barmherzigkeit angenommen haben.

Mit der Bezeichnung „Ostdeutschland“, die schlimmste aller Lügen, will man doch die Existenz von den deutschen Ländern östlich von Oder und Neiße vergessen machen. So als hätten Ost- und Westpreußen, Pommern, Schlesien nie existiert, und folglich kann es auch kein deutsches Flüchtlingsdrama, keine Massaker und Vergewaltigungen an Deutschen gegeben haben.

Jedoch, wo bitteschön, liegt dann Mitteldeutschland? Am Rhein bei Köln?

„Ossi“, das Wort wird so ausgesprochen, als Spucke man dabei auf die Erde. Und meint dabei alles: Arbeitsscheue, Russenknechte, Duckmäuser. Jedoch haben die „Ossis“ zwei Aufstände gegen Diktatur und Besatzung gewagt und viele verloren Leben, Freiheit oder wurden nach Sibirien verschleppt. Was man aus Mitteldeutschland berichten kann, kann man aus den „alten“ Bundesländern nicht berichten.

Obwohl die Mitteldeutschen das Pech hatten, unter russische Besatzung und kommunistische Diktatur zu geraten, übernahmen sie nicht die Lebensweise „ihrer“ Besatzungsmacht und ließen sich ihr Deutschtum nicht in dem Maße austreiben, wie die (nein, ich benutze nicht das Wort „Wessi“, für mich sind alles Deutsche) Landsleute in dem Teil Deutschlands, der das Glück hatte, nicht dermaßen ausgeplündert zu werden, und in dem die Alliierten aus Eigennutz viel Geld investierten.

Und „Duckmäuser“? Die Mitteldeutschen haben trotz Besatzungstruppen, trotz Stasi, Schießbefehl und Sibirien die kommunistische Diktatur letztendlich abgeschüttelt und nicht gekuscht. Was man von vielen Landsleuten heute leider nicht sagen kann, die sich freiwillig, ohne für Leib und Leben fürchten zu müssen wie früher ihre mitteldeutschen Landsleute, vor „politischer Korrektheit“ den Rücken verbiegen (und wohl noch mehr), die mit einer schauderhaft ekligen Aussprache Anglizismen verwenden und weinerlich von „Migranten“ und sabbernd von „Multikulti“ reden und in ihrem ach so „gelehrtem“ Denglisch jeden rot-grünen Quatsch mit verdrehten Augen nachplappern.

Und so lange wie Mitteldeutschland im Bewußtsein vieler Landsleute eben als solch ungeliebtes Findelkind existiert und auch so behandelt wird, so lange wird sich an dieser Situation nichts ändern.

Daniela Behrendt, Lepe, Spanien

Nur Müllwerker!

Betr.: „Beuys, Muehl und Nitsch“ (Nr. 52)

Vor einiger Zeit nahm ich in Schloß Moyland bei Kalkar an einer Führung teil, in der die Sammlung Beuys vorgestellt wurde. Vertraut mit dem großen Schaffen der Flamen, Niederländer und Franzosen in Malerei, Bildhauerei, Goldschmiede- und Emailkunst, überkam mich beim Anblick der ausgesellten Kreationen das Lachen. Dies sind die albernen Einfälle eines Mannes, den ich als Müllwerker und Gossenkünstler bezeichnen möchte. **Adolf Frerk, Geldern**

Lieber Gesundheit

Betr.: „Der Rosa Luxemburg haben wir's geschworen“ (Nr. 3)

Danke für Ihren Beitrag zu Rosa Luxemburg. Ich hätte mir gewünscht, daß auch andere Publikationen wie der „Focus“ hierzu Stellung genommen hätten. Statt investigativen Journalismus zu betreiben kümmert der sich um Gesundheitsthemen, obwohl es hierfür spezielle Zeitschriften gibt.

Christian Rimek, Frankfurt / M.



Beuys pur: Das Museum Schloß Moyland im niederrheinischen Bedburg-Hau hat die weltweit größte Joseph-Beuys-Sammlung, die über 5000 Werke des durch seine Filz- und Fettarbeiten international bekannt gewordenen Künstlers umfaßt. Foto: Moyland

Falsches Denken!

Betr.: „Keine Belege – Linkspolitiker zweifelt an Armeniermord“ (Nr. 3)

Wer für Meinungsfreiheit ist, der muß diesem Linkspolitiker seinen Zweifel lassen. Er ist frei, jeden Blödsinn zu meinen. Und wenn er meint, daß die netten Türken die Armenier nur gestreichelt hätten, dann soll er doch!

Natürlich ist die Freiheit der eigenen Meinung in unserem Land nicht gegeben. Wir dürfen nur meinen, was für rechtens befunden worden ist. Wer am Holocaust zweifeln sollte, gehört hinter Gitter. Darum wird dann auch fragwürdig, wenn ein Türke mit deutschem Paß den Völkermord an den Armeniern bestreitet, der wie der Holocaust belegt ist.

Ich meine, daß es nur eine Meinungsfreiheit gibt, nämlich die, auch jeden Unsinn zu meinen und ihn zu glauben. Das sollten auch wir Deutschen endlich begreifen und uns auch dagegen wehren, von linken Instituten und in ihr Horn blasenden Experten als rechts, rassistisch und ausländerfeindlich eingestuft zu werden. **Ute Frahm, Nürnberg**

Die Menschen spüren ihre Unterdrückung

Betr.: Leserbriefe

Mit großer Erwartung freue ich mich jedes Mal auf Ihre Leserbriefe und bewundere Ihren Mut, diese ohne Rücksicht auf die uns oktroyierte „political correctness“ zu veröffentlichen. Die Leser, die in ihren Briefen mit oft großer Verwunderung die Mißstände in unserer Politik anprangern, kennen leider die Hintergründe nicht.

Wäre nicht das folgende eine Erklärung für die oft unverständliche Politik? Wer kann diese Vermutung widerlegen und eine überzeugendere Lösung präsentieren?

Deutschland ist nicht souverän; über uns bestimmen die ehemaligen Sieger von 1945. Dies ist in den 2+4-Verträgen anläßlich der kleinen Wiedervereinigung ausdrücklich festgelegt. Die einschlägigen Passagen wurden seinerzeit in der „Neuen Züricher Zeitung“ veröffentlicht und wurden weder von unserer Regierung noch von den großen Zeitungen kommentiert oder dementiert. Nach der Feindstaatenklausel der UN-Satzung, Art. 52, Abs. 2 sind wir mit den anderen Verlierern des Krieges von einigen Rechten ausgeschlossen, wir werden also als Menschen zweiter Klasse behandelt. Daher gibt es auch – einmalig in der Geschichte der Kulturvölker – 62 Jahre nach dem Krieg keinen Friedensvertrag, der uns einmal die durch die UN-Satzung entzogenen Rechte wiedergeben müßte und zum anderen die Frage der nicht bestehende Souveränität und noch so manches andere zu klären hätte.

Da auch in einer Verfassung diese Punkte klar formuliert würden, haben wir auch keine Verfassung, sondern nur das vorläufig geltende Grundgesetz. Nach der Rechtslage scheint es so, daß die Alliierten die wirklichen Herrscher sind, die unserer Regierung vorschreiben, wie sie zu handeln hat, unsere Regierung ist zur Durchführung dieser Weisungen verpflichtet, wobei sie vorzugeben scheint, es seien ihre eigenen Entscheidungen, und wir sind die entrechteten und planmäßig verarmten und dumm gehaltenen Eingeborenen. Wir können zwar wählen, aber nur die uns vorbestimmten Personen und die von der Regierung genehmigten Parteien. Durch Öffnung der Grenzen nach Osten – die Türkei wartet schon – und durch die gezielt verursachte Abwanderung der Intelligenz ins Ausland (die USA begrüßen jeden qualifizierten Einwanderer) schreitet die von den Herrschern gewünschte Proletarisierung Deutschlands weiter fort.

Francois Poncet, der französische Hochkommissar nach 1945 in Deutschland, meinte: Es sei geradezu ein Phänomen, die Deutschen wollten nicht glauben, daß Politiker lügen können. Wer diese Hintergründe nicht kennt, kann die in Deutschland vorexerzierte Politik nicht verstehen. – Oder kann mir einer eine bessere Erklärung geben? **Dr. Ferdinand v. Pfeffer, Lünen**

Ohne Kernkraft kein umweltfreundlicher Strom

Betr.: „Die Macht der Stromfundis“ (Nr. 3)

Die „Internationale Energieagentur“ (IEA) hat erneut den Einsatz der Kernenergie gefordert, um die Abhängigkeit von Energieimporten und den Ausstoß klimaschädlicher Gase zu vermindern. Auch das MIT und Akademien der Wissenschaft befürworten die Nutzung der Kernenergie. Nur in Deutschland, dem Land, dessen Kernkraftwerke wegen ihrer hohen Arbeitsverfügbarkeit als die betriebssichersten ausgewiesen sind, behindert die Politik die weitere Nutzung.

Tatsächlich kann die Kernenergie wesentlich sowohl zur Senkung des Ausstoßes von Kohlendioxid wie zur Verminderung der Energieimporte beitragen, nicht nur in der Stromerzeugung. Sie kann durch die Kraft-Wärme-Kopplung den großen Bedarf der Chemie an Strom und Prozeßwärme decken, sie kann aber auch durch elektrische Direktheizung, elektrisch betriebene Wärmepumpen oder durch Fernwärme die Wärmeversorgung sichern. Der Wasserstoffbedarf der Chemie und der für die Treibstoffgewinnung aus Kohle ist, wenn dafür einmal nicht mehr Öl oder Gas verfügbar sind, ohnehin in den erforderlichen großen Mengen nur elektrolytisch unter Einsatz von Strom aus Kernkraftwerken zu gewinnen. Kohle wird langfristig zudem nicht zur Sicherung der Energieversorgung, sondern als Rohstoff für die Chemie gebraucht.

In Frankreich bewirkte die erste Ölkrise in 1973 eine Entwicklung hin zur Kernenergie. Im Jahr 2001 erzeugte das Land bei einer gegenüber uns um etwas mehr als 25 Prozent geringeren Bevölkerung mit zirka 420 Milliarden kWh/Jahr etwa 2,5mal soviel Strom aus Kernenergie wie Deutschland. Da die Emissionen an Kohlendioxid je Einwohner dort jährlich nur sechs gegenüber zehn Tonnen in Deutschland betragen, sind planwirtschaftliche und verteuernde Maßnahmen zum Schutz der Umwelt nicht erforderlich. Die Kernenergie vermindert zudem Importabhängigkeiten, wobei die Verlängerung der Laufzeiten noch zu einer weiteren Verbilligung des Stroms und damit zu einer zugleich umweltfreundlichen Steigerung des Wohlstands führen wird.

Würden alle 30 Mitglieder der OECD, deren Kohlendioxid-Ausstoß pro Einwohner den Frankreichs übertrifft, ihn durch Einsatz der Kernenergie auf den für Frankreich geltenden Wert vermindern, so sänke nicht nur ihr Öl- und Gasimport drastisch, sondern auch der Ausstoß des Kohlendioxids um etwa 5,8 Milliarden Tonnen jährlich. Das entspricht etwa 27 Prozent der weltweiten jährlichen Emissionen. Windstrom hat in dieser Rechnung bezogen auf die gesamte Stromproduktion in der OECD nur den Stellenwert von einigen Promille, Solarstrom spielt gar keine Rolle.

Prof. Dr.-Ing. Klaus Knizia, Herdecke

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Klaus D. Voss
(V. i. S. d. P.)

Chef vom Dienst, Leserbriefe, Bücher: Rebecca Bellano; **Politik, Panorama, Preußen/Berlin:** Hans Heckel; **Kultur, Unterhaltung, Leben heute:** Silke Osman; **Geschichte, Landeskunde, Ostpreußen heute:** Dr. Manuel Ruoff; **Heimatarbeit, Aktuelles:** Florian Möbius; **Ostpreußische Familie:** Ruth Geede.

Freie Mitarbeiter: Wilfried Böhm, Dr. Richard G. Kerschhofer (Wien), Hans-Joachim von Leesen.

Verantwortlich für den Anzeigenteil: Knut Bantow.

Anschrift für alle: Parkallee 84/86, 20144 Hamburg. Verlag: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Parkallee 86, 20144 Hamburg. Preußische Allgemeine Zeitung/Das Ostpreußenblatt ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der Landsmannschaft Ostpreußen. – Ab 1. 1. 2006 Bezugspreis Inland 8,30 € monatlich einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 10,50 € monatlich, Luftpost 14,50 € monatlich. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten. Konten: HSH Nordbank, BLZ 210 500 00, Konto-Nr. 192 344 000. Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto-Nr. 84 26-204 (für Vertrieb); Konto-Nr. 907 00-207 (für Anzeigen).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet. Rücksendung erfolgt nur, wenn Porto beiliegt. Für Anzeigen gilt Preisliste Nr. 28,. Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH, Fehmarn Str. 1, 24782 Büdelsdorf . – ISSN 0947-9597. Die Bezieher der *Preußischen Allgemeinen Zeitung / Das Ostpreußenblatt* werden mit dem Beginn des Abonnements Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen e. V. und ihrer Untergliederungen. Die Aufnahme der Bezieher in die Heimatkreise oder Landesgruppen erfolgt durch schriftliche Beitrittserklärung. Diese kann zusammen mit dem Antrag auf Lieferung der *Preußischen Allgemeinen Zeitung / Das Ostpreußenblatt* erklärt werden. Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von einem Drittel des Brutto-Inlandsbezugspreises der *Preußischen Allgemeinen Zeitung / Das Ostpreußenblatt* wird zusammen mit dem jeweils gültigen Abonnementspreis in einer Summe erhoben und dient der Unterstützung der Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen e. V.

Telefon	**(040) 41 40 08-0**
Telefon Redaktion	(040) 41 40 08-32
Fax Redaktion	(040) 41 40 08-50
Telefon Anzeigen	(040) 41 40 08-41
Telefon Vertrieb	(040) 41 40 08-42
Fax Anz./Vertrieb	(040) 41 40 08-51

http://www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
http://www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

www.preussische-allgemeine.de
Benutzername/User-ID: **paz**
Kennwort/PIN: **2532**

Nicht Rassisten, sondern berechtigte Zweifler

Betr.: „Angst vorm Islam“ (Nr. 52)

Die „Europäische Stelle zur Beobachtung von Fremdenfeindlichkeit“ gehört zu den Organisationen, die sich selbst dadurch notwendig und mit Steuermitteln förderungswürdig machen, indem sie ein bedrohliches Feindbild konstruieren, vor dem zu warnen sie berufen sind.

Konrad Adam hat unlängst in der „Welt“ festgestellt, daß die Definition von Rechts durch Linke und keineswegs verbindlich und nach anerkannten Kriterien erfolgt. In jedem Krieg läßt sich aufzeigen, wie der Gegner von dazu Beauftragten und den Medien erst zum hassenswerten Feind gemacht worden ist.

So ähnlich verhält es sich auch mit uns „Rassisten“ und „Ausländerfeinden“. Wenn wir berechtigte Angst vor der Ausbreitung des Islam haben, wenn wir die Scharia und die Diskriminierung unserer Frauen fürchten und wenn wir nicht die Augen vor der Unterdrückung der Christen in islamischen Ländern oder vor den Schreckenstaten der Islamisten verschließen, dann werden wir abgeurteilt.

Trostreich ist aber, daß die Bürger in der Regel genau wissen, was sie sind, und auf die Verbreitung des Wiener Unrats durch die Medien verzichten können.

Finn Bauer, Ingolstadt

Tod ist geringere Schande als lebenslange Haft

Betr.: „Zum Henker“ (Nr. 1)

Zum Thema Hussein habe ich eine andere Meinung. Christliche Lehre und Verankerung in der abendländischen Kultur hin, christliche Lehre her, der Grundsatz, daß der Mensch nicht über Leben und Tod zu entscheiden habe, ist eher eine noch nicht sehr alte Entdeckung und hat sich in der abendländischen Rechtssprechung erst seit knapp 60 Jahren (in der BRD vor 58 mit dem GG) und bis heute nicht mal überall, nur zögerlich verbreitet. Über die Abschaffung der Todesstrafe haben die Gesetzgeber erst lange, nachdem die Richter nicht mehr im Namen Christi zu entscheiden hatten, also nachdem Staat und Kirche getrennt waren, angefangen, sich Gedanken zu machen. Die Gesetze des Klerus wurden durch solche abgelöst, in die moralischer Hintergrund christlich-abendländischer Laien einging. Bis dahin jedenfalls gehörte der Vollzug von Todesurteilen zu den gerne besuchten Volksfesten ohne moralische Bedenken. Diesen Reiz scheinen sie bis heute nicht verloren zu haben, obwohl die große Öffentlichkeit längst ausgeschlossen ist. So finden sich natürlich auch Leute, die das mit Hilfe moderner Technik zu Geld machen, und zahllose Video-Gaffer mit vermeintlich christlich-abendländischer Moral haben ihren Nervenkitzel per Internet. Kein „moralischer“ Fernsehsender will im Einschaltquotenwettbewerb verlieren. Er bringt Einzelheiten und spielt „moralisch“ Entsetzen. In den Breiten, wo Todesstrafen noch alltäglich sind, wird die Vollstreckung für weniger Diskussion sorgen als bei uns. Die Anhänger des Hingerichteten werden seinen Tod als geringere Schande ansehen als die lebenslange Haft auf Veranlassung von „Ungläubigen“. Für sie wird er gar im islamischen Himmel alle Vorteile der Gläubigen genießen, wie es die Suren 52 und 56 versprechen: „Im bewässerten Garten, in Seide gewandet auf Ruhekissen lagernd, eine berückende Jungfrau mit großen schwarzen Augen zur Vermählung angedient bekommen, Essen und Trinken im Überfluß“, was ja auch viele zum Selbstmord-Attentat lockt. Die werden dann sogar von neun Jungfrauen (arabisch: Huris) bezirzt. **Horst Dietrich, Wiesbaden**

Biermann-Ehrung

Betr.: „Der alte Ungeist lebt“ (Nr. 3)

In der *PAZ* setzen sich zwei Autoren vehement dafür ein, daß Wolf Biermann die Ehrenbürgerschaft von Berlin verliehen wird.

Von Wolf Biermann habe ich vor Jahren einen Ausspruch gelesen, den ich mir gemerkt habe. So soll er sich am 28. März 2000 im ZDF über die Bombardierung von Dresden wie folgt geäußert haben: „Wir haben die Bomben auf die Schnauze gekriegt, weil wir die Juden verfolgt haben!“ Bei diesem Satz sehe ich immer ein Bild vor mir, wie bei der Bombardierung von Dresden die Hitze so groß war, daß Menschen im flüssigen Asphalt stecken blieben und auf ihr Gesicht stürzten. Wer solche Sätze von sich gibt, der ist für keine deutsche Stadt als Ehrenbürger geeignet.

Wenn sich Ihre Zeitung für Biermann ausspricht, weil die Kommunisten dagegen sind, so finde ich diesen Standpunkt nicht akzeptabel. **Werner Albrecht, Goldberg**

Von den zahlreichen an uns gerichteten Leserbriefen können wir nur wenige, und diese oft nur in sinnwahrend gekürzten Auszügen, veröffentlichen. Die Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Meinung der Redaktion zu decken braucht. Anonyme oder anonym bleiben wollende Zuschriften werden nicht berücksichtigt.

MELDUNGEN

Venezolaner fliehen vor Hugo Chávez

Caracas – Täglich suchen Hunderte Venezolaner in ausländischen Konsulaten der Hauptstadt Caracas nach Möglichkeiten für ihre Auswanderung. Vor allem die Vertetungen Spaniens, Portugals und Italiens werden bestürmt, aus deren Ländern viele venezolanische Familien stammen, sowie die der USA. Wie die spanische Zeitung „El País“ mit Verweis auf oppositionelle Kreise berichtet, handelt es sich ganz überwiegend um gut ausgebildete Mittelständler, die vor dem Sozialismus des Präsidenten Hugo Chávez fliehen.

Christen verfolgt in Eritrea

Asmara – Bei einer erneuten Verhaftungswelle gegen Christen sind im ostafrikanischen Eritrea 68 Menschen verhaftet worden. Insgesamt sitzen laut Nachrichtenagentur „idea“ derzeit rund 2000 Personen in dem ehemals äthiopischen Land wegen ihres christlichen Glaubens hinter Gittern, darunter auch Geistliche.

ZUR PERSON

Gegenseitige Abneigung

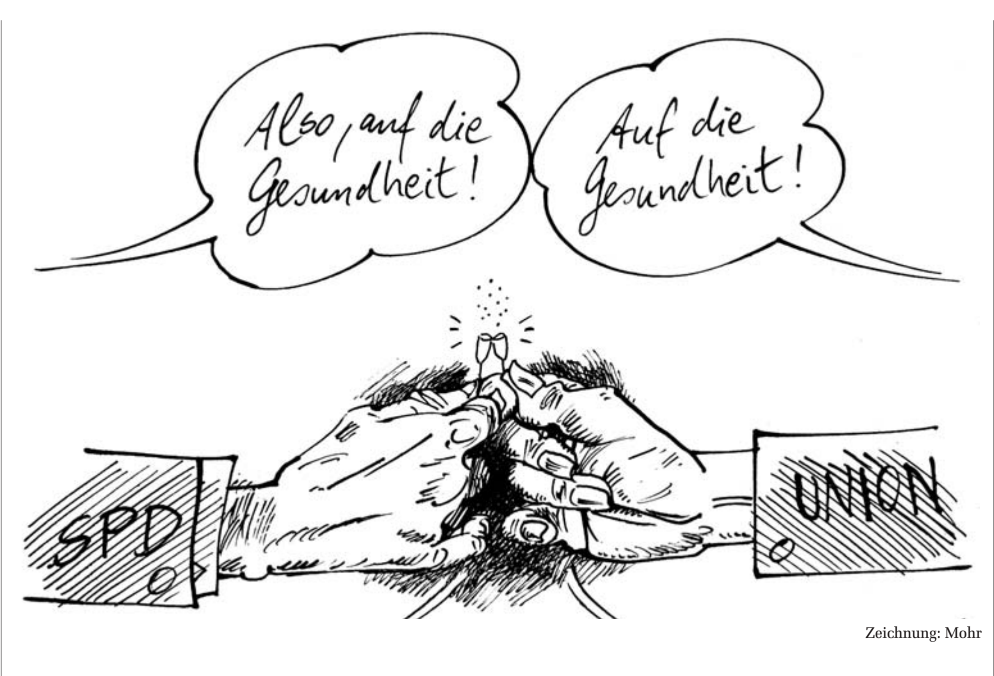


Gegenseitige Abneigung entzweie schon länger den parteilosen polnischen Verteidigungsminister **Radoslaw Sikorski** und die regierenden Kaczynski-Zwillinge, berichten polnische Zeitungen. Nun tritt Sikorski zurück. Privat soll der zweifache Vater deutliche Worte für Ministerpräsident Jaroslaw Kaczynski und dessen Bruder Lech gefunden haben.

Die einstigen Weggefährten lernten sich über die Gewerkschaft Solidarnosc kennen. Sikorski leitete als Schüler ein Streikkomitee am Gymnasium seiner Heimatstadt Bromberg. Nun macht sich der Politologe und Erfolgs-Journalist selbst ein vorgezogenes Geburtstagsgeschenk (am 23. Februar wird er 44): Er verläßt die Regierung. Jaroslaw habe Vorbehalte gegen Sikorski, so ein Regierungssprecher.

Dem Weltbürger kann das egal sein: Sikorski studierte in Oxford Politik, arbeitete als Auslandskorrespondent für die britischen Zeitungen „Observer“ und „Spectator“. 1988 erhielt er den „World-Press-Award“ für seine Fotos. Aus der Position des Polen-Korrespondenten des „Sunday Telegraph“ wechselte er 1992 in das Amt des stellvertretenden polnischen Verteidigungsministers. Nicht nur zu den Medien hat er als einstiger Polenberater des US-Medienzaren Rupert Murdoch beste Kontakte. Als Direktor der „New Atlantic Initiative“ (2002–2005), einem Arm der bedeutendsten „neokonservativen“ US-Denkfabrik „American Enterprise Institute“, hielt er engen Kontakt zur US-Regierung. Zu eng für die Kaczynskis, mutmaßt die polnische Presse.

Mit Sikorski verliert die Kaczynski-Regierung einen der letzten international erfahrenen Politiker – und das zum Zeitpunkt der Entsendung von 1200 polnischen Soldaten nach Afghanistan. *SV*



Zeichnung: Mohr

Verantwortung

Warum Südeuropäer dick sind, wie Angela Merkel unsere Jugend schlank erhält, und: Was wollte Merz eigentlich in der Politik? / Der Wochenrückblick mit Hans Heckel

Es ist soweit: Nach den Rauchern sind jetzt die Schokoladenliebhaber dran. Das EU-Parlament fordert Werbebeschränkungen für Süßigkeiten. Da eine gesundheitliche Beeinträchtigung durch Passivnaschen nicht nachgewiesen wurde, haben sich die Parlamentarier eine andere Opfergruppe ausgesucht, die vor dem Angriff der Kalorien zu schützen ist: die Kinder.

Daß die immer fetter werden, ist nicht von der klebrigen Hand zu weisen. Es hat den Anschein, als wollten die geburtenschwachen Jahrgänge ihre geringe Zahl durch Leibesfülle ausgleichen.

Wir sollten aber nicht alle Nachwuchseuropäer in einen Fleischtopf werfen. Bei der Betrachtung der Statistik zeigen sich nämlich gewichtige nationale Unterschiede. Besonders pummelig sind die kleinen Spanier, Portugiesen und Italiener. Kein Wunder: Dort essen die Leute den Tag über fast nichts, um dann mitten in der Nacht ganze Berge abzutragen, die während der anschließenden Bettruhe alle Zeit der Welt haben, Fettzellen zu bilden. Am allerdicksten sind die Malteserkinder. Also das erstaunt nicht. Wohin soll man sich auf einer so kleinen Insel auch groß bewegen? Also sitzt man auf dem Felsen rum und frißt. Und wer wollte es den – ebenfalls überdurchschnittlich dicken – jungen Briten verdenken, daß sie sich vor der berüchtigten heimischen Küche in Hamburgerbuden und Pizzastände flüchten?

Vergleichsweise schlank hingegen sind die jungen Holländer, Dänen und Deutsche. Bei uns hat das mit schwarzem Brot und schwarzer Pädagogik zu tun. Die Jugendlichen sehen jeden Tag die Kanzlerin im Fernsehen. Da geht den Elfjährigen ein schrecklicher Gedanke durch den Kopf: „Muß ich, wenn ich einmal so dick bin wie die, auch immer diese viel zu engen Hosenanzüge tragen?“ Das ist es eben: Die Jugend braucht Vorbilder.

Wobei es ja auch eine Kulturfrage ist, ob Rundlichkeit als unschick oder attraktiv gilt. In orientalischen Ländern mag man Frauen, die ein wenig mehr herumtragen. Angela Merkel kam denn auch blendend an bei den Scheichs. Saudi-Arabiens König Abdullah konnte sich bei aller Herzerei eine kleine Gemeinheit aber doch nicht verkneifen: Was wollte er der Kanzlerin wohl mitteilen, als er ihr kleine Kamele geschenkt hat? Genau wissen wir nicht, was der freundliche Beduine damit sagen wollte. Bei uns jedenfalls gilt das Trampeltier nicht als Metapher kluger Weisheit, weshalb „Sie Kamel!“ auch nicht als Kompliment gebraucht wird.

Na ja, wie dem auch sei. Frau Merkel bedankte sich artig und nahm die Kamele mit nach Berlin, wo zahlreiche Artgenossen auf die Tiere warteten, wenn man Friedrich Merz glauben darf.

Der einstige Chef der Unionsfraktion hat mit beträchtlicher Verzögerung eingesehen, daß er nicht reinpaßt in die Große Koalition. Schade? Wie man's nimmt. Irgendwie fehlte ihm was zum echten, zeitgemäßen Politiker; er mußte letztlich scheitern. Warum? Zunächst einmal war er stets beruflich unabhängig, hätte also schon früher jederzeit gehen können, ohne karrieremäßig auf der Nase zu landen. Angela Merkel dagegen würde in irgendeinem Physiker-Forschungsverließ versauern ohne die Politik. Das erst gibt ihr die richtige Klebkraft, deshalb war sie immer mit ganzem Hintern bei der Sache, und Merz nicht.

> Dem Sauerländer fehlte die Klebkraft. Er war nie mit ganzem Hintern bei der Sache.

Der Sauerländer verstand ja noch nicht einmal die Sprache des Regierungsviertels und redete einfach deutsch mit den Leuten. Als die Parole ausgegeben wurde, man müsse das Steuersystem „konsequent überdenken und durchforsten“ fing der arme Tropf tatsächlich an, konsequent zu denken und auszumisten. Das Ergebnis war die berüchtigte Idee einer radikal vereinfachten Steuererklärung, die auf einen Bierdeckel paßt. Damit hatte sich Friedrich Merz disqualifiziert.

Er hätte wissen müssen, was seine Kollegen in Wahrheit vorhaben, wenn sie versprechen, etwas „konsequent zu überdenken“: Gar nichts! Abgesehen von ein paar Flickschustereien vielleicht, damit man der Presse später verkünden kann, man sei „ein Stück weit“ vorangekommen und „befinde sich auf dem richtigen Weg“. Aber auf keinen Fall mehr!

Womit wir beim letzten, entscheidenden Webfehler des Friedrich Merz angekommen sind: Er hat eine Meinung, die er auch vertritt. Der Dussel redete bereits von „deutscher Leitkultur“, als Multikulti noch die alleinige moralisch vertretbare Doktrin war. Mit Hochachtung denken wir da an die heutige Kanzlerin. Wenn die seinerzeit nach ihrer Position zum Begriff „Leitkultur“ befragt wurde, spülte sie den Interviewer mit einer imponierenden Lawine nichtssagenden Gewäschs aus dem Zimmer. Und das kann sie immer noch. Oder kennt jemand die Positionen der Kanzlerin zu den Knackpunkten der Gesundheitsreform?

Wäre dieser Merz in der CDU wirklich ganz nach oben gelangt, hätte es gefährlich werden können. Er hätte die Union womöglich bis an den Rand der Wiedererkennbarkeit gedrängt. Merz ist zudem so einer, der unter „Verantwortung übernehmen“ soviel versteht wie „Kopf hinhalten und notfalls zurücktreten“. Das ist steinzeitlich.

Gerhard Schröder ist dagegen noch heute ein Meister der zeitgemäßen Verantwortlichkeit. Er übernehme im Fall Kurnaz die politische Verantwortung, donnert der Altkanzler. Schneidig, nicht wahr? Schröder übernimmt die politische Verantwortung, das flößt Respekt ein, zumal er gar keine politische Verantwortung mehr hat. Als er die noch hatte, ging der damalige Regierungschef sehr sensibel damit um.

Anfang August 2002 hielt Schröder in Goslar seine legendäre Rede, in der er sich ein für alle Mal gegen einen Krieg im Irak aussprach. Wie ein Reporter der „taz“ später aufdeckte, wies der Kanzler danach die deutschen Geheimdienste sofort an, etwaige Infos über irakische Massenvernichtungswaffen bis zur Wahl nicht ans Kanzleramt weiterzuleiten, was sonst natürlich ihre Pflicht gewesen wäre. Wenn es zu irgendeiner Katastrophe mit irakischen Chemie- oder Biowaffen gekommen wäre, hätte Schröder auf „die Dienste“ zeigen und die „Verantwortlichen dort, die die Gefahr nicht erkannt haben“, ins Feuer schmeißen können. *Er* hätte ja von nichts gewußt. Raffiniert, was? So verteilt man Verantwortung. Auf andere – oder zumindest auf die Allgemeinheit: „Die moralische Verantwortung tragen wir alle!“ Wie oft haben wir das schon gehört? „Moralische“ Verantwortung ist noch billiger zu haben als „politische“. Und wenn alle verantwortlich sind, ist es ohnehin keiner. Klingt aber toll und geht immer – „moralisch“ und so.

Nirgends indes ist Verantwortung so umfassend und unübertroffen moralisch wie bei den Vereinten Nationen. Deshalb wird man auch an keinem Ort der Welt so viele korrupte Despoten oder ihre Abgesandten finden wie in der UN-Vollversammlung. Hier sind sie sicher. Und wenn es einmal eng wird für den einen oder anderen Spitzbuben unterm Staatspräsidentenhut, kommt schnell eine helfende Hand und verwischt die Blutflecken.

Auf der Pariser Unicef-Konferenz gegen das Unwesen von „Kindersoldaten“ gingen einige Vertreter mit den Zuständen in Afrika derart hart ins Gericht, daß es dem einen oder anderen Regierungsvertreter vom schwarzen Kontinent beinähe hätte peinlich sein müssen. Fast wäre es wohl zum äußersten gekommen, jemand wäre aufgestanden und hätte an die Adresse der afrikanischen Regierungsgesandten gerichtet gefragt: „Ihr nennt euch Regierungen, tut so, als verträtet ihr eure Völker, kassiert dafür Entwicklungshilfe? Vielleicht geht ihr mal daran, mit dem Skandal der ‚Kindersoldaten‘ aufzuräumen, statt das Geld für Waffen, Bestechung, teure Autos und Paläste zu verschleudern und hier rumzumähren!“

Bevor so etwas passieren konnte, stellte der französische Außenminister Philippe Douste-Blazy klar, daß ja nicht nur im Kongo, sondern auch an Militärschulen in Großbritannien und den USA junge Leute schon vor dem Erreichen der Volljährigkeit in die Nähe von Waffen gelassen würden. So fanden sich 17jährige US-Kadetten plötzlich in einer Reihe mit zwölfjährigen Totschlägern aus Sierra Leone. Danach konnten sich die afrikanischen Delegierten wieder sanft zurücklehnen und feststellen: „Moralisch gesehen tragen wir ja alle ...“

ZITATE

Der SPD-Außenexperte ***Hans-Ulrich Klose verteidigt*** *die Bundesregierung in der „Welt“ vom 6. Februar gegen Vorwürfe beim* ***Fall Kurnaz:***

„Herr Kurnaz ist kein deutscher Staatsbürger, sondern ein Türke. Es gab deshalb durchaus Versuche, die türkische Regierung zu veranlassen, sich um ihn zu kümmern ... Ich vermute, die türkische Regierung hat keinen Finger gerührt, weil sie ähnliche Bedenken gegenüber Herrn Kurnaz hatte wie wir damals.“

In der „Frankfurter Allgemeinen“ vom 6. Februar ***attackiert*** *der sächsische Kultusminister* ***Steffen Flath*** *(CDU) die* ***Familienpolitik seiner Partei:***

„Mit großer Verwunderung stelle ich fest, daß von vielen, auch von Familienministerin von der Leyen, die DDR in Fragen der Kinderbetreuung als das Vorbild angesehen wird ... Die Krönung war in der DDR die Wochenkrippe, wo man sein Kind montags abgab und am Freitag holte.“

Der österreichische ***Caritas-Chef*** *Franz Küberl ließ am 5. Februar im ORF beim Spendenaufruf für ein Projekt mit Straßenkindern in Moldavien seine Vorstellung* ***künftiger Migrantenströme*** *durchblicken:*

„Für die Kinder in den ärmsten Ländern Europas zu spenden ist eine Investititon in unsere Zukunft.“

Beim Besuch der Birthler-Behörde am 5. Februar sagte Bundespräsident ***Horst Köhler*** *mit Blick auf die* ***Stasi-Opfer-Rente:***

„Die Aufarbeitung der SED-Diktatur ist wichtig, und sie ist noch nicht beendet. Auf jeden Fall muß man die Opfer weiter anhören.“

Panem et Circenses

Stets das Volk bei Laune halten,
daß es bloß nicht rebelliert –
ja, es wußten schon die Alten,
wie man sowas praktiziert.

Dem Rezept, dem wundersamen,
gab der Spötter Juvenal
dann den oft zitierten Namen,
treffend knapp und genial.

Nun, bei manchen Wetterlagen
sind Circenses Impetus,
daß sich auch die Gaffer schlagen,
angesteckt vom Kampfgenuß!

Noch im Circus auf den Rängen
bricht das Handgemenge aus,
eskaliert auf Treppen, Gängen,
wird zur Keilerei vorm Haus.

Doch selbst Tote und Verletzte
sind im Sinne der Regie,
denn wer seinesgleichen hetzte,
denkt an Volkserhebung nie!

Seht, was Kaisern und Patronen
einstens billig war und recht,
treiben auch die Epigonen,
und der Laden läuft nicht schlecht.

Spaß ist angesagt für Massen,
und Tifosi – welche Pracht! –
füllen noch dazu die Kassen
jeweils vor der Straßenschlacht.

Juvenal vermerkt da droben:
Auch bei „Volk“ erriet ich's fast –
„populus“ ist lautverschoben
„Pöbel“ heute, und das paßt!

Pannonicus